

STAATSANZEIGER



FÜR DAS LAND HESSEN

1 Y 6432 A

1977

MONTAG, 30. MAI 1977

Nr. 22

Seite	Seite	Seite
Der Hessische Ministerpräsident — Staatskanzlei		
Veröffentlichungen des Hessischen Statistischen Landesamtes in der Zeit vom 30. 4. 1977 bis 13. 5. 1977 1106		
Der Hessische Minister des Innern		
Gemeinsamer Runderlaß betr. Ergänzende Bestimmungen des Landes Hessen zur Gefangenentransportvorschrift; hier: Änderung des Abschnitts A XIV 1106		
Ausführungsanweisung zu den Richtlinien über Bau und Betrieb von Versammlungsstätten 1106		
Hessische Bauordnung; hier: § 107 (Bauliche Anlagen des Bundes und der Länder) 1107		
Richtlinien für die Verfolgung und Ahndung von Zuwiderhandlungen gegen Sozialvorschriften im Straßenverkehr; hier: Aufgaben der Vollzulpolizei 1110		
Ausbildung der Sprechfunker 1110		
Der Hessische Minister der Finanzen		
Einsatz der automatisierten Datenverarbeitung in der staatlichen Hoch-	bauverwaltung; hier: Einführung der automatisierten Verwaltungsaufgabe „Ausschreibung, Vergabe und Abrechnung von Bauleistungen — Fachbereich Hochbau“ 1111	seitigungsgesetz und dem Immissionschutzrecht des Bundes 1112
	Der Hessische Minister der Justiz	Straßen- und Wegeschäden, die von Stationierungstreitkräften verursacht werden 1119
	Ungültigkeitserklärung eines Dienstausweises 1112	Verlust einer tierärztlichen Approbationsurkunde 1119
	Der Hessische Minister für Wirtschaft und Technik	Personalnachrichten
	Hessische Trennungsgeldverordnung in der Fassung vom 21. 6. 1976 1112	Im Bereich des Hessischen Ministers der Finanzen 1119
	Der Hessische Sozialminister	Im Bereich des Hessischen Kultusministers 1120
	Staatliche Anerkennung als Heilquelle 1112	Im Bereich des Hessischen Ministers für Wirtschaft und Technik 1125
	Ungültigkeitserklärung eines Dienstausweises 1112	Im Bereich des Hessischen Sozialministers 1125
	Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Umwelt	Buchbesprechungen 1125
	Gemeinsamer Runderlaß betr. Buß- und Verwarnungsgeldkatalog für die Verfolgung und Ahndung von Zuwiderhandlungen nach dem Abfallbe-	Öffentlicher Anzeiger
		Haushaltssatzung der Regionalen Planungsgemeinschaft Rhein-Main-Taunus für das Haushaltsjahr 1977 1132
		Jahresbilanz, Gewinn- und Verlustrechnung der Hessischen Landesentwicklungs- und Treuhandgesellschaft mbH, Wiesbaden 1132

Seite 1105

Die 5. Folge 1977 der monatlich erscheinenden Beilage

»Rechtsprechung der Hessischen Verwaltungsgerichte«

ist dieser Ausgabe des Staatsanzeigers für die ständigen Bezieher kostenlos beigelegt.

Sie kann auch in einem Jahresabonnement zum Preis von 15,— DM + Versandkosten zuzüglich 5,5% Mehrwertsteuer bezogen werden.

Bestellungen richten Sie bitte an

BUCH- UND ZEITSCHRIFTENVERLAG KULTUR UND WISSEN GMBH & CO KG
WILHELMSTRASSE 42 · 6200 WIESBADEN · TELEFON 3 96 71

738

DER HESSISCHE MINISTERPRÄSIDENT

Veröffentlichungen des Hessischen Statistischen Landesamtes
in der Zeit vom 30. 4. 1977 bis 13. 5. 1977

	Preis DM		Preis DM
Statistische Berichte		G I 1 — m 2/77	
C I 2 — j/77		Umsatz- und Beschäftigtenentwicklung im Einzelhandel im Februar 1977	1,50
Der voraussichtliche Anbau von Gemüse und Erdbeeren auf dem Freiland zum Verkauf 1977 (Hauptanbau und Zwischennutzung)	1,—	G IV 1 — m 2/77	
C III 1 — vj. 1/77		Fremdenverkehr in den hessischen Berichtsgemeinden im Februar 1977	2,50
Schweinebestand am 1. April 1977	1,50	G IV 3 — m 2/77	
Endgültiges Ergebnis	1,50	Umsatz- und Beschäftigtenentwicklung im Gastgewerbe im Februar 1977	1,50
C III 2 — m 3/77		H I 1 — m 1/77	
Schlachtungen im März 1977	1,—	Straßenverkehrsunfälle in Hessen im Januar 1977 — Vorläufige Ergebnisse — (Gebietsstand 1. Januar 1977)	1,50
C III 3 — m 3/77		H I 2 — hj 1/77	
Milcherzeugung und -verwendung im März 1977 (31 Tage)	1,—	Bestand an Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern mit amtlichen Kennzeichen 1) in Hessen am 1. Januar 1977 — Gebietsstand 1. Juli 1974 —	1,50
C III 4 — j/76		H I 4 — m 2/77	
Die Schädigungen des Schlachtviehs durch Krankheiten und Schädlinge 1976	1,50	Personenverkehr der Straßenverkehrsunternehmen in Hessen im Februar 1977	1,—
E I 1 — m 3/77		M I 1 — m 1/77	
E I 2 — m 3/77		Erzeugerpreise in Hessen im Januar 1977	2,—
Die Industrie in Hessen im März 1977 (Vorläufige Ergebnisse)	2,—	P I 1 — 11 unreg./1973—1976 (vorl.)	
E III 2 — m 2/77		Bruttoinlandsprodukt 1973 bis 1976 in jeweiligen Preisen und in Preisen von 1962	2,—
Öffentliche Energieversorgung in Hessen im Februar 1977	1,—	Wiesbaden, 13. 5. 1977	
F I 1 — m 1/77			
F I 3 — m 1/77			
Das Bauhauptgewerbe in Hessen im Januar 1977	1,50		
F II 1 — m 2/77			
Ertelte Baugenehmigungen in Hessen im Februar 1977	1,—		

Hessisches Statistisches Landesamt
Z A 231 — 77 a 241/77
StAnz. 22/1977 S. 1106

739

Der Hessische Minister des Innern

Ergänzende Bestimmungen des Landes Hessen zur Gefangenentransportvorschrift (EBGTV);

hier: Änderung des Abschnitts A XIV

Bezug: Gemeinsamer Runderlaß des Hessischen Ministers der Justiz und des Hessischen Ministers des Innern vom 14. Dezember 1973 (StAnz. 1974 S. 57), zuletzt geändert durch Erlaß des Hessischen Ministers des Innern vom 4. Juli 1975 (StAnz. S. 1280)

In Abschnitt A XIV des Bezugerlasses wird als neue Nummer 2 eingefügt:

„2. Bei Einzeltransporten, deren Auftragsstellen

- im Lande Hessen liegen, teilen die den Transport durchführenden Polizeidienststellen die Transportkosten den Auftragsstellen mit,
- außerhalb des Landes Hessen liegen, teilen die den Transport durchführenden hessischen Polizeidienststellen die Transportkosten dem Wirtschaftsverwaltungsamt der Hessischen Polizei mit.“

Wiesbaden, 29. 4. 1977

Der Hessische Minister der Justiz

4460 — IV/6 — 833/77

Der Hessische Minister des Innern

III B 5 — 26 e 12

StAnz. 22/1977 S. 1106

740

**Ausführungsanweisung zu den Richtlinien über Bau und Betrieb von Versammlungsstätten
(Versammlungsstätten-Richtlinien — VSR)**

Bezug: Meine Erlasse vom 24. Januar 1972 (StAnz. S. 375), und 16. Februar 1976 (StAnz. S. 490)

In Anpassung an die Hessische Bauordnung (HBO) vom 31. August 1976 (GVBl. I S. 339) und an die Änderung der Versammlungsstätten-Richtlinien durch Erlaß vom 12. November 1976 (StAnz. S. 2123) wird die Ausführungsanweisung zu den Versammlungsstätten-Richtlinien vom 24. Januar 1972 (StAnz. S. 375), geändert durch Erlaß vom 16. Februar 1976 (StAnz. S. 490), wie folgt geändert:

- Die Vorbemerkung erhält folgende Fassung:

„Zu den mit Erlaß vom 27. November 1970 (StAnz. S. 2448) eingeführten Versammlungsstätten-Richtlinien, zuletzt geändert durch Erlaß vom 12. November 1976 (StAnz. S. 2123), wird auf der Grundlage von Beratungen in der Arbeitsgemeinschaft der für das Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesen zuständigen Minister der Länder folgendes festgestellt und bestimmt“:

- In Nr. 2.2.1 Satz 4 und 5 und Nr. 2.2.3 Satz 2 werden die Worte „§ 55 HBO“ durch die Worte „§ 72 HBO“ ersetzt.
- In Nr. 2.3 Satz 2 werden die Worte „§ 22 HBO“ durch die Worte „§ 23 Abs. 1 HBO“ ersetzt.
- Nach Nr. 2.3 wird als Nr. 2.3a eingefügt:

„2.3a Zugänge für Behinderte und alte Menschen (§ 3a)

Die Zugangstür ist als Drehflügeltür oder als Schiebetür auszubilden. Drehtüren und Pendeltüren sind für Rollstuhlbenutzer nicht geeignet. Drehflügeltüren mit automatischem Türöffner dürfen für Richtungsverkehr verwendet werden. Vor Drehflügeltüren muß eine Bewegungsfläche für Rollstuhlbenutzer sichergestellt sein. Die Maße der Bewegungsfläche sind Bild 1 und Tabelle zu Abschn. 1.2 der DIN 18024 Teil 2 (Ausgabe April 1976) zu entnehmen. Als Kennzeichnung nach Abs. 1 Satz 2 ist das Internationale Kennzeichen nach Bild 3 zu Abschn. 8 der DIN 18024 Teil 2 (Ausgabe April 1976) zu verlangen.“

5. In Nr. 2.4 Satz 1 werden die Worte „§§ 25 und 26 HBO“ durch die Worte „§§ 7 und 8 HBO“ ersetzt.
6. In Nr. 2.5 Satz 2 werden die Worte „auf die mit Erlaß vom 20. Februar 1967 (StAnz. S. 378) eingeführten Stellplatz-Richtlinien“ durch die Worte „auf Nr. 3 und die Anlage meines Erlasses vom 23. März 1977 (StAnz. S. 836)“ ersetzt.
Als Abs. 2 wird angefügt:
„Die Forderung des § 5 Abs. 2 Satz 2 auf stufenlose Erreichbarkeit der Stellplätze für Schwerbehinderte auf möglichst kurzem Weg gilt nicht nur für Stellplätze im Freien, sondern auch für Stellplätze in zur Versammlungsstätte gehörenden Garagen oder Garageschossen. Wird die Verbindung zu der Versammlungsstätte durch Aufzüge hergestellt, so sind die Stellplätze für Behinderte in der Nähe der Aufzüge für Rollstuhlbenutzer anzuordnen. Dem Kraftfahrzeugverkehr dienende Rampen sind als Verkehrswege für Rollstuhlbenutzer nicht geeignet. Als Kennzeichnung nach Abs. 2 Satz 4 ist das Internationale Kennzeichen nach Bild 3 zu Abschn. 6 der DIN 18024 Teil 2 (Ausgabe April 1976) zu verlangen.“
7. In Nr. 2.7 Satz 2 wird das Wort „Lampen“ durch das Wort „Leuchten“ ersetzt.
8. In Nr. 3.1.1 werden die Worte „§ 57 Abs. 1 Satz 2 HBO“ durch die Worte „§ 64 Abs. 1 Satz 2 HBO“ ersetzt.
9. In Nr. 3.1.3 Satz 2 werden die Worte „100 kp/m“ durch die Worte „1 kN/m“ ersetzt.
10. Nach Nr. 3.1.4 wird als Nr. 3.1.4a eingefügt:
„3.1.4a Plätze für Rollstuhlbenutzer (§ 15a)
Für den Hinweis ist das Internationale Kennzeichen nach Bild 3 zu Abschn. 6 der DIN 18024 Teil 2 (Ausgabe April 1976) zu verlangen.“
11. In Nr. 3.1.5 Abs. 1 werden die Worte „§§ 35 und 36 HBO“ durch die Worte „§ 32 bis 36 HBO“ ersetzt.
12. In Nr. 3.1.5 Abs. 2 Satz 3 werden die Worte „100 kp/m“ durch die Worte „1 kN/m“ ersetzt.
13. In Nr. 3.1.6 Satz 1 werden die Worte „§ 37 HBO“ durch die Worte „§ 38 HBO“ ersetzt.
14. In Nr. 3.1.9 Abs. 2 Satz 1 werden die Worte „§ 41 Abs. 2 HBO“ durch die Worte „§ 42 Abs. 2 Satz 3 HBO“ ersetzt.
15. Nach Nr. 3.1.13 werden als Nr. 3.1.13a und Nr. 3.1.13b eingefügt:
„3.1.13a Verkehrswege für Behinderte und alte Menschen (§ 24a)
Die Maße der Flächen für Rollstuhlbenutzer vor Türen (Abs. 2) sind Bild 1 und Tabelle zu Nr. 1.2 der DIN 18024 Teil 2 (Ausgabe April 1976) zu entnehmen. Als Kennzeichnung nach Abs. 3 ist das Internationale Kennzeichen nach Bild 3 zu Abschn. 6 der DIN 18024 Teil 2 (Ausgabe April 1976) zu verlangen.“
„3.1.13b Abortanlagen für Schwerbehinderte (§ 24b)
Die mindestens 80 cm breite Fläche an einer Seite des Spülaborts (Abs. 2 Satz 1) ist für den Rollstuhl freizuhalten. Die freie Zufahrt des Rollstuhls zu dieser Fläche muß gesichert sein. Auf die Beispiele für die Bemessung der Aborträume in Bild 2 zu Abschn. 5.1 der DIN 18024 Teil 2 (Ausgabe April 1976) wird hingewiesen. Für den Hinweis ist das Internationale Kennzeichen nach Bild 3 zu Abschn. 6 der DIN 18024 Teil 2 (Ausgabe April 1976) zu verlangen.“
16. In Nr. 5.1 Satz 2 werden nach dem Klammerhinweis „(BGBl. I S. 604)“ zwischen Kommas die Worte „zuletzt geändert durch Gesetz vom 2. März 1974 (BGBl. I S. 469)“ eingefügt.
17. In Nr. 5.2 Abs. 2 werden die Worte „100 kp/m“ durch die Worte „1 kN/m“ ersetzt.
18. Nr. 5.3 Abs. 2 wird gestrichen.
19. In Nr. 8.1 Abs. 2 Satz 1 werden die Worte „Richtlinien über fliegende Bauten — Fassung Januar 1971 — und mein zu diesen gehörender Einführungserlaß vom 13. Juli 1971 (StAnz. S. 1248)“ durch die Worte „mein zu den Richtlinien über Fliegende Bauten gehörender neuer Einführungserlaß vom 23. März 1977 (StAnz. S. 934)“ ersetzt.
20. In Nr. 8.1 Abs. 6 Satz 3 werden das Wort „Baubehörden“ durch das Wort „Bauaufsichtsbehörden“ und das Wort „Betriebsabnahmen“ durch das Wort „Gebrauchsabnahmen“ ersetzt. In Satz 4 wird das Wort „Betriebsabnahme“ durch das Wort „Gebrauchsabnahme“ ersetzt.
21. In Nr. 9.1 Abs. 2 werden die Worte „des Entwurfs der“ und in Abs. 3 Satz 2 das Wort „Entwurf“ innerhalb der Klammer am Ende des Satzes gestrichen.
22. Nach Nr. 9.2 wird als Nr. 9.3 eingefügt:
„9.3 Aufzüge für Rollstuhlbenutzer (§ 105a)
Aufzüge für Rollstuhlbenutzer sind zu verlangen, wenn ein Höhenunterschied von mehr als einem Geschoß zu überwinden und daher die Benutzung von Rampen nicht mehr zumutbar ist. Vor den Aufzugstüren ist eine Bewegungsfläche von mindestens 1,40 m × 1,40 m zu wahren. Für den Hinweis ist das Internationale Kennzeichen nach Bild 3 zu Abschn. 6 der DIN 18024 Teil 2 (Ausgabe April 1976) zu verlangen.“
23. In Nr. 10.1 Abs. 1 Satz 1 werden die Worte „§ 25 DVO HBO“ durch die Worte „der Baulagenverordnung“ ersetzt.
24. In Nr. 10.3 Satz 1 wird der Klammerhinweis „(Betriebsabnahme)“ gestrichen.
25. In Nr. 11.6 Satz 1 wird das Wort „Baubehörde“ durch das Wort „Bauaufsichtsbehörde“ ersetzt.
26. Nr. 12 Abs. 1 erhält folgende Fassung:
„Mit der Anzeige der abschließenden Fertigstellung (§ 105 Abs. 1 Satz 1 HBO), bei vorhergehender Ingebrauchnahme mit der Anzeige nach § 105 Abs. 1 Satz 2 HBO ist der Bericht des Sachverständigen über die Prüfung der elektrischen Anlagen vorzulegen. Solange der Bericht nicht vorliegt, ist die Ingebrauchnahme der Versammlungsstätte zu untersagen.“
27. In Nr. 12 Abs. 3 wird das Wort „Baubehörde“ durch das Wort „Bauaufsichtsbehörde“ ersetzt.
Dieser Erlaß tritt am 1. Juli 1977 in Kraft.

Wiesbaden, 6. 5. 1977

Der Hessische Minister des Innern

V A 1/ V A 4 — 64 c 04 — 1/77

StAnz. 22/1977 S. 1106

741

Hessische Bauordnung;

hier: § 107 (Bauliche Anlagen des Bundes und der Länder)

Bezug: Mein Erlaß vom 9. November 1973 (StAnz. S. 2035)

Auf Grund des § 117 Abs. 4 der Hessischen Bauordnung (HBO) vom 31. August 1976 (GVBl. I S. 339) wird zur Durchführung des § 107 HBO (Bauliche Anlagen des Bundes und der Länder) folgendes bestimmt:

1. Zustimmungsverfahren**1.1 Zustimmungsbedürftigkeit**

1.1.1 Vorhaben des Bundes und der Länder, die sonst baugenehmigungsbedürftig wären, bedürfen nach § 107 Abs. 1 HBO anstelle einer Baugenehmigung der Zustimmung der oberen Bauaufsichtsbehörde, wenn der öffentliche Bauherr die Leitung der Entwurfsarbeiten und der Bauüberwachung einem Beamten des höheren technischen Verwaltungsdienstes der Fachrichtungen „Hochbau“ oder „Bauingenieurwesen“ oder nach § 107 Abs. 1 Satz 2 HBO gleichgestellten Bediensteten mit entsprechender Vorbildung übertragen hat. Zur Gleichstellung ergeht gesonderter Erlaß. Auf Grund des § 64 der Hessischen Bauordnung vom 6. Juli 1957 (GVBl. S. 101), zuletzt geändert durch Gesetz vom 4. September 1974 (GVBl. I S. 361), ausgesprochene Gleichstellungen bleiben aufrechterhalten.

1.1.2 Die Leitung der Entwurfsarbeiten erfordert, daß die Entwürfe unter Aufsicht des Beamten oder des gleichgestellten Bediensteten auf dessen Weisungen und in dessen Verantwortung erarbeitet werden. Unter Leitung der Bauüberwachung ist die Sorge für die Beaufsichtigung der Baustelle und deren Kontrolle mit Weisungsbefugnis gegenüber den beaufsichtigenden Bediensteten und den am Bau Beteiligten zu verstehen. Sie ist nicht mit der Bauleitung identisch. Die Leitung der Entwurfsarbeiten und die Leitung der Bauüberwachung muß nicht demselben Bediensteten übertragen sein.

1.1.3 § 107 HBO gilt nur für Vorhaben des Bundes und der Länder. Länder sind die Länder im Geltungsbereich des Grundgesetzes.

§ 107 HBO ist als Sonderregelung eng auszulegen. Das Zustimmungsverfahren kommt daher nur dann zum Zuge, wenn der Bund, das Land Hessen oder ein anderes

Land oder eine in den Bund oder ein Land eingegliederte, nicht rechtsfähige Körperschaft, Anstalt oder Stiftung (z. B. Deutsche Bundesbahn, Deutsche Bundespost, Bundesanstalt für Flugsicherung) als Bauherr auftritt. Es kommt nicht in Betracht für Vorhaben der Gemeinden, der Landkreise und der Gemeindeverbände und auch nicht für Vorhaben anderer rechtsfähiger Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts (z. B. Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, Träger der gesetzlichen Krankenversicherung, Unfallversicherung und Arbeiterrentenversicherung, Landesversicherungsanstalt).

1.2 Antrag auf Zustimmung

1.2.1 Der Antrag auf Zustimmung nach § 107 Abs. 4 Satz 1 HBO ist unmittelbar bei der oberen Bauaufsichtsbehörde einzureichen. Er ist schriftlich zu stellen. Im Antrag sind die für die Leitung der Entwurfsarbeiten und der Bauüberwachung verantwortlichen Bediensteten zu benennen (§ 107 Abs. 4 Satz 2 HBO). Ist der Bedienstete kein Beamter des höheren technischen Verwaltungsdienstes nach § 107 Abs. 1 Satz 1 HBO, so ist zu bestätigen, daß er einem solchen nach § 107 Abs. 1 Satz 2 HBO gleichgestellt ist. Die Angaben brauchen nicht nachgeprüft zu werden.

1.2.2 Dem Antrag sind die Bauvorlagen beizufügen, die zur Beurteilung des Vorhabens und zur Bearbeitung des Antrags erforderlich sind. Erforderlich sind nach § 12 der Bauvorlagenverordnung (BauVorlVO) die Bauvorlagen des Bauantrags mit Ausnahme des Standsicherheitsnachweises; für Bauzeichnungen genügt der Maßstab 1:200.

1.2.3 Befreiungen von den Vorschriften der Hessischen Bauordnung und der auf ihr beruhenden Verordnungen und Bausatzungen sind im Antrag auf Zustimmung oder gesondert schriftlich zu beantragen und zu begründen (§ 107 Abs. 3 Satz 2 i. V. m. § 94 Abs. 2 HBO). Dabei sind die Vorschriften anzugeben, von denen abgewichen wird; in der Begründung des Antrags ist insbesondere auf die gesetzlichen Voraussetzungen für die Gewährung der Befreiung einzugehen. Das gleiche gilt, auch wenn dies nicht ausdrücklich gesetzlich gefordert ist, für Befreiungen von Festsetzungen eines Bebauungsplanes nach § 31 Abs. 2 BBauG.

Begehrte Ausnahmen sollen im Zustimmungsantrag angegeben und das Vorliegen ihrer Voraussetzungen dargelegt werden.

1.3 Beteiligung anderer Behörden

1.3.1 Nach § 107 Abs. 6 Satz 1 i. V. m. § 93 Abs. 2 Satz 1 HBO sollen wie im Baugenehmigungsverfahren auch im Zustimmungsverfahren die Behörden gehört werden, deren Zuständigkeitsbereich berührt wird. Darüber hinaus ist in anderen Rechtsvorschriften, wie in den §§ 14 Abs. 2, 31, 37 und 39 h Abs. 5 BBauG, § 9 Abs. 2 Bundesfernstraßengesetz, § 24 Hessisches Straßengesetz und §§ 12 und 14 Luftverkehrsgesetz, das Einvernehmen oder die Zustimmung anderer Behörden für im bauaufsichtlichen Verfahren zu treffende Entscheidungen gefordert. Ferner sind in weiteren Fällen besondere Verwaltungsakte anderer Behörden Voraussetzung der bauaufsichtlichen Entscheidung, wie nach §§ 25, 41 und 71 Hessisches Wassergesetz, § 34 Flurbereinigungsgesetz, § 51 BBauG, §§ 9 Abs. 8 und 9 a Abs. 5 Bundesfernstraßengesetz und § 23 Hessisches Straßengesetz.

1.3.2 Soweit zur Erteilung der Zustimmung andere behördliche Genehmigungen, Erlaubnisse oder sonstige Verwaltungsakte erforderlich sind, hat der öffentliche Bauherr diese unabhängig vom Zustimmungsverfahren herbeizuführen (§ 107 Abs. 6 i. V. m. § 93 Abs. 5 Satz 2 HBO). Aber auch die sonstigen Stellungnahmen, Einvernehmenserklärungen und Zustimmungen sollte er, zumal er ohnehin in Vorbereitung seines Vorhabens die zu beteiligenden Behörden anzusprechen haben wird, zur Beschleunigung des Verfahrens selbst einholen und dem Zustimmungsantrag beifügen. Notwendig ist, daß die Behörden die Bauvorlagen unterschreiben oder schriftlich ihr Einverständnis oder ihre Zustimmung erklären. Nur unter dieser Voraussetzung brauchen sie nicht mehr gehört zu werden (§ 93 Abs. 2 Satz 2 HBO). Andernfalls sind die Behörden im bauaufsichtlichen Zustimmungsverfahren zu beteiligen; das gilt auch, wenn die Behörden ihr Einvernehmen oder ihre Zustimmung versagt haben.

1.3.3 Besondere Bedeutung kommt der Beteiligung der Gemeinde, in deren Bereich das Vorhaben ausgeführt wer-

den soll, zu (§ 107 Abs. 6 Satz 2 HBO). Zur Wahrung ihrer städtebaulichen Planungshoheit ist gemäß § 14 Abs. 2, § 31, § 36 Abs. 1 und § 39 h Abs. 5 BBauG ihr Einvernehmen mit Ausnahmen von einer Veränderungssperre, mit Ausnahmen und Befreiungen von Festsetzungen eines Bebauungsplanes, mit Entscheidungen über die Zulässigkeit von Vorhaben nach den §§ 33 bis 35 BBauG und mit Entscheidungen nach § 39 h Abs. 5 BBauG gefordert.

Im Sinne dieser Vorschriften ist für Vorhaben, die der Zustimmung nach § 107 Abs. 1 HBO bedürfen, die Zustimmungsbehörde als Baugenehmigungsbehörde anzusehen.

Das Einvernehmen der Gemeinde kann, sofern es nicht erreicht zu werden vermag, nach § 37 Abs. 1 BBauG durch Zustimmung der höheren Verwaltungsbehörde ersetzt werden, wenn die besondere öffentliche Zweckbestimmung des Vorhabens erforderlich macht, von den Vorschriften des Bundesbaugesetzes oder den auf Grund des Bundesbaugesetzes erlassenen Vorschriften, insbesondere der Baunutzungsverordnung und den Bebauungsplänen, abzuweichen. Handelt es sich dabei um Vorhaben, die der Landesverteidigung, dienstlichen Zwecken des Bundesgrenzschutzes oder dem Zivilschutz dienen, so entfällt das Erfordernis des Einvernehmens und ist nur die Zustimmung der höheren Verwaltungsbehörde erforderlich (§ 37 Abs. 2 Satz 1 BBauG). Die Gemeinde ist jedoch zuvor zu hören. Dabei kann sie dem Vorhaben widersprechen mit der Folge, daß der zuständige Bundesminister im Einvernehmen mit den beteiligten Bundesministern und im Benehmen mit der zuständigen obersten Landesbehörde über die Abweichung zu entscheiden hat (§ 37 Abs. 2 Satz 3 BBauG). Dieser ist auch zur Entscheidung berufen, wenn die höhere Verwaltungsbehörde ihre Zustimmung nach § 37 Abs. 2 Satz 1 BBauG versagt.

Ohne Einvernehmen der Gemeinde bzw. in den Fällen des § 37 BBauG ohne positive Entscheidung der höheren Verwaltungsbehörde oder des zuständigen Bundesministers kann die bauaufsichtliche Zustimmung nicht erteilt werden. Dies gilt nicht, wenn Vorhaben nach § 37 Abs. 2 BBauG auf Grundstücken verwirklicht werden sollen, für deren Beschaffung ein Verfahren nach § 1 Abs. 2 Landbeschaffungsgesetz durchgeführt wurde, in dem die Einwendungen der Gemeinde oder der höheren Verwaltungsbehörde nach § 37 Abs. 4 BBauG abschließend erörtert worden sind. Unter dieser Voraussetzung entfällt das Verfahren nach § 37 Abs. 2 BBauG; die Gemeinde wird somit vor der Entscheidung über die Zulässigkeit von Vorhaben nicht gehört; ein von ihr gleichwohl erhobener Widerspruch steht der bauaufsichtlichen Zustimmung nach § 107 Abs. 1 HBO nicht entgegen; einer Zustimmung der höheren Verwaltungsbehörde bedarf es nicht.

Die notwendige Einvernehmenserklärung oder Stellungnahme der Gemeinde sollte der öffentliche Bauherr vorweg einholen und dem Antrag beifügen. Soweit § 37 Abs. 4 BBauG zum Zuge kommt, ist der Nachweis der abschließenden Erörterung im Landbeschaffungsverfahren, z. B. durch Vorlage eines Auszugs aus der Terminniederschrift, zu erbringen.

Die Entscheidungen der höheren Verwaltungsbehörde nach § 31 Abs. 2, § 36 Abs. 1 Satz 2, § 37 Abs. 1 und Abs. 2 Satz 1 BBauG bzw. des zuständigen Bundesministers sind im Rahmen des bauaufsichtlichen Zustimmungsverfahrens zu treffen bzw. einzuholen. Im übrigen wird wegen der Beteiligung der Gemeinde und der höheren Verwaltungsbehörde nach den Vorschriften des Bundesbaugesetzes auf meinen Erlaß vom 17. Dezember 1976 (St-Anz. 1977 S. 95) hingewiesen. Die Möglichkeit der Gemeinde, nach § 15 BBauG die Aussetzung der Entscheidung über die Zulässigkeit von Vorhaben bis zu zwölf Monaten zu beantragen, besteht auch im Zustimmungsverfahren. Dem Antrag ist zu folgen, wenn die Voraussetzungen des § 15 BBauG vorliegen. Gemeinde und öffentlicher Bauherr sind von der Aussetzung und ihrer Dauer zu unterrichten.

1.3.4 Zu hören ist auch die untere Bauaufsichtsbehörde. Sie hat das Vorhaben vorzuprüfen. In ihrer Stellungnahme hat sie insbesondere auf seine Übereinstimmung mit den in Nr. 1.5.2 genannten Vorschriften sowie auf Befreiungen von baurechtlichen Vorschriften und Abweichungen von bauaufsichtlichen Richtlinien für Bauten besonderer Art oder Nutzung nach § 72 HBO einzugehen. Für notwendig gehaltene Auflagen und Bedingungen sind vor-

zuschlagen; auf erforderliche anderweitige behördliche Stellungnahmen, Zustimmungen, Einvernehmenserklärungen, Genehmigungen, Erlaubnisse und dgl. ist hinzuweisen. Die Bauaufsichtsämter von Städten mit eigener Berufsfeuerwehr haben eine Überprüfung des Vorhabens durch ihre Berufsfeuerwehr zu veranlassen und deren Ergebnis ihrer Stellungnahme beizufügen.

Auch die Stellungnahme der unteren Bauaufsichtsbehörde sollte vom öffentlichen Bauherrn selbst eingeholt werden, bevor er den Zustimmungsantrag stellt. Sie bietet einen ersten Anhalt für die bauaufsichtliche Beurteilung im Zustimmungsverfahren und gibt ihm ggf. Gelegenheit zur Überarbeitung seiner Planung bzw. zur besonderen Begründung einer Befreiung oder sonstigen Abweichung.

- 1.3.5 Die beteiligten Behörden haben Ersuchen der oberen Bauaufsichtsbehörde auf Abgabe von Stellungnahmen entsprechend § 93 Abs. 1 HBO zügig zu bearbeiten. Dasselbe gilt für Anträge des öffentlichen Bauherrn auf vorherige Stellungnahme nach Nr. 1.3.4 Abs. 2.

1.4 Beteiligung der Nachbarn

Nach § 107 Abs. 3 Satz 2 i. V. m. § 95 Abs. 1 Satz 1 HBO sollen wie im Baugenehmigungsverfahren auch im Zustimmungsverfahren die Nachbarn gehört werden, bevor von Vorschriften, die ihrem Schutz dienen, Befreiungen — auch Befreiungen von Festsetzungen eines Bebauungsplanes nach § 31 Abs. 2 BBauG wegen der dort geforderten Würdigung nachbarlicher Interessen — erteilt werden. Die obere Bauaufsichtsbehörde kann sich hierbei der Amtshilfe der unteren Bauaufsichtsbehörde bedienen.

Auch hier erscheint es zur Beschleunigung des Verfahrens zweckdienlich, wenn der öffentliche Bauherr selbst vor Antragstellung mit den Nachbarn Verbindung aufnimmt und ihr Einverständnis herbeiführt. Nachbarn, die die Bauvorlagen unterschrieben oder schriftlich ihr Einverständnis erklärt haben, brauchen nicht mehr im Zustimmungsverfahren gehört zu werden (§ 95 Abs. 1 Satz 2 HBO). War ein Einverständnis nicht zu erreichen, so soll dem Antrag der Schriftverkehr mit dem Nachbarn beigelegt werden.

Bei Anhörung durch die Zustimmungsbehörde können die Nachbarn innerhalb von zwei Wochen nach Zugang der Benachrichtigung, die die Anhörung einleitet, schriftlich oder mündlich Einwendungen oder Anregungen bei der Zustimmungsbehörde vorbringen; sie sind hierauf in der Benachrichtigung hinzuweisen (§ 95 Abs. 1 Satz 3 HBO). Auch im Zustimmungsverfahren ist es notwendig, den Nachbarn nach § 95 Abs. 2 HBO die Entscheidung über die Befreiung bekanntzugeben, wenn ihren Einwendungen nicht entsprochen worden ist. Dies gilt nicht, wenn Anregungen nicht gefolgt wird.

1.5 Prüfung der Vorhaben

- 1.5.1 Die Prüfung der Vorhaben anhand des Zustimmungsantrags und der Bauvorlagen ist zügig durchzuführen (§ 107 Abs. 6 Satz 1 i. V. m. § 93 Abs. 1 Satz 1 HBO). Etwaige Zweifelsfragen sind schnellstmöglich zu klären, fehlende Unterlagen oder Angaben in den Bauvorlagen unverzüglich festzustellen und nachzufordern (§ 93 Abs. 1 Satz 2 HBO), die Behörden und Nachbarn, die noch im Verfahren zu beteiligen sind, ohne Zögern zu hören und etwa erforderliche Entscheidungen der höheren Verwaltungsbehörde oder des zuständigen Bundesministers nach § 31 Abs. 2, § 36 Abs. 1 und § 37 Abs. 1 und 2 BBauG zu veranlassen. Auf die Notwendigkeit eines Zwischenbescheides nach § 93 Abs. 6 HBO wird hingewiesen.

- 1.5.2 Nach § 107 Abs. 5 Satz 1, erster Halbsatz HBO brauchen im Zustimmungsverfahren die Vorhaben nur stichprobenartig überprüft zu werden. Stets sind sie aber auf ihre Übereinstimmung mit den Festsetzungen eines Bebauungsplanes, mit den Vorschriften über die Zulässigkeit von Vorhaben nach den §§ 29 bis 37 BBauG und mit Vorschriften, die dem Schutz Dritter dienen, zu überprüfen (§ 107 Abs. 5 Satz 2 HBO). Auch bedarf es in jedem Fall einer Entscheidung über etwaige Ausnahmen und Befreiungen (§ 107 Abs. 3 HBO), so daß auch insoweit auf eine Prüfung nicht verzichtet werden kann. Im übrigen sollte sich die Prüfung auf die Hauptgefahrenpunkte des Vorhabens mit Schwergewicht auf den Brandschutz sowie auf die Einhaltung der Bauwiche, der Abstände und Abstandsflächen, auf die gärtnerische Anlage der Grundstücksfreifläche und auf die Verpflichtung zur Herstellung von Stellplätzen und Garagen beschränken.

Die Standsicherheit ist nicht zu prüfen (§ 107 Abs. 5 Satz 1, zweiter Halbsatz HBO).

An der Prüfung ist das brandschutztechnische Dezernat zu beteiligen, wenn Ausnahmen oder Befreiungen von dem Brandschutz dienenden Vorschriften begehrt werden oder es sich um Bauten besonderer Art oder Nutzung im Sinne des § 72 HBO handelt.

1.6 Entscheidung über die Zustimmung

- 1.6.1 Sind Behörden und Nachbarn nicht mehr zu hören, die zur Beurteilung erforderlichen Unterlagen vollständig und Rückfragen beim öffentlichen Bauherrn nicht mehr erforderlich und stehen auch keine selbständigen Entscheidungen anderer Behörden aus, die für die Erteilung der Zustimmung notwendig sind, so sollte innerhalb eines Monats über die Zustimmung entschieden werden.
- 1.6.2 Die Zustimmung bedarf der Schriftform; eine Ausfertigung der mit Zustimmungsvermerk versehenen Bauvorlagen ist ihr beizufügen. Die Zustimmung kann im Rahmen des § 96 Abs. 4 HBO, im Zusammenhang mit Ausnahmen oder Befreiungen im Rahmen des § 94 Abs. 5, mit Auflagen oder Bedingungen verbunden, befristet oder unter dem Vorbehalt des Widerrufs erteilt werden. Widerrufsvorbehalt oder Befristungen kommen nach § 70 Abs. 1 Satz 2 auch bei Baracken in Betracht. Je eine Mehrausfertigung des Zustimmungsbescheides ist der unteren Bauaufsichtsbehörde und der Gemeinde (§ 103 HBO) zu übersenden; ist die Gemeinde gleichzeitig untere Bauaufsichtsbehörde, so genügt die Übersendung nur einer Mehrausfertigung.
- 1.6.3 In Zustimmungsverfahren können entsprechend § 98 HBO Teilzustimmungen ausgesprochen werden (§ 107 Abs. 6 Satz 1 HBO). Dagegen ist ein Vorbescheid entsprechend § 92 HBO nicht vorgesehen. Es bleibt aber die Möglichkeit, auf Anfragen Auskunft zu erteilen oder, wenn notwendig, Zusagen zu geben. Den Zusagen sollte aber keine längere Verbindlichkeit gegeben werden, als für den Vorbescheid in § 92 Abs. 1 Satz 2 und 3 festgelegt ist, nämlich ein Jahr mit Verlängerungen um jeweils ein weiteres Jahr.
- 1.6.4 Nach § 107 Abs. 8 HBO wird mit der Zustimmung keine Verantwortung für das Vorhaben übernommen. Vielmehr hat der öffentliche Bauherr selbst dafür einzustehen, daß seine baulichen Anlagen den Anforderungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung entsprechen. Hierdurch wird aber die Verantwortlichkeit der oberen Bauaufsichtsbehörde für ihre Prüfung und für die erteilte Zustimmung nicht berührt.

1.7 Sonstiges

- 1.7.1 Zustimmung und Teilzustimmung erlöschen nach § 107 Abs. 6 Satz 1 i. V. m. § 99 Abs. 1 HBO, wenn innerhalb von zwei Jahren nach Erteilung der Zustimmung oder Teilzustimmung mit der Ausführung des Vorhabens nicht ernsthaft begonnen oder die Bauausführung ein Jahr unterbrochen worden ist. Die Frist kann nach § 99 Abs. 2 HBO jeweils bis zu einem Jahr verlängert werden; hierzu bedarf es eines schriftlichen Antrags des öffentlichen Bauherrn.
- 1.7.2 § 101 HBO ist in § 107 HBO nicht für entsprechend anwendbar erklärt. Gleichwohl gelten seine Vorschriften über Widerruf oder nachträgliche Einschränkung der Genehmigungen auch für die Zustimmung und Teilzustimmung, denn die Zustimmung ist trotz ihrer anderen Bezeichnung als Genehmigung im Sinne des § 101 HBO anzusehen.
- 1.7.3 Die Akten über das Zustimmungsverfahren sind von der oberen Bauaufsichtsbehörde zu führen. Sie sind nach Abschluß des Vorhabens an die für das Baugrundstück zuständige untere Bauaufsichtsbehörde abzugeben. Der öffentliche Bauherr ist in der Zustimmung zu bitten, die obere Bauaufsichtsbehörde vom Abschluß des Vorhabens zu unterrichten.
- 1.7.4 § 77 Abs. 1 HBO gilt nur für baugenehmigungsbedürftige, nicht für zustimmungsbedürftige Bauvorhaben.

2. Bauanzeige

Unter den Voraussetzungen des § 107 Abs. 1 HBO, unter denen an die Stelle der Baugenehmigung die Zustimmung der oberen Bauaufsichtsbehörde tritt, entfällt für Vorhaben des Bundes und der Länder nach § 107 Abs. 2 HBO, die an sich bauanzeigebedürftig wären, die Verpflichtung zur Einreichung einer Bauanzeige. Nr. 1.1 gilt entsprechend.

Erfordert ein solches Vorhaben eine Befreiung nach § 94 Abs. 2 HBO, so wird es zustimmungsbedürftig (§ 87 Abs. 3 HBO). Sind Ausnahmen notwendig, so sind diese, auch wenn die Anzeigebefreiung entfällt, besonders zu beantragen (§ 94 Abs. 3 HBO); zuständig ist die obere Bauaufsichtsbehörde (§ 107 Abs. 3 HBO).

3. Kenntnisgabe von Verteidigungsanlagen

Bauliche Anlagen, die unmittelbar der Landesverteidigung dienen, bedürfen nach § 107 Abs. 7 Satz 1 HBO weder einer Baugenehmigung oder Bauanzeige noch einer Zustimmung nach § 107 Abs. 1 HBO. Sie sind aber der oberen Bauaufsichtsbehörde in geeigneter Weise zur Kenntnis zu bringen (§ 107 Abs. 7 Satz 2, erster Halbsatz HBO). Die obere Bauaufsichtsbehörde erhält hierdurch die Möglichkeit, innerhalb von drei Monaten nach Eingang Bedenken und Anregungen vorzubringen (§ 107 Abs. 7 Satz 2, erster Halbsatz HBO). Die Unterrichtung der oberen Bauaufsichtsbehörde ist nur dann in geeigneter Weise erfolgt, wenn sie eine Beurteilung der Auswirkungen auf öffentliche und auf private, durch öffentliches Recht geschützte Belange erlaubt. Die oberen Bauaufsichtsbehörden werden gebeten, mich über von ihnen vorgebrachte Bedenken und Anregungen durch Vorlage einer Durchschrift des entsprechenden Schreibens zu unterrichten.

§ 107 Abs. 7 HBO berührt die Vorschriften der §§ 29 ff. BBauG, auch soweit sie die Mitwirkung der Gemeinde und der höheren Verwaltungsbehörde fordern (insbesondere § 37 BBauG), nicht, denn diese finden nach § 29 Satz 2 BBauG ohne Einschränkung auch auf Vorhaben, die der Landesverteidigung dienen, Anwendung, selbst wenn diese keiner Baugenehmigung, Bauanzeige oder Zustimmung bedürfen. Es ist Sache des öffentlichen Bauherrn, das Einvernehmen der Gemeinde bzw. die Zustimmung der höheren Verwaltungsbehörde einzuholen und ggf. die Entscheidung des zuständigen Bundesministers nach § 37 Abs. 2 Satz 3 BBauG herbeizuführen.

Welche baulichen Anlagen unmittelbar der Landesverteidigung dienen, bezeichnet im Einzelfall der öffentliche Bauherr. Wenn Zweifel bestehen, ist meine Auffassung herbeizuführen.

Nach dem mit § 107 Abs. 7 HBO verfolgten Zweck der Freistellung der unmittelbar der Landesverteidigung dienenden baulichen Anlagen von förmlichen Verfahren findet § 94 Abs. 3 HBO auf diese keine Anwendung.

§ 107 Abs. 7 HBO stellt nur von bauaufsichtlichen Verfahren frei, nicht jedoch von sonstigen, auf anderem Recht beruhenden Verwaltungsverfahren.

4. Fortfall der Bauüberwachung

Nach § 107 Abs. 9 Satz 1 HBO unterliegen Vorhaben des Bundes und der Länder nicht der Bauüberwachung nach den §§ 104 und 105 HBO; das gilt nicht nur für zustimmungsbedürftige Vorhaben, sondern allgemein. Nicht anzuwenden sind ferner die Vorschriften des § 77 Abs. 4 bis 6, § 96 Abs. 9 und 10 und § 102 HBO (§ 107 Abs. 8 Satz 2 HBO). Die Bauaufsichtsbehörde kann daher nicht verlangen, daß ungeeignete Entwurfsverfasser, Unternehmer oder Bauleiter durch geeignete ersetzt oder Sachverständige herangezogen werden (§ 77 Abs. 4 HBO). Sie kann auch nicht die Einstellung von Bauarbeiten unter den Voraussetzungen des § 102 HBO, z. B. bei Verletzung des formellen Bauverbotes des § 107 Abs. 6 Satz 1 i. V. m. § 96 Abs. 7 HBO, anordnen. Der öffentliche Bauherr braucht nicht den Bauleiter und den Rohbauunternehmer oder einen Wechsel dieser Personen zu melden (§ 77 Abs. 5 HBO), keine Baugenehmigung und Bauvorlagen auf der Baustelle bereitzuhalten und keine Kennzeichnung anzubringen (§ 96 Abs. 9 HBO) und auch nicht Ausführungsbeginn und -unterbrechung mitzuteilen (§ 96 Abs. 10 HBO).

5. Schlußvorschriften

5.1 Die Einräumung eines besonderen Verfahrens und der Fortfall bauaufsichtlicher Verfahren entbindet den öffentlichen Bauherrn nicht von seiner Verpflichtung, das materielle öffentliche Recht, insbesondere das Bauordnungsrecht, einzuhalten.

5.2 Obere Bauaufsichtsbehörde ist nach § 82 Abs. 2 HBO der Regierungspräsident, für die Stadt Frankfurt am Main

und für die Landeshauptstadt Wiesbaden der Minister des Innern.

5.3 Dieser Erlaß tritt am 1. Juli 1977 in Kraft. Gleichzeitig tritt mein Erlaß vom 9. November 1973 (StAnz. S. 2035) außer Kraft.

Wiesbaden, 9. 5. 1977

Der Hessische Minister des Innern
V A 4/ V A 1 — 64 a 02/09 — 4/77
StAnz. 22/1977 S. 1107

742

Richtlinien für die Verfolgung und Ahndung von Zuwiderhandlungen gegen Sozialvorschriften im Straßenverkehr;

hier: Aufgaben der Vollzugspolizei

Bezug: Erlaß des HMDI vom 4. 4. 1977 (StAnz. S. 986)

In dem o. a. Erlaß muß es

in Nr. 1.3. in der vorletzten Zeile statt „freigeboten“ richtig „feilgeboten“,

in Nr. 2.2.1. in der vorletzten Zeile statt „begangene“ richtig „begangene(n)“ und

in Nr. 3.1. in der 3. Zeile statt „10. 12. 1969“ richtig „10. 12. 1968“

heißen.

Die Redaktion

StAnz. 22/1977 S. 1110

743

Ausbildung der Sprechfunker

Bezug: Fernmelde-Richtlinien des Landes Hessen vom 28. 4. 1972 — insbesondere Ziff. 6 (StAnz. S. 908)
Meine Erlasse vom 25. 4. 1975 und 1. 3. 1976 — VI 64 — 24 b 10 — (n. v.)

Zur Verbreiterung und Beschleunigung der Sprechfunkausbildung bei den Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (außer Polizei) im Lande Hessen haben sich folgende Änderungen als zweckmäßig und notwendig erwiesen:

1. Eine mindestens 16stündige Sprechfunkunterweisung auf Kreisebene durch Kreisausbilder für das Sprechfunkwesen.
2. Eine anschließende 20stündige Ausbildung zur Erlangung des Sprechfunkzeugnisses an der Hessischen Landesfeuerwehrschiele bzw. Katastrophenschutzschule Hessen (vgl. Ziff. 6 der im Bezug näher bezeichneten Fernmelde-Richtlinien).
3. Danach eine 40stündige Ausbildung derjenigen Sprechfunker, die in den Leitstellen eingesetzt werden sollen (Leitstellenpersonal-Ausbildung).

Für die Sprechfunkunterweisung auf Kreisebene ist der als Anl. 1 beigefügte Muster-Lehrstoffplan maßgebend und verbindlich.

Über die mit Erfolg bestandene Sprechfunkausbildung ist eine der Anl. 2 entsprechende Bescheinigung auszustellen.

Die Ausbildung zur Erlangung des Sprechfunkzeugnisses an einer der beiden vorbezeichneten Schulen erfolgt nach dem als Anl. 3 beigefügten Muster-Lehrstoffplan.

Der Ausbildungsgang unter Ziff. 3 wird nach dem hierfür geltenden Lehrstoffplan an den beiden Schulen durchgeführt.

Wiesbaden, 11. 5. 1977

Der Hessische Minister des Innern

VI 64 — 24 b 10

StAnz. 22/1977 S. 1110

Anlage 1

Muster-Lehrstoffplan für die Funkunterweisung durch Kreisausbilder

Ausbildungsziel:

1. Einheitliche Unterweisung der Sprechfunker aller Fachdienste
2. Vorbereitung für die Sprechfunkausbildung an der Katastrophenschutzschule Hessen bzw. der Hess. Landesfeuerwehrschiele zur Erlangung des Sprechfunkzeugnisses

Ausbildungsebene:

Kreisebene

Ausbildungsunterlagen:

1. DV 810 „Sprechfunkdienst“

- 2. Fernmelde-Richtlinien für den Brand- und Katastrophenschutz sowie Rettungsdienst einschl. Krankentransport im Lande Hessen
- 3. Lehrstoffplan und Merkblätter der Katastrophenschutzschule Hessen bzw. der Hess. Landesfeuerwehrschule für die Funkunterweisung durch Kreisausbilder

Dauer:
mindestens 16 Stunden
Teilnehmerzahl:
20 Angehörige der BOS

Themen:	Std.	Unterr./Prakt.
1. Vorschriften und Grundlagen		
— Meterwellenfunk-Richtlinie BOS		
— DV 810 „Sprechfunkdienst“		
— Ausbreitungsbedingungen der Meterwellen	2	U
2. Funkgerätekunde		
— FuG 10, FuG 7 b, FuG 8 b, Arlarmgeber und Meldeempfänger	4	U/P
3. Funkbetriebskunde		
— Verkehrsabwicklung (DV 810)		
— Rufnamen (Fernmelde-Richtl. BOS Anl. 8)		
— Verkehrsarten (DV 810)	1	U/P
4. Fernmeldegeheimnis und Amtsverschwiegenheit		
— Belehrung über rechtliche Bestimmungen	1	U
5. Funkübungen		
— schulmäßige Funkübungen		
— Funkbetriebsübungen	6	P
Anzahl der Stunden (mindestens)	16	

Anlage 2

Bescheinigung

Herr/Frau
geb. am wohnhaft in
.....
Angehöriger/Angehörige der/des
in
hat in der Zeit vom bis
an einer zusammenhängenden, mindestens 16stündigen

FUNKUNTERWEISUNG

entsprechend dem hierfür geltenden Muster-Lehrstoffplan mit Erfolg teilgenommen.
Der/Die Vorbezeichnete wurde über die wichtigsten fernmelderechtlichen Bestimmungen belehrt.
Diese Bescheinigung ist bei Teilnahme an einem Sprechfunklehrgang an der Katastrophenschutzschule Hessen bzw. der Hess. Landesfeuerwehrschule vorzulegen.

.....
(Ort und Datum) (Name)
— Kreisausbilder des

Anlage 3

Muster-Lehrstoffplan für die Sprechfunkausbildung zur Erlangung des Sprechfunkzeugnisses

- Ausbildungsziel:**
1. Einheitliche Ausbildung der Sprechfunker aller Fachdienste
2. Erwerb des Sprechfunkzeugnisses

Ausbildungsebene:
Landesebene

Ausbildungsunterlagen:

- 1. DV 810 „Sprechfunkdienst“
- 2. Fernmelde-Richtlinien für den Brand- und Katastrophenschutz sowie Rettungsdienst einschl. Krankentransport im Lande Hessen
- 3. Lehrstoffplan und Merkblätter der Katastrophenschutzschule Hessen bzw. der Hess. Landesfeuerwehrschule für die Sprechfunkerausbildung aller Fachdienste

Dauer:
20 Stunden
Teilnehmerzahl:
20 Angehörige der BOS

Themen:	Std.	Unterr./Prakt.
1. Begrüßung und Einweisung	1	U
2. Allgemeines		
— Aufgaben, Organisation und Ausstattung der Einheiten und Einrichtungen des Fernmeldedienstes	2	U
3. Funkbetriebskunde (DV 810 und Fernmelderichtlinien BOS 1.7.4)		
— Arten der Sprechfunknachrichten		
— Vorrangstufen		
— Alarmierungsverfahren		
— Übungen im Sprechfunkverkehr	2	U
4. Die Relaisfunkstelle		
— Verkehrsformen	2	U
5. Fernmelderecht		
— Die Meterwellenfunk-Richtlinie BOS		
— FAG und StGB (Auszüge)		
— Verpflichtung auf Wahrung des Fernmeldegeheimnisses	1	U
6. Das integrierte Sprechfunknetz der BOS im Lande Hessen		
— Der Funkverkehrskreis		
— Der Funkverkehrsbereich		
— Die Leitstelle		
— Die Sprechfunkzentrale (Leitfunkstelle)		
— Die Funküberwachung	1	U
7. Die Verkehrsabwicklung im integrierten Funknetz	1	P
— Sprechfunkverkehr in verschiedenen Verkehrsformen und -arten mit den Funkgeräten im 2-m- und 4-m-Wellenbereich über nahe und weite Entfernungen	8	P
9. Zusammenfassung des Lehrstoffes		
— Schriftliche Beantwortung von Fernmelde-Fachfragen	2	U
Anzahl der Stunden	20	

744

Der Hessische Minister der Finanzen

Einsatz der automatisierten Datenverarbeitung (ADV) in der staatlichen Hochbauverwaltung;

hier: Einführung der automatisierten Verwaltungsaufgabe „Ausschreibung, Vergabe und Abrechnung von Bauleistungen (AVA) — Fachbereich Hochbau“

Nach einer erfolgreichen Einführungsphase, bei der das Programmsystem IDEAL einer verbreiteten Anwendung zugeführt wurde, habe ich das bei der Hessischen Zentrale für Datenverarbeitung (HZD) installierte Programmsystem für

die „Ausschreibung, Vergabe und Abrechnung von Bauleistungen (AVA)“ — Fachbereich Hochbau — zur allgemeinen Anwendung innerhalb des Zuständigkeitsbereiches der staatlichen Hochbauverwaltung am 29. November 1976 freigegeben.

Durch die Freigabe ist eine weitere Voraussetzung zur umfassenden Automatisierung der Verwaltungsaufgabe „AVA“ gegeben.

Das Programmsystem IDEAL wird ab sofort in der staatlichen Hochbauverwaltung eingeführt und ist bei Baumaß-

nahmen des Landes und des Bundes im Rahmen der hierzu ergehenden Weisungen und Arbeitsanleitungen anzuwenden. Die Anwendung ist an bestimmte Verfahrensregeln gebunden.

Im Laufe des Jahres 1977 ist die Herausgabe einer Arbeitsanleitung — Programmsystem IDEAL vorgesehen. Diese Arbeitsanleitung wird durch eine Themengruppe der Anwenderkommission IDEAL auf überregionaler Ebene, innerhalb des Bund-Länder-Ausschusses DV-Hochbau erarbeitet.

Die Abschnitte 1 bis 6 der als Loseblatt-Sammlung vorgesehenen Arbeitsanleitung sind anwenderneutral auf das Programmsystem bezogen, während die verwaltungsspezifischen Regelungen, welche von den einzelnen Ländern/Anwendern zu treffen sind, in einem Abschnitt 0 (Null) den allgemeinen Arbeitsanleitungen vorangestellt sind.

In der Anlage, hier nicht mit abgedruckt, gebe ich die in Abschnitt 0 zu treffenden Regelungen für den Bereich der staatlichen Hochbauverwaltung bekannt und bitte, danach zu verfahren.

Mein Erlaß vom 11. Dezember 1974 — 0 6080 — 1 IV A 3 — n. v., mit dem die Organisation und Aufgabenverteilung bei der Anwendung der automatisierten Datenverarbeitung bereits geregelt wurde, ist inhaltlich eingearbeitet.

Bei diesem Erlaß wurde der Hauptpersonalrat gemäß § 57a HPVG beteiligt.

Wiesbaden, 5. 5. 1977

Der Hessische Minister der Finanzen
0 6080 — 1 — V A 31

StAnz. 22/1977 S. 1111

745

Der Hessische Minister der Justiz

Ungültigkeitserklärung eines Dienstaussweises

Der am 10. 12. 1973 von der Leiterin der Justizvollzugsanstalt Frankfurt am Main III ausgestellte Dienstaussweis Nr. 76 für Medizinaldirektorin Dr. Antonie Schneider-Reinkens ist in Verlust geraten. Er wird hiermit für ungültig erklärt.

Frankfurt am Main, 6. 5. 1977

Die Leiterin der Justizvollzugsanstalt
Frankfurt am Main III

Sch — 8 1 a — 383/77

StAnz. 22/1977 S. 1112

746

Der Hessische Minister für Wirtschaft und Technik

Hessische Trennungsgeldverordnung in der Fassung vom 21. Juni 1976 (GVBl. I S. 267)

Bezug: Mein Runderlaß vom 22. September 1969 (StAnz. S. 1707)

Nach § 10 Abs. 1 Satz 2 STGV bestimme ich als Stammdienststelle:

1. Für Baureferendare und für Vermessungsreferendare das Amt, dem der Referendar erstmals zur Ausbildung zugewiesen wird.
2. Für Bergreferendare das Hessische Oberbergamt in Wiesbaden.

3. Für Anwärter des gehobenen und mittleren technischen und nichttechnischen Dienstes das Amt, dem der Anwärter erstmals zur Ausbildung zugewiesen wird.

Meinen Bezugserlaß hebe ich hiermit auf.

Wiesbaden, 9. 5. 1977

Der Hessische Minister
für Wirtschaft und Technik

I c 3 — 12 f 02

StAnz. 22/1977 S. 1112

747

Der Hessische Sozialminister

Staatliche Anerkennung als Heilquelle

Gemäß § 40 Abs. 2 und 4 des Hessischen Wassergesetzes — HWG — vom 6. Juli 1960 (GVBl. I S. 69, 177), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 4. September 1974 (GVBl. I S. 361), wird folgende Quelle in der Stadt Flörsheim/Stadtteil Weilbach als Heilquelle staatlich anerkannt:

„Bad Weilbacher Natron-Lithion-Quelle GmbH Brunnen III“. Diese Anerkennung erfolgt im Einvernehmen mit dem Hessischen Minister für Landwirtschaft und Umwelt als oberster Wasserbehörde.

Wiesbaden, 9. 5. 1977

Der Hessische Sozialminister

StS — III B 4 a — 18 c 16/03

StAnz. 22/1977 S. 1112

748

Ungültigkeitserklärung eines Dienstaussweises

Der Dienstaussweis Nr. 58 für Regierungsdirektor Dr. Johannes Ollmert wurde entwendet und wird mit Wirkung vom 2. 10. 1976 für ungültig erklärt.

Frankfurt am Main, 4. 5. 1977

Landesversorgungsamt Hessen

I/2 — 7 d 08

StAnz. 22/1977 S. 1112

749

Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Umwelt

Buß- und Verwarnungsgeldkatalog für die Verfolgung und Ahndung von Zuwiderhandlungen nach dem Abfallbeseitigungsgesetz und dem Immissionsschutzrecht des Bundes

Gemeinsamer Runderlaß

Im Interesse eines einheitlichen und wirksamen Vorgehens gegen Zuwiderhandlungen nach dem Abfallbeseitigungsgesetz und dem Immissionsschutzrecht des Bundes soll der nachstehende Buch- und Verwarnungsgeldkatalog für die Verfolgung und Ahndung solcher Verstöße in allen Bundesländern eingeführt werden. Mit seiner Veröffentlichung wird er für die zuständigen Behörden im Lande Hessen verbindlich.

Wiesbaden, 1. 4. 1977

Der Hessische Minister für
Landwirtschaft und Umwelt
IC5/IC6 — 79n 02. — 771/76

Der Hessische Sozialminister
M/1 c 3 — 53 e 161 (§ 62)

Der Hessische Minister für
Wirtschaft und Technik
M — II b 3 — 76 b 02 — 15

Der Hessische Minister des Innern
IV B 21 — 63 e — 23/76

StAnz. 22/1977 S. 1112

Anlage

Buß- und Verwarnungsgeldkatalog für den Umweltschutz

A. Allgemeiner Teil

1. Begriffsbestimmungen

- 1.1 Eine Ordnungswidrigkeit ist eine rechtswidrige und vorwerfbare Handlung, die den Tatbestand eines Gesetzes (förmliches Gesetz, Rechtsverordnung, Satzung) verwirklicht, das die Ahndung mit einer Geldbuße vorsieht (§ 1 Abs. 1 OWiG).
- 1.2 Eine Straftat ist eine rechtswidrige und schuldhaft Handlung, die den Tatbestand eines Gesetzes verwirklicht, das die Ahndung mit einer Strafe (Freiheitsstrafe, Geldstrafe) vorsieht.

2. Anwendungsbereich des Kataloges

- 2.1 Der Buß- und Verwarnungsgeld-Katalog ist als Richtlinie für die zuständigen Verwaltungsbehörden bei Ordnungswidrigkeiten der Sachbereiche Abfallbeseitigung und Immissionsschutz anzuwenden.
- 2.2 Soweit Zuwiderhandlungen nicht vom Katalog erfaßt werden, soll für die Bemessung der Geldbuße von vergleichbaren Zuwiderhandlungen des Kataloges ausgegangen werden.

3. Bußgeldverfahren und Verwarnungsverfahren

3.1 Bußgeldverfahren

Ein Bußgeldverfahren soll eingeleitet werden, wenn auf Grund von Anzeigen oder sonstigen Feststellungen Anhaltspunkte für eine Ordnungswidrigkeit vorliegen und der Verfolgung keine Hindernisse entgegenstehen. Dies gilt nicht wenn die Ordnungswidrigkeit so unbedeutend erscheint, daß nicht einmal eine Verwarnung notwendig ist.

3.2 Verwarnungsverfahren

Ist eine Ordnungswidrigkeit als geringfügig zu beurteilen, kann von der Durchführung eines Bußgeldverfahrens abgesehen und eine Verwarnung erteilt werden (§ 56 Absatz 1 OWiG). Dabei soll ein Verwarnungsgeld erhoben werden, wenn die Verwarnung ohne Verwarnungsgeld unzureichend ist. Die Erfordernisse des § 56 Absatz 2 OWiG sind zu beachten (Einverständnis des Täters nach Belehrung; Zahlung des Verwarnungsgeldes innerhalb bestimmter Frist).

Für die Einstufung einer Ordnungswidrigkeit als geringfügig sind vor allem das Maß der Gefährdung oder Schädigung der geschützten Umweltgüter sowie das Täterverhalten (Notwendigkeit eines fühlbaren Denkmals zur Beeinflussung künftigen Verhaltens) im Einzelfall nach pflichtgemäßem Ermessen zu berücksichtigen.

Im Buß- und Verwarnungsgeldkatalog sind die Zuwiderhandlungen besonders kenntlich gemacht, bei denen häufig eine Verwarnung in Betracht kommt. Eine Ordnungswidrigkeit kann dann nicht mehr als geringfügig angesehen werden, wenn der Regelsatz oder die Untergrenze des Rahmensatzes nach dem Katalog das gesetzliche Höchstmaß des Verwarnungsgeldes überschreitet und keine besonderen mildernden Umstände vorliegen.

4. Abgabe an die Staatsanwaltschaft

- 4.1 Die Verwaltungsbehörde hat die Sache an die zuständige Staatsanwaltschaft abzugeben, wenn Anhaltspunkte dafür bestehen, daß die zu verfolgende Handlung eine Straftat ist (§ 41 Absatz 1 OWiG).
- 4.2 Eine Sache ist auch dann als Straftat zu behandeln und damit an die Staatsanwaltschaft abzugeben, wenn durch ein und dieselbe Handlung (Tateinheit) oder durch mehrere Handlungen innerhalb eines einheitlichen Ereignisses (Verknüpfung mehrerer Handlungen in einem einheitlichen Lebensvorgang) sowohl der Tatbestand einer Straftat als auch einer Ordnungswidrigkeit verwirklicht wird (§ 21 Abs. 1 OWiG).
- 4.3 Wird die tateinheitliche Straftat von der Staatsanwaltschaft nicht verfolgt, kann die tateinheitliche Ordnungswidrigkeit von der Verwaltungsbehörde verfolgt werden (§ 21 Abs. 2 OWiG).

5. Regel- und Rahmensätze für vorsätzliche Zuwiderhandlungen

Die im Katalog ausgewiesenen Geldbußen sind Regel- und Rahmensätze für vorsätzliche Zuwiderhandlungen

6. Grundsätze für die Erhöhung oder Ermäßigung der Regel- und Rahmensätze sowie für die Konkretisierung von Rahmensätzen

6.1 Allgemeines

Die Regel- und Rahmensätze können nach den Grundsätzen des § 17 Abs. 3 OWiG je nach den Umständen des Einzelfalles erhöht (s. Nr. 6.2) oder ermäßigt (s. Nr. 6.3) werden. Für die konkrete Festsetzung nach einem Rahmensatz ist sinngemäß zu verfahren.

6.2 Erhöhung

Eine Erhöhung kann insbesondere in Betracht kommen, wenn

- das Ausmaß der Umweltbeeinträchtigung nach den Umständen des Falles ungewöhnlich groß ist, der Täter
- sich uneinsichtig zeigt,
- bereits einmal wegen einer gleichartigen Ordnungswidrigkeit innerhalb der letzten drei Jahre mit einer Geldbuße belegt oder förmlich (schriftlich) verwarnet worden ist,
- besondere wirtschaftliche Vorteile aus der Tat gezogen hat; in diesem Fall soll die Geldbuße die wirtschaftlichen Vorteile übersteigen; dabei darf das gesetzliche Höchstmaß der Geldbuße überschritten werden (§ 17 Abs. 4 OWiG),
- die Ordnungswidrigkeit im Zusammenhang mit der Ausübung eines Berufes oder eines Gewerbes begeht.
- eine fortgesetzte Handlung begeht (s. Nummer 9),
- vorwerfbar einen rechtswidrigen Zustand für einen gewissen Zeitraum herbeigeführt hat (s. Nummer 10),
- in außergewöhnlich guten wirtschaftlichen Verhältnissen lebt.

6.3 Ermäßigung

Eine Ermäßigung kann insbesondere in Betracht kommen, wenn

- das Ausmaß der Umweltbeeinträchtigung nach den Umständen des Falles ungewöhnlich klein ist,
- der Vorwurf, der den Täter trifft, aus besonderen Gründen des Einzelfalles geringer als für durchschnittliches vorwerfbares Handeln erscheint,
- der Täter Einsicht zeigt, so daß Wiederholungen nicht zu befürchten sind,
- die vorgeschriebene Geldbuße zu einer unzumutbaren wirtschaftlichen Belastung führt,
- die wirtschaftlichen Verhältnisse des Täters außergewöhnlich schlecht sind.

7. Fahrlässiges Handeln

Bei fahrlässigem Handeln soll im Regelfall von $\frac{1}{2}$ (einhalb) der Regel- und Rahmensätze nach Nummer 5 ausgegangen werden. Das gesetzliche Höchstmaß der Geldbuße nach § 17 Abs. 2 OWiG darf dabei nicht überschritten werden.

Im übrigen gelten die Grundsätze nach Nummer 6 auch für fahrlässiges Handeln.

8. Tateinheit

Verletzt dieselbe Handlung mehrere Rechtsvorschriften, nach denen sie als Ordnungswidrigkeit geahndet werden kann, oder eine solche Rechtsvorschrift mehrmals, so wird nur eine Geldbuße festgesetzt. Dabei bestimmt sich die Geldbuße nach der Rechtsvorschrift, mit der die höchste Geldbuße angedroht wird.

9. Fortgesetzte Handlung

- 9.1 Eine fortgesetzte Handlung liegt vor, wenn derselbe Tatbestand durch mehrere Ausführungshandlungen (Teilakte) in einer im wesentlichen gleichartigen Begehungsweise und in einem engen zeitlichen und räumlichen Zusammenhang auf Grund eines vorgefaßten Entschlusses erfüllt wird, der spätestens vor Beendigung des ersten Teilaktes der Handlungsreihe die mehrfache Ver-

wirklichung des Tatbestandes in den wesentlichen Grundzügen der späteren Ausführungshandlungen umfaßt (Gesamtvorsatz). Bei einer fortgesetzten Handlung gelten alle Teilakte als eine Handlung.

9.2 Bei der Bemessung der Geldbuße ist zwar von den Regel- und Rahmensätzen des Kataloges auszugehen (s. Nummer 5). Die Geldbuße soll jedoch unter Berücksichtigung der Zahl der Teilakte angemessen erhöht werden (s. Nummer 6.2 Buchstabe f).

10. Dauerzuwiderhandlungen

10.1 Eine Dauerzuwiderhandlung liegt vor, wenn der durch die Verletzung einer Rechtsvorschrift begründete Zustand vorsätzlich oder fahrlässig über einen gewissen Zeitraum aufrechterhalten wird. Hier liegt nur eine Zuwiderhandlung vor.

10.2 Bei der Bemessung der Geldbuße ist zwar von den Regel- und Rahmensätzen des Kataloges auszugehen (s. Nummer 5). Die Geldbuße soll jedoch unter Berücksichtigung der Dauer des rechtswidrigen Zustandes erhöht werden (s. Nr. 6.2 Buchstabe g).

11. Tatmehrheit

Werden durch mehrere rechtlich selbständige Handlungen mehrere Ordnungswidrigkeiten begangen, so wird für jede eine Geldbuße gesondert festgesetzt.

12. Besondere Personengruppen

12.1 Handelt jemand für einen anderen (als vertretungsberechtigtes Organ einer juristischen Person, als Mitglied eines solchen Organes, als vertretungsrechtlicher Gesellschafter einer Personenhandlungsgesellschaft, als gesetzlicher Vertreter oder als Beauftragter in einem Betrieb) sind die besonderen Bestimmungen des § 9 OWiG zu beachten.

12.2 Gegen juristische Personen und Personenvereinigungen kann unter den Voraussetzungen des § 30 OWiG eine Geldbuße als Nebenfolge festgesetzt werden.

12.3 Wegen der Verletzung der Aufsichtspflicht in Betrieben und Unternehmen durch den Inhaber oder diesem gleichstehenden Personen wird auf § 130 OWiG hingewiesen.

13. Verfahren nach Einspruch

Beabsichtigt die Verwaltungsbehörde, in der Hauptverhandlung die Gesichtspunkte vorzubringen, die von ihrem Standpunkt für die Entscheidung von Bedeutung sind, so teilt sie diese bei der Übersendung der Akten (§ 69 OWiG) der Staatsanwaltschaft mit und bittet, auf eine Beteiligung nach § 76 Abs. 1 OWiG hinzuwirken. Hält die Verwaltungsbehörde die Teilnahme der Staatsanwaltschaft an der Hauptverhandlung für notwendig, so regt sie diese an.

B. Katalog zum Abfallbeseitigungsgesetz

Vorbemerkung

Im Interesse des Wohls der Allgemeinheit, insbesondere zum Schutz der in § 2 AbfG genannten Rechtsgüter, ist neben den präventiven Maßnahmen der Verwaltung der Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 18 AbfG und nach den Länderabfallgesetzen besondere Beachtung zu schenken.

Wesentliches Element der materiellen Gerechtigkeit ist dabei eine möglichst gleichmäßige Behandlung gleich gelagerter Sachverhalte. Der Verwarnungs- und Bußgeldkatalog nennt die besonders häufigen Verstöße gegen § 18 Abs. 1 Nr. 1 AbfG, um einen einheitlichen Vollzug bei der Verfolgung und Ahndung dieser Verstöße zu erreichen. Die in dem Verwarnungs- und Bußgeldkatalog genannten Regel- und Rahmensätze für die Bemessung des Verwarnungsgeldes und der Geldbuße haben allerdings nur die Bedeutung einer Richtlinie hierfür. Die Verwaltungsbehörde muß in jedem Einzelfall prüfen, ob Besonderheiten des Sachverhalts eine Abweichung von diesen Regel- und Rahmensätzen verlangen. So nennt der Tatbestandskatalog auch nur die Begehungsweise in üblicher Umgebung, ohne auf die Bedeutung einzugehen, die Verstößen an Orten zukommt, die z. B. in Natur-, Landschafts- und Wasserschutzgebieten liegen. Das Kernstück des Kataloges bildet die Aufzählung der verschiedenen Tatbestände in Spalte 2. Die in sie aufgenommenen Zuwiderhandlungen

sind nach Abfallarten gegliedert und dort weiter unterteilt in Gruppen, in denen Beispiele aufgeführt sind, die nach Art, Größe und Menge Anhaltspunkte geben für die Einreihung weiterer Einzelgegenstände des Abfalls.

In Spalte 1 sind Kennziffern für die einzelnen Tatbestände enthalten, die sich aus der Gliederung ergeben. Die Spalte 2 enthält in Kurzfassung den Tatbestand, zu dem jeweils das vorangestellte Tatbestandsmerkmal „Außerhalb einer dafür bestimmten Abfallbeseitigungsanlage“ gehört. Spalte 3 nennt die Geldbuße und bezeichnet die Fälle, in denen eine Verwarnung (mit oder ohne Verwarnungsgeld) in Betracht kommt. Spalte 4 ist Bemerkungen vorbehalten, auf die die zuständigen Verwaltungsbehörden zu achten haben, insbesondere soweit die Handlung gleichzeitig eine Straftat oder Ordnungswidrigkeit nach anderen Gesetzen ist.

Nr.	Zuwiderhandlungen (Lebenssachverhalte) § 18 Abs. 1 Nr. 1 AbfG	Geldbuße (Regelsatz oder Rahmen) * Verwarnung mögl. DM	Bemerkungen (Anwendungshilfe, Hinweise auf andere gesetzliche Regelungen)
	Wer außerhalb einer dafür bestimmten Abfallbeseitigungsanlage,		
1.	Gegenstände des Hausmülls (ohne Sperrmüll)		Bei Gefährdung Straftat § 16 Abs. 1 AbfG
1.1	behandelt, lagert oder ablagert, (z. B. durch Wegwerfen, Liegenlassen, Vergraben, Wegschütten, Verbrennen (vgl. Spalte der Bemerkungen)		Schädliche Wasserverunreinigung oder Gefährdung a) Straftat §§ 30, 33 b) Ordnungswidrigkeit § 41 Abs. 1 Nr. 1 u. 1 WHG
1.1.1	soweit sie unbedeutender Art sind, wie z. B. Zigarettschachtel, Pappbecher, Pappsteller, Papierstück, Taschentuch, Inhalt von Aschenbechern, Stoffreste, Obst- und Lebensmittelreste, (Bananenschale etc.) flüssige Abfälle bis 1/2 l (Spülmittel, Farbreste etc.)	* 10	Straßenverkehrs- und straßenrechtliche Bestimmungen c) verkehrgefährdende Straßenverschmutzung §§ 49 Abs. 1 Nr. 1, Nr. 27 22 StVO
1.1.2	mehrere Gegenstände unbedeutender Art, bzw. Gegenstände von gewisser Bedeutung wie z. B. Zeitung, illustrierte, Plastikbeutel, Tasche, Sack, Plastikflasche, Verpackungsmaterial, Schachtel, Karton, Geschirr, Kochtopf, Blechdose, Kleidungsstück, Flüssigkeit von 1/2 bis 1 l	* 20	Sonstige Bestimmungen d) Naturschutzgesetz Art. 23 Abs. 2 Nr. 2, 21 e) Landschaftsschutz VO f) Hess. Landschaftsgesetz
1.1.3	Über Ziff. 1.1.2 hinaus eine Menge bis 2 kg bzw. 2 l	20-50	
1.1.4	eine Menge über 2 kg bzw. über 2 l	50-200	
1.1.5	scharfkantige, ätzende und schneidende Gegenstände wie z. B. Glasflasche, Glasscherben, rostige Nägel, Blech- und Eisenreste	20-50	
2.	Gegenstände des Sperrmülls mit Ausnahme von Fahrzeugen, Autoreifen, Bauschutt und pflanzlichen Abfällen behandelt, lagert, ablagert		s. Bemerkungen bei Hausmüll
2.1	Einzelstücke kleineren Umfangs wie z. B. Radio, Fernseher, Küchenmaschine, Koffer, Matratze, Rasenmäher, Kinderwagen, Kindersauto, Dreirad, Waschschüssel, Fensterladen, Stuhl, Schränkchen, Bilderrahmen, Kisten, Schlitzen, Korb	50-150	
2.2	mehrere Einzelstücke kleineren Umfangs bzw. Einzelstücke größeren Umfangs wie z. B. Kühlschrank, Waschmaschine, Nähmaschine, Ofen, Heizkörper, Boiler, Schrank, Kommode, Bettgestell, Badewanne, Türe, Leiterwagen	100-300	
2.3	Mehrere Einzelstücke bzw. eine Menge darüber hinaus bis 1 cbm oder 100 kg	100-400	
2.4	Sperrmüll über 1 cbm bzw. über 100 kg	400-1500	

Nr.	Zu widerhandlungen (Lebenssachverhalte) § 18 Abs. 1 Nr. 1 AbfG	Geldbuße (Regelsatz oder Rahmen) * Verwarnung mögl. DM	Bemerkungen (Anwendungshilfe, Hinweise auf andere gesetzliche Regelungen)
3.	Altreifen behandelt, lagert, ablagert		
3.1	Mengen bis zu 5 Stück	75—200	
3.2	Größere Mengen	200—1000	
4.	Autowracks und ähnliches		s. Bemerkungen bei Hausmüll
4.1	lagert, ablagert		
4.1.1.	ein Fahrrad		
4.1.1.1	bei sofortiger Beseitigung	20—50	
4.1.1.2	sonst	50—100	
4.1.2	ein Moped oder Motorrad		
4.1.2.1	bei sofortiger Beseitigung	50—100	
4.1.2.2	sonst	100—200	
4.1.3	ein Pkw		
4.1.3.1	bei sofortiger Beseitigung	100—200	
4.1.3.2	sonst	300—1000	
4.1.4	ein Lkw, Anhänger, Traktor, Wohnwagen, Omnibus		
4.1.4.1	bei sofortiger Beseitigung	300—500	
4.1.4.2	sonst	500—2000	
4.2	Fahrzeuge behandelt (z. B. ausbrennt)		
4.2.1	Einzelfall	300—800	
4.2.2	sonst	500—5000	
5.	Bauschutt, lagert, ablagert		
5.1	Menge bis 1 cbm	50—250	
5.2	Menge bis 5 cbm	250—600	
5.3	Menge über 5 cbm	600—1500	
6.	Schlammige Stoffe ablagert (z. B. Fäkalien, Klärschlamm und Abfälle aus Massentierhaltungen)		
6.1	Verunreinigung durch kleine Mengen von Fäkalien (z. B. Hundekot, siehe *)	*10—20	
6.2	Menge bis 1 cbm	50—250	s. Bemerkungen bei Hausmüll. Bei Gefährdung Straftat § 16 Abs. 1 AbfG
6.3	Menge bis 5 cbm	200—500	
6.4	Menge über 5 cbm	500—1500	
7.	Schlachtabfälle und Tierkadaver behandelt, lagert, ablagert		Soweit nicht das Tierkörperbeseitigungsgesetz Anwendung findet
7.1	Menge bis 20 kg	20—100	
7.2	Menge darüber	100—1000	
8.	Pflanzliche Abfälle		
8.1	behandelt, lagert, ablagert		
8.1.1	Menge bis 1 Eimer	*5—20	
8.1.2	Menge bis 1 Handwagen, Kofferraum	30	
8.1.3	Menge bis 1 Lastwagenfuhrer	50—200	
8.1.4	Menge darüber	200—800	
8.2	Sonstige Verstöße		Verstoß gegen VO über die Beseitigung v. pflanzlichen Abfällen außerhalb zugelassener Beseitigungsanlagen
8.2.1	Geruchsbelästigung	*10	
8.2.2	Anzeigepflichtverletzung	*10	
8.2.3	Verstoß gegen Zeitvorschrift	*20	
8.2.4	Verstoß gegen vorgesehene Orte	*20	
8.2.5	Feuer anzünden bei starkem Wind	50—300	
8.2.6	gleichzeitiges Inbrandsetzen größerer Flächen	50—800	
8.2.7	Sichtbehinderung auf öffentlichen Verkehrsflächen	50—1000	
C. Katalog zum Immissionsschutzrecht des Bundes			
1.	Genehmigungsbedürftige Anlagen im Sinne des Bundes-Immissionsschutzgesetzes		
1.1	Errichtung einer Anlage ohne die Genehmigung nach § 4 Abs. 1 BImSchG (Ordnungswidrigkeit nach § 62 Abs. 1 Nr. 1)		Betrieb ist Straftat nach § 63 Abs. 1 Nr. 1 BImSchG

Nr.	Zu widerhandlungen	Geldbuße	Bemerkungen
1.1.1	Errichtung von Anlagen, die in § 2 der 4. BImSchV aufgeführt sind, wenn der Wert der tatsächlich errichteten Anlagen (Anlageteile)		Nach § 20 Abs. 2 BImSchG soll oder muß der Bau stillgelegt werden
1.1.1.1	bis zu 100 000,— DM,	200—2000	Bei weiterer Errichtung erneute Verhängung nach dem gesamten Wert der errichteten Anlagen (Anlageteile)
1.1.1.2	über 100 000,— DM bis 1 Mio DM,	500—5000	
1.1.1.3	über 1 Mio DM bis 10 Mio DM,	1000—10 000	
1.1.1.4	über 10 Mio DM beträgt.	3000—30 000	
1.1.2	Errichtung von Versuchsanlagen, die im vereinfachten Verfahren nach § 3 der 4. BImSchV zu genehmigen sind	100—5000	
1.1.3	Errichtung von Anlagen, die in § 4 der 4. BImSchV aufgeführt sind, wenn der Wert der tatsächlich errichteten Anlagen (Anlageteile)		
1.1.3.1	bis zu 100 000,— DM	100—1000	
1.1.3.2	über 100 000,— DM bis zu 1 Mio DM,	300—3000	
1.1.3.3	über 1 Mio DM bis 10 Mio DM	500—5000	
1.1.3.4	über 10 Mio DM beträgt.	1000—10 000	
1.2	Verstoß gegen eine vollziehbare Auflage nach § 12 Abs. 1 BImSchG (Ordnungswidrigkeit nach § 62 Abs. 1 Nr. 3 BImSchG)		
1.2.1	Verstoß gegen eine Auflage, die der Luftreinhaltung dient, wenn dadurch		
1.2.1.1	keine schädlichen Umwelteinwirkungen hervorgerufen werden	200—2000	Mindestens ersparte Aufwendungen (§ 17 Abs. 4 OWiG).
1.2.1.2	kurzzeitig erhebliche Belästigungen oder erhebliche Nachteile hervorgerufen werden,	300—3000	
1.2.1.3	kurzzeitig (bis zu 1 Woche) schädliche Umwelteinwirkungen hervorgerufen werden, die zu Gesundheitsgefährdungen führen können	1000—10 000	
1.2.1.4	langfristig erhebliche Belästigungen oder erhebliche Nachteile hervorgerufen werden	2000—20 000	
1.2.1.5	langfristig schädliche Umwelteinwirkungen hervorgerufen werden, die zu Gesundheitsgefährdungen führen können.	5000—50 000	
1.2.2	Verstoß gegen eine Auflage, die der Lärmbekämpfung dient,		
1.2.2.1	wenn dadurch die in der TA Lärm festgelegten Immissionswerte nicht überschritten werden,	100—1000	Mindestens ersparte Aufwendungen (§ 17 Abs. 4 OWiG).
1.2.2.2	wenn bei Überschreitung der Immissionswerte keine Erhöhung der Gesamtgeräuschbelastung eintritt,	100—5000	
1.2.2.3	wenn dadurch die in der TA Lärm festgelegten Immissionswerte kurzzeitig (bis zu 1 Woche) um höchstens 3 dB(A) überschritten werden.	200—2000	
1.2.2.4	wenn dadurch die in der TA Lärm festgelegten Immissionswerte kurzzeitig um höchstens 10 dB(A) überschritten werden,	500—5000	
1.2.2.5	wenn dadurch die in der TA Lärm festgelegten Immissionswerte kurzzeitig um mehr als 10 dB(A) überschritten werden,	1000—10 000	
1.2.2.6	wenn dadurch die in der TA Lärm festgelegten Immissionswerte langfristig um höchstens 3 dB(A) überschritten werden,	1000—10 000	
1.2.2.7	wenn dadurch die in der TA Lärm festgelegten Immissionswerte langfristig um höchstens 10 dB(A) überschritten werden,	3000—30 000	
1.2.2.8	wenn dadurch die in der TA Lärm festgelegten Immissionswerte langfristig um mehr als 10 dB(A) überschritten werden.	5000—50 000	
1.2.3	Verstoß gegen sonstige Auflagen,		

*) (... an Orten, an denen besondere Beeinträchtigungen auftreten, insbesondere auf Gehwegen und Kinderspielflächen.)

Nr.	Zu widerhandlungen	Geldbuße	Bemerkungen	Nr.	Zu widerhandlungen	Geldbuße	Bemerkungen
1.2.3.1	wenn sie der Einhaltung des § 5 Nr. 3 BImSchG dienen und			1.4.2	Verstoß gegen eine Anordnung, die ausschließlich der Erfüllung der sich aus § 5 Nr. 2 BImSchG ergebenden Pflichten dient	200—2000	Mindestens die ersparten Aufwendungen durch die Hinzuzögerung (vgl. § 17 Abs. 4 OWiG)
1.2.3.1.1	die Verwertung der Rohstoffe,	100—10 000		1.4.3	Verstoß gegen eine Anordnung, die der Erfüllung der sich aus § 5 Nr. 3 ergebenden Pflichten dient	500—5000	
1.2.3.1.2	die ordnungsgemäße Beseitigung von gesundheitsgefährdenden Abfällen,	5000—50 000		1.5	Verstoß gegen die Mitteilungspflicht nach § 16 Satz 1 (Ordnungswidrigkeit nach § 62 Abs. 2 Nr. 1 BImSchG)		
1.2.3.1.3	die ordnungsgemäße Beseitigung von sonstigen Abfällen betreffen,	500—5000		1.5.1	Unterlassen der Mitteilung trotz behördlicher Aufforderung	200—2000	
1.2.3.2	wenn sie dem Arbeitsschutz dienen	100—5000		1.5.2	Abgabe einer unrichtigen oder unvollständigen Mitteilung	200—2000	
1.2.3.3	wenn sie der Einhaltung sonstiger öffentlich-rechtlicher Vorschriften dienen,	100—10 000		1.5.3	Verspätete Abgabe einer Mitteilung	50—500	
1.2.3.4	wenn sie ausschließlich die Beibringung von Nachweisen zum Gegenstand haben.	100—1000		1.6	Ermittlung von Emissionen und Immissionen		
1.3	Wesentliche Änderung einer Anlage ohne die Genehmigung nach § 15 Abs. 1 BImSchG (Ordnungswidrigkeit nach § 62 Abs. 1 Nr. 4 BImSchG)		Betrieb ist Straftat nach § 63 Abs. 1 Nr. 2 BImSchG	1.6.1	Verstoß gegen eine vollziehbare Anordnung nach §§ 26, 28 BImSchG (Ordnungswidrigkeit nach § 62 Abs. 1 Nr. 5 BImSchG)		
1.3.1	Wesentliche Änderung von Anlagen, die in § 2 der 4. BImSchV aufgeführt sind, wenn die durchgeführte Änderung Aufwendungen			1.6.1.1	Nichterteilung des Auftrages	200—2000	
1.3.1.1	bis zu 100 000,— DM	200—2000		1.6.1.2	Verspätete Erteilung des Auftrages	100—1000	
1.3.1.2	über 100 000,— DM bis 1 Mio DM	500—5000		1.6.1.3	Nichtbeachtung von Anforderungen an Art und Umfang der Ermittlungen	100—1000	
1.3.1.3	über 1 Mio DM bis 10 Mio DM	1000—10 000		1.6.2	Verstoß gegen die Verpflichtung zur Abgabe einer Emissionserklärung nach § 27 BImSchG (Ordnungswidrigkeit nach § 62 Abs. 1 Nr. 2 BImSchG)		
1.3.1.4	über 10 Mio DM erfordert hat.	3000—30 000		1.6.2.1	Unterlassen der Abgabe der Emissionserklärung	200—2000	
1.3.2	Wesentliche Änderung von Anlagen, die in § 4 der 4. BImSchV aufgeführt sind, wenn die durchgeführte Änderung Aufwendungen			1.6.2.2	Abgabe einer unrichtigen oder unvollständigen Emissionserklärung	200—2000	
1.3.2.1	bis zu 100 000,— DM	100—1000		1.6.2.3	Verspätete Abgabe der Emissionserklärung	50—500	
1.3.2.2	über 100 000,— DM bis 1 Mio DM	300—3000		1.6.3	Verstoß gegen eine vollziehbare Anordnung nach § 29 Abs. 1 (Ordnungswidrigkeit nach § 62 Abs. 1 Nr. 5 BImSchG)		
1.3.2.3	über 1 Mio DM bis 10 Mio DM	500—5000		1.6.3.1	Nichtausführung der Anordnung	300—3000	
1.3.2.4	über 10 Mio DM erfordert hat.	1000—10 000		1.6.3.2	Unrichtige oder verspätete Ausführung der Anordnung	200—2000	Mindestens ersparte Aufwendungen (§ 17 Abs. 4 OWiG)
1.4	Verstoß gegen eine vollziehbare Anordnung nach § 17 Abs. 1 oder Abs. 2 Satz 2 (Ordnungswidrigkeit nach § 62 Abs. 1 Nr. 5 BImSchG)			1.6.4	Verstoß gegen die Mitteilungs- und Aufbewahrungspflicht nach § 31 BImSchG (Ordnungswidrigkeit nach § 62 Abs. 2 Nr. 3 BImSchG)		
1.4.1	Verstoß gegen eine Anordnung, die der Erfüllung der sich aus § 5 Nr. 1 BImSchG ergebenden Pflichten dient, wenn infolge des Verstoßes			1.6.4.1	Unterlassen der Mitteilung trotz behördlicher Aufforderung	100—1000	
1.4.1.1	kurzzeitig (bis zu 1 Woche) schädliche Umwelteinwirkungen hervorgerufen werden, die bei Luftverunreinigungen nicht zu Gesundheitsgefährdungen führen können bzw. bei Geräuschen weniger als 3 dB (A) über den bei Durchführung der angeordneten Maßnahmen zu erwartenden Immissionswerten liegen	100—1000		1.6.4.2	Unterlassen der Aufbewahrung	100—1000	
1.4.1.2	kurzzeitig schädliche Umwelteinwirkungen hervorgerufen werden, die bei Luftverunreinigungen zu Gesundheitsgefährdungen führen können bzw. bei Geräuschen mindestens 3 dB (A) über den bei Durchführung der angeordneten Maßnahmen zu erwartenden Immissionswerten liegen	300—3000		1.7	Überwachung		
1.4.1.3	über einen längeren Zeitraum schädliche Umwelteinwirkungen hervorgerufen werden, die bei Luftverunreinigungen nicht zu Gesundheitsgefährdungen führen können bzw. bei Geräuschen weniger als 3 dB (A) über den bei Durchführung der angeordneten Maßnahmen zu erwartenden Immissionswerten liegen	1000—10 000		1.7.1	Verweigerung des Zutritts nach § 52 Abs. 2 Satz 1 BImSchG (Ordnungswidrigkeit nach § 62 Abs. 2 Nr. 4 BImSchG)	100—5000	Obergrenze bei konkreten Anhaltspunkten, daß Verweigerung der Aufrechterhaltung von Verstößen dient. § 113 StGB (Widerstand gegen Staatsgewalt) prüfen.
1.4.1.4	über einen längeren Zeitraum schädliche Umwelteinwirkungen hervorgerufen werden, die bei Luftverunreinigungen zu Gesundheitsgefährdungen führen können bzw. bei Geräuschen mindestens 3 dB (A) über den bei Durchführung der angeordneten Maßnahmen zu erwartenden Immissionswerten liegen	2000—20 000		1.7.2	Verstoß gegen die Auskunftspflicht nach § 52 Abs. 2 Satz 1 BImSchG (Ordnungswidrigkeit nach § 62 Abs. 2 Nr. 5)		
				1.7.2.1	Verweigerung von Auskünften oder Unterlagen, die die zuständige Behörde		
				1.7.2.1.1	anderweitig nicht einholen kann	100—1000	
				1.7.2.1.2	anderweitig einholen kann	30—300	
				1.7.2.2	Erteilung unrichtiger oder unvollständiger Auskünfte	50—1000	
				1.7.2.3	Verspätete Auskunftserteilung	30—300	
				1.7.3	Erschwerung von Überwachungsmaßnahmen nach § 52 BImSchG (Ordnungswidrigkeit nach § 62 Abs. 2 Nr. 5 BImSchG)		
				1.7.3.1	Weigerung, den Immissionschutzbeauftragten zu einer Überwachungsmaßnahme auf Verlangen hinzuzuziehen	100—1000	
				1.7.3.2	Unterlassen der Bereitstellung von Arbeitskräften oder Hilfsmitteln	30—300	

Nr.	Zu widerhandlungen	Geldbuße	Bemerkungen	Geldbuße	Bemerkungen	Nr.	Zu widerhandlungen
1.7.3.3	Verweigerung der Entnahme von Stichproben	100—5000		2.5.2	Verstoß gegen die Auskunftspflicht nach § 52 Abs. 2 BImSchG (Ordnungswidrigkeit nach § 62 Abs. 2 Nr. 5 BImSchG)		
1.8	Anzeigen			2.5.2.1	Verweigerung von Auskünften oder Unterlagen, die die zuständige Behörde		
1.8.1	Verstoß gegen die Anzeigepflicht nach § 67 Abs. 2 Satz 1 BImSchG (Ordnungswidrigkeit nach § 62 Abs. 2 Nr. 6 BImSchG)			2.5.2.1.1	anderweitig nicht einholen kann	50—500	
1.8.1.1	Unterlassen der Anzeige	500—5000		2.5.2.1.2	anderweitig einholen kann	20—200	
1.8.1.2	Erstattung einer unrichtigen oder unvollständigen Anzeige	100—1000		2.5.2.2	Ertellung unrichtiger oder unvollständiger Auskünfte	30—500	
1.8.1.3	Verspätete Anzeige	100—1000		2.5.2.3	Verspätete Auskunfterteilung	20—200	
1.8.2	Vorlage von Unterlagen nach § 67 Abs. 2 Satz 2 BImSchG (Ordnungswidrigkeit nach § 62 Abs. 2 Nr. 7 BImSchG)			2.5.3	Erschwerung von Überwachungsmaßnahmen nach § 52 BImSchG (Ordnungswidrigkeit nach § 62 Abs. 2 Nr. 5 BImSchG)		
1.8.2.1	Unterlassen der Vorlage	100—1000		2.5.3.1	Weigerung, den Immissionschutzbeauftragten zu einer Überwachungsmaßnahme auf Verlangen hinzuzuziehen	50—500	
1.8.2.2	Unterlassen der Vorlage unvollständiger Unterlagen	100—1000		2.5.3.2	Unterlassung der Bereitstellung von Arbeitskräften oder Hilfsmitteln	20—200	
1.8.2.3	Verspätete Vorlage von Unterlagen	50—500		2.5.3.3	Verweigerung der Entnahme von Stichproben	50—3000	
2.	Nicht genehmigungsbedürftige Anlagen			3.	Benzinbleigesetz vom 5. August 1971 (BGBl. I S. 1234)		
2.1	Verstoß gegen eine vollziehbare Anordnung nach § 24 Satz 1 BImSchG (Ordnungswidrigkeit nach § 62 Abs. 1 Nr. 5 BImSchG)			3.1	Herstellen, Einführen oder sonstiges Inverkehrbringen von Ottokraftstoffen mit unzulässigem Gehalt an Bleiverbindungen (Ordnungswidrigkeit nach § 7 Abs. 1 Nr. 1 Buchst. a des Benzinbleigesetzes)		
2.1.1	Nichtbefolgung einer Anordnung zur Verhinderung von Luftverunreinigungen und Lärm			3.1.1	bei Gehalt von 0,20 bis 0,25 Gramm je Liter und Mengen bis 1000 cbm	500—5000	Von 0,15 bis 0,19 Gramm je Liter Bestimmungstoleranz nach DIN 51 769
2.1.1.1	wenn noch keine schädlichen Umwelteinwirkungen eintreten	100—1000		3.1.2	bei Gehalt über 0,25 Gramm je Liter und Mengen bis zu 1000 cbm	1000—10 000	
2.1.1.2	wenn erhebliche Nachteile oder erhebliche Belästigungen eintreten	200—5000		3.1.3	bei Gehalt von 0,20 bis 0,25 Gramm je Liter und Mengen über 1000 cbm	2000—20 000	
2.1.1.3	wenn die Gesundheit anderer oder Sachen von bedeutendem Wert gefährdet werden	500—30 000		3.1.4	bei Gehalt über 0,25 Gramm je Liter und Mengen über 1000 cbm	5000—50 000	
2.1.2	Verstoß gegen eine Anordnung, die beim Betrieb der Anlage entstehenden Abfälle ordnungsgemäß zu beseitigen			3.2	Herstellen, Einführen oder sonstiges Inverkehrbringen von Ottokraftstoffen, die an Stelle von Bleiverbindungen nicht zugelassene Zusätze mit anderen Metallverbindungen enthalten (Ordnungswidrigkeit nach § 7 Abs. 1 Nr. 1 Buchst. b des Benzinbleigesetzes)		
2.1.2.1	wenn die Abfälle für Gesundheit und Sachen ungefährlich sind	100—1000		3.2.1	bei Mengen bis zu 1000 cbm	500—5000	
2.1.2.2	wenn erhebliche Belästigungen oder Nachteile entstehen	200—5000		3.2.2	bei Mengen über 1000 cbm	5000—50 000	
2.1.2.3	wenn die Gesundheit anderer oder Sachen von bedeutendem Wert gefährdet werden können	500—30 000		3.3	Verstoß gegen Überwachungspflichten (Ordnungswidrigkeit nach § 7 Abs. 1 Nr. 2 bis 4 des Benzinbleigesetzes)		
2.2	Betrieb einer Anlage entgegen einer Untersagung nach § 25 Abs. 1 BImSchG (Ordnungswidrigkeit nach § 62 Abs. 1 Nr. 6 BImSchG)	500—30 000	Betrieb entgegen einer Untersagung nach § 25 Abs. 2 BImSchG ist Straftat nach § 64 BImSchG	3.3.1	Nichtaufbewahrung der schriftlichen Erklärung des Herstellers	100—500	
2.2.1	wenn keine erheblichen Nachteile oder Belästigungen entstehen	100—1000		3.3.2	Nichterteilung einer Auskunft	100—500	
2.2.2	wenn erhebliche Nachteile oder Belästigungen entstehen	200—5000		3.3.3	nicht richtige, nicht vollständige oder nicht rechtzeitige Ertelung einer Auskunft	100—500	
2.2.3	wenn die Gesundheit anderer oder Sachen von bedeutendem Wert gefährdet werden können	500—30 000		3.3.4	Verweigerung einer Prüfung oder Beschichtigung oder der Entnahme von Stichproben	500—5000	Obergrenze, wenn konkrete Anhaltspunkte für Verschleierung eines rechtswidrigen Zustandes, § 113 StGB prüfen.
2.3	Verstoß gegen eine vollziehbare Meßanordnung nach § 28 oder § 29 Abs. 2 BImSchG (Ordnungswidrigkeit nach § 62 Abs. 1 Nr. 5 BImSchG)			3.3.5	Verweigerung der Einsicht in geschäftliche Unterlagen	100—1000	
2.3.1	Nichterteilung des Auftrags nach § 26	100—1000		4.	Verordnung über Feuerungsanlagen — 1. BImSchV — vom 28. 8. 1974 (BGBl. I S. 2121)		
2.3.2	Verspätete Ertelung des Auftrags	50—100		4.1	Errichtung von Feuerungsanlagen mit Verdampfungsbrennern mit einer Nennwärmeleistung bis einschl. 40 000 Kilojoule je Stunde, so daß die Betriebsanforderungen nicht eingehalten werden können (Ordnungswidrigkeit nach § 11 Nr. 1 i. V. mit § 62 Abs. 1 Nr. 7 BImSchG)		siehe Nr. 11 der VwV zur 1. BImSchV vom 3. Juni 1975, GMBl. S. 459
2.3.3	Nichtbeachtung von Anforderungen nach § 26 Satz 2	50—500		4.1.1	bei geringfügigen Abweichungen von den DIN Normen, wenn nach Aufforderung der geforderte Zustand nicht hergestellt wird	50—200	
2.3.4	Nichtausführung der Anordnung nach § 29 Abs. 2	100—1000	Mindestens ersparte Aufwendung (§ 17 Abs. 4 OWiG)	4.1.2	bei erheblichen Abweichungen von den DIN Normen	200—500	
2.3.5	unrichtige oder verspätete Ausführung der Anordnung	50—500					
2.4	Verstoß gegen die Mitteilungs- und Aufbewahrungspflicht nach § 31 BImSchG (Ordnungswidrigkeit nach § 62 Abs. 2 Nr. 3 BImSchG)	50—500					
2.5	Überwachung						
2.5.1	Verweigerung des Zutritts nach § 52 Abs. 2 Satz 1 BImSchG (Ordnungswidrigkeit nach § 62 Abs. 2 Nr. 4 BImSchG)	50—3000	Obergrenze bei konkreten Anhaltspunkten, daß Verweigerung der Aufrechterhaltung von Verstößen dient, § 113 StGB prüfen.				

Nr.	Zu widerhandlungen	Geldbuße	Bemerkungen	Nr.	Zu widerhandlungen	Geldbuße	Bemerkungen
4.1.3	bei erheblichen Abweichungen von den DIN Normen, wenn nach Aufforderung der geforderte Zustand nicht hergestellt wird	500—1000		5.2	Nichtabführung der gereinigten Abluft durch eine gesonderte Abluftleitung über Dach, außer wenn schädliche Umwelteinwirkungen nicht zu befürchten sind (Ordnungswidrigkeit nach § 6 Nr. 2 der Verordnung i. V. mit § 62 Abs. 1 Nr. 7 BImSchG)	500—5000	
4.2	Betrieb von Feuerungsanlagen, so daß ihre Rauchfahne nicht heller ist als der Grauwert 2 der Ringelmann-Skala (Ordnungswidrigkeit nach § 11 Nr. 2, § 2 i. V. mit § 62 Abs. 1 Nr. 7 BImSchG)			5.3	Nichtgestattung einer Kontrollöffnung (Ordnungswidrigkeit nach § 6 Nr. 3 der VO i. V. mit § 62 Abs. 1 Nr. 7 BImSchG)	100—500	
4.2.1	bei geringfügigen oder kurzfristigen Abweichungen	50—100		5.4	Überschreitung des zulässigen Gehalts an Trichloräthylen oder Perchloräthylen (Ordnungswidrigkeit nach § 6 Nr. 4 der VO i. V. mit § 62 Abs. 1 Nr. 7 BImSchG)		
4.2.2	bei bedeutenden oder langfristigen Abweichungen	500—5000		5.4.1	bei geringfügigen Überschreitungen im Wiederholungsfall	100—300	
4.3	Betrieb von Feuerungsanlagen mit Verdampfungsbrennern mit einer Nennwärmeleistung bis einschl. 40 000 Kilojoule je Stunde, so daß (Ordnungswidrigkeit nach § 11 Nr. 2, § 3 Abs. 2 i. V. mit § 62 Abs. 1 Nr. 7 BImSchG)			5.4.2	bei bedeutenden oder langfristigen Überschreitungen	1000—5000	
4.3.1	die Rußzahl 4 der Rußzahl-Vergleichsskala überschritten wird	50—100	Tateinheit mit 4.3.2 möglich	Hinweis: Nach § 5.2. BImSchV bleiben §§ 24, 25 und 26 BImSchG unberührt; vgl. die Nrn. 2.1 bis 2.3 des Katalogs.			
4.3.2	das Filterpapier sichtbare Spuren von Oolderivaten aufweist	50—100	vgl. 4.3.1	6.	Verordnung über Schwefelgehalt von leichtem Heizöl und Dieselmotortreibstoff — 3. BImSchV — vom 15. 1. 1975 (BGBl. S. 264)		
4.4	Betrieb von Feuerungsanlagen mit Zerstäubungsbrennern oder mit Verdampfungsbrennern mit einer Nennwärmeleistung von mehr als 40 000 Kilojoule je Stunde, so daß (Ordnungswidrigkeit nach § 11 Nr. 2, § 4 Abs. 1 und 2 der Verordnung i. V. mit § 62 Abs. 1 Nr. 7 BImSchG)			6.1	Überlassen von leichtem Heizöl oder Dieselmotortreibstoff mit einem höheren als dem zulässigen Schwefelgehalt (Ordnungswidrigkeit nach § 7 Nr. 1 3. BImSchV i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 7 BImSchG)		
4.4.1	die Rußzahl 3 der Rußzahl-Vergleichsskala überschritten wird	100—300	Tateinheit mit 4.4.2 und 4.4.3 möglich	6.1.1	bei Überschreitung des zulässigen Gehalts bis zu 20% und Mengen bis zu 1000 cbm	500—5000	Bestimmungstoleranz nach DIN 51 409, 51 450 und 51 768 (0,04 v. H. des Gewichts) zugunsten des Überlassers abziehen
4.4.2	der Volumengehalt an Kohlendioxid im Rauchgas die in § 4 Abs. 1 Nr. 2 geforderten Werte nicht erreicht	50—300	vgl. 4.4.1	6.1.2	bei Überschreitung über 20% und Mengen bis zu 1000 cbm	1000—10 000	a. oben
4.4.3	das Filterpapier sichtbare Spuren von Oolderivaten aufweist	100—300	vgl. 4.4.1	6.1.3	bei Überschreitung bis zu 20% und Mengen über 1000 cbm	2000—20 000	a. oben
4.5	Betrieb von Feuerungsanlagen für den Einsatz fester Brennstoffe mit einer Nennwärmeleistung bis einschließlich 80 000 Kilojoule je Stunde, die nicht als Universaldauerbrenner eingerichtet sind und nicht mit raucharmen Brennstoffen betrieben werden (Ordnungswidrigkeit nach § 11 Nr. 2, § 5 Abs. 1 der VO i. V. mit § 62 Abs. 1 Nr. 7 BImSchG)	500—3000		6.1.4	bei Überschreitung über 20% und Mengen über 1000 cbm	5000—50 000	a. oben
4.6	Betrieb von Feuerungsanlagen für den Einsatz fester Brennstoffe mit einer Nennwärmeleistung von mehr als 80 000 Kilojoule je Stunde, so daß die Massenkonzentration an Staub, Ruß und Teer im Rauchgas die in § 6 bestimmten Werte überschreitet (Ordnungswidrigkeit nach § 11 Nr. 2, § 6 der VO i. V. mit § 62 Abs. 1 Nr. 7 BImSchG)	500—5000		6.2	Zu widerhandlungen gegen Pflichten nach § 5 (Ordnungswidrigkeit nach § 7 Nrn. 2 und 3 3. BImSchV i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 7 BImSchG)		
4.7	Verweigerung einer Kontrollöffnung (Ordnungswidrigkeit nach § 11 Nr. 3 der VO i. V. mit § 62 Abs. 1 Nr. 7 BImSchG)			6.2.1	keine Führung der Tankbelegbücher	100—1000	
4.7.1	entgegen § 9 Abs. 1 Satz 1	50—100		6.2.2	nicht ordnungsgemäße Führung der Tankbelegbücher	50—500	
4.7.2	entgegen § 9 Abs. 1 Satz 2	50—200		6.2.3	Nichtvorlage der Tankbelegbücher	50—500	
4.8	Verweigerung oder nicht rechtzeitige Gestattung von Messungen (Ordnungswidrigkeit nach § 11 Nr. 4 der VO i. V. mit § 62 Abs. 1 Nr. 7 BImSchG)			6.2.4	keine, nicht vollständige oder nicht fristgemäße Vorlage der Erklärung nach § 5 Abs. 2	50—500	
4.8.1	im ersten Falle	50—200		6.3	Zu widerhandlungen gegen § 6 3. BImSchV (Ordnungswidrigkeit nach § 7 Nrn. 4 bis 7 3. BImSchV i. V. m. § 62 Abs. 1 Nr. 7 BImSchG)		
4.8.2	im Wiederholungsfalle	100—500		6.3.1	keine, nicht vollständige oder nicht rechtzeitige Vorlage der Erklärung nach § 6 Abs. 1	100—1000	
Hinweis: Nach § 7.1. BImSchV bleiben §§ 24, 25 und 26 BImSchG unberührt. Vergleiche die Nrn. 2.1 bis 2.3 des Katalogs.				6.3.2	keine Mitführung der Erklärung nach § 6 Abs. 1 bis zum ersten Bestimmungsort der Sendung	50—500	
5.	Verordnung über Chemischreinigungsanlagen — 2. BImSchV — vom 28. 8. 1974 (BGBl. I S. 2130)			6.3.3	keine, nicht ordnungsgemäße oder nicht rechtzeitige Meldung der Sendung nach § 6 Abs. 2	100—1000	
5.1	Nichtausrüstung einer Chemischreinigungsanlage mit Filtern, die ein Überschreiten des Emissionswertes nach § 4 bei normalem Betriebszustand ausschließen (Ordnungswidrigkeit nach § 6 Nr. 1 der Verordnung i. V. mit § 62 Abs. 1 Nr. 7 BImSchG)	500—5000		6.3.4	keine Verfügbarkeit der zollamtlich bescheinigten Erklärung nach § 6 Abs. 3 Satz 1	50—500	
				6.3.5	keine Aufbewahrung nach § 6 Abs. 3 Satz 2	50—200	
				6.4	Verstoß gegen Überwachungspflichten nach § 52 Abs. 3 BImSchG (Ordnungswidrigkeit nach § 62 Abs. 2 Nrn. 4 und 5 BImSchG)		
				6.4.1	Verweigerung des Zutritts	500—5000	
				6.4.2	Verweigerung der Entnahme von Stichproben	500—5000	Obergrenze bei konkreten Anhaltspunkten für Verschleierung eines rechtswidrigen Zustandes, § 113 StGB prüfen
				6.4.3	Verweigerung von Arbeitskräften oder Hilfsmitteln	100—500	

750

Straßen- und Wegeschäden, die von Stationierungstreitkräften verursacht werden

Bezug: Rd.-Erlasse vom 21. 12. 1966, vom 7. 3. 1967, vom 20. 3. 1970 (sämtlich n. v.)

Ich weise auf das Rundschreiben des Bundesministers der Finanzen vom 24. 2. 1977 — VI B 2 — VV 7658 — 1/77 —, (hier nicht veröffentlicht), dem die Richtlinien für die Bemessung der Entschädigung bei Straßen- und Wegeschäden, die von Stationierungstreitkräften verursacht werden, beigefügt sind, hin. Ich bitte um Kenntnisnahme und Beachtung.

Die Gutachten für die Schäden an landwirtschaftlichen Wirtschaftswegen sind wie seither auf Antrag der Ämter für Verteidigungslasten im Wege der Amtshilfe zu erstellen. Dabei ist ab sofort nur noch nach den neuen Richtlinien zu verfahren. Das gilt auch für Schäden an betonierten Wirtschaftswegen, für die seither eine Sonderregelung bestand.

Die im Bezug aufgeführten Erlasse werden hiermit aufgehoben.

Wiesbaden, 4. 5. 1977

**Der Hessische Minister für
Landwirtschaft und Umwelt**
IV B 2 — LK. 66.4 — gen. — 3639/77
StAnz. 22/1977 S. 1119

751

Verlust einer tierärztlichen Approbationsurkunde

Herr Dr. Wilhelm Schloßmacher, praktischer Tierarzt, geboren am 20. Mai 1923 in Holzheim, wohnhaft 4043 Holzheim, hat glaubhaft nachgewiesen, daß seine tierärztliche Approbationsurkunde in Verlust geraten ist.

Nachdem Herr Dr. Schloßmacher die Tierärztliche Prüfung vor dem Prüfungsausschuß für Tierärzte der Justus-Liebig-Hochschule für Bodenkultur und Veterinärmedizin Gießen am 30. Juni 1951 bestanden und den Bestimmungen über die praktische Ausbildung mit dem 9. Januar 1952 entsprochen hatte, wurde ihm die Approbation als Tierarzt mit Geltung vom 10. Januar 1952 durch den Hessischen Minister des Innern erteilt.

Herr Dr. Schloßmacher wurde am 4. Mai 1977 eine Ersatz-Approbationsurkunde ausgestellt.

Die in Verlust geratene Urkunde wird hiermit für ungültig erklärt und ist bei Vorlage zum Einzug bestimmt.

Wiesbaden, 5. 5. 1977

**Der Hessische Minister für
Landwirtschaft und Umwelt**
VI A 1 — 19 a 16/13 — 1451/77
StAnz. 22/1977 S. 1119

752

Personalnachrichten

Es sind

**D. im Bereich des Hessischen Ministers der Finanzen
Ministerium**

ernannt:

zum **Ministerialdirigenten** Leitender Ministerialrat (BaL) Dr. Hans Dethloff (1. 4. 1977);

zum **Regierungsdirektor** Regierungsobererrat (BaL) Reimer Kaul (1. 5. 1977);

zu **Regierungsobererräten** die Regierungsräte (BaL) Hans-Henning Balsler (1. 5. 1977), Rolf-Rüdiger Reum (1. 4. 1977);

zum **Regierungsrat** Oberamtsrat (BaL) Ludwig Bernhardt (1. 4. 1977);

zu **Amtsräten** die Amtsmänner (BaL) Theodor Grüttner, Reinhold Apel, Bernd Nüdling (sämtlich 1. 4. 1977);

zu **Amtsmännern** die Oberinspektoren (BaL) Ingolf-Bodo Baron, Wolfgang Nöll (beide 1. 4. 1977);

versetzt:

vom Statistischen Bundesamt Wiesbaden Regierungsrat (BaL) Rolf-Rüdiger Reum (1. 1. 1977), an den Bundesrechnungshof Frankfurt a. M. Amtsrat (BaL) Horst Söhngen (1. 4. 1977);

in den **Ruhestand** versetzt:

Amtsrat Theodor Evers (1. 1. 1977), Amtsinspektor Franz Remblerz (1. 5. 1977) beide gemäß § 51 Abs. 1 HBG;

Staatliche Rechnungsprüfungsämter

ernannt:

zu **Oberamtsräten** die Amträte (BaL) Justus Collmann, Marcel Schankweiler (beide 1. 4. 1977);

zur **Amtsärztin** Amtmann (BaL) Gisela Meyer (1. 4. 1977);

zu **Amträten** die Amtsmänner (BaL) Ernst Heim, Ludwig Eidam, Richard Metz (sämtlich 1. 4. 1977);

zum **Amtmann** Oberinspektor (BaL) Hans-Werner Leimbach (1. 4. 1977);

zum **Inspektor** Obersekretär (BaL) Dieter Albrecht (1. 4. 1977);

zum **Amtsinspektor** Hauptsekretär (BaL) Eugen Eberlein (1. 4. 1977);

in den **Ruhestand** versetzt:

Amtsrat Kurt Wohlrab (1. 12. 1976) gemäß § 51 Abs. 1 HBG; Amtsrat Walter Pnischeck (1. 1. 1977) gemäß § 51 Abs. 3 HBG, Oberamtsrat Friedrich Schulz (1. 4. 1977) gemäß § 51 Abs. 1 HBG, Amtmann Egon Sartor (1. 4. 1977) gemäß § 51 Abs. 3 HBG;

entlassen:

Amtmann Oskar Jensen (31. 12. 1976) gemäß § 41 HBG;

verstorben:

Oberamtsrat Artur Heß (14. 2. 1977);

Besoldungskasse Hessen

ernannt:

zum **Oberamtsrat** Amtmann (BaL) Werner Dietrich (1. 4. 1977);

zum **Oberinspektor** Inspektor (BaL) Helmut Adam (1. 4. 1977);

zum **Inspektor** Hauptsekretär (BaL) Walter Kropp (1. 12. 1976);

zu **Inspektoren** (BaL) die Inspektoren z. A. (BaP) Heinz Rothenbacher (19. 3. 1977), Peter Dörr (1. 3. 1977);

zur **Sekretärin** Assistentin (BaP) Erika Krottil (1. 4. 1977);

zur **Inspektorenanwärterin** (BaW) Verwaltungsangestellte Brigitte Noe (1. 1. 1977);

in den **Ruhestand** versetzt:

Amtsinspektor Georg Wörner (1. 4. 1977) gemäß § 51 Abs. 3 HBG;

entlassen:

Obersekretärin Marina Schulz (31. 1. 1977) gemäß § 41 HBG;

Zentrale Vergütungs- und Lohnstelle Hessen

ernannt:

zum **Regierungsdirektor** Regierungsobererrat (BaL) Franz Klug (1. 4. 1977);

zum **Inspektor** Obersekretär (BaL) Bernd Gibhardt (1. 4. 1977);

Staatskassen

ernannt:

zum **Amtsrat** Amtmann (BaL) Helmut Smolinn (1. 4. 1977);

zum **Inspektor z. A.** (BaP) Inspektorenanwärter (BaW) Rudolf Sanner (15. 3. 1977);

zur **Sekretärin** Assistentin (BaP) Regina Pradler (1. 4. 1977);

zur **Assistentin z. A.** (BaP) Assistentenanwärterin (BaW) Jutta Kisselbach (1. 9. 1976);

zum **Inspektorenanwärter** (BaW) Verwaltungspraktikant Uwe Fiedel (1. 2. 1977);

zur **Assistentenwärterin (BaW)** Verwaltungspraktikantin Anita Niebel (1. 12. 1976),

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:

Inspektor (BaP) Günter Kurz (14. 2. 1977);

in den Ruhestand versetzt:

Amtmann Willi Saure (1. 5. 1977) gemäß § 51 Abs. 1 HBG;

entlassen:

Assistentenwärterin (BaW) Gabriele Lange (31. 1. 1977);

Landesfinanzschule Hessen

ernannt:

zum **Steueramtmann** Steueroberinspektor (BaL) Hans Heins (1. 4. 1977);

zum **Steuerobersekretär** Steuersekretär (BaP) Frank Albrecht (1. 4. 1977);

Ausbildungs- und Fortbildungsstätte der Hessischen Landesverwaltung

ernannt:

zum **Direktor der Ausbildungs- und Fortbildungsstätte der Hessischen Landesverwaltung** Leitender Regierungsdirektor (BaL) Heinz Ebener (1. 4. 1977);

zum **Leitenden Regierungsdirektor** Regierungsdirektor (BaL) Rolf Wolkewitz (21. 4. 1977);

zum **Regierungsdirektor** Regierungsoberrat (BaL) Hans-Jürgen Guth (21. 4. 1977);

zum **Regierungsoberrat** Regierungsrat (BaL) Hans-Jürgen Pfister (1. 4. 1977);

zur **Steuerobersekretärin** Steuersekretärin (BaP) Ulrike Bostelmann (1. 4. 1977);

Landesbeschaffungsstelle Hessen

ernannt:

zum **Oberamtsrat** Amtsrat (BaL) Klaus Hanelt (1. 4. 1977);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:

Inspektor (BaP) Kurt Pilger (13. 2. 1977);

in den Ruhestand versetzt:

Oberamtsrat Wilhelm Alt (1. 1. 1977) gemäß § 51 Abs. 3 HBG

Wiesbaden, 10. 5. 1977

Der Hessische Minister der Finanzen

P 1400 A — 26 — I A 16

St.Anz. 22/1977 S. 1119

Ulrich Schmidt, Kelkheim, Monika Fröhlich, Limburg, Hartmut Solbach, Jügesheim, Bettina Bergmann-Remy, Kelkheim, Ingolf Bergmann, Idstein, Peter de Riz, Limburg (sämtlich 1. 2. 1977);

zu **Studienräten/innen** die Studienräte/innen z. A. (BaP) Hans-Ludwig Späth, Dillenburg (1. 5. 1977), Doris Hackbarth-Kopischke, Lampertheim (18. 3. 1977), Joachim Gänßler, Frankfurt (25. 2. 1977), Monika Hedderich, Frankfurt (1. 2. 1977), Burchardt Böhme, Dillenburg (19. 3. 1977), Jörg-Ulrich Götz, Friedberg (24. 3. 1977), Manfred Dietermann, Dillenburg (22. 3. 1977), Ulrich Stolz, Büdingen, Gerhard Sattler, Hofheim (beide 12. 4. 1977), Hermann-Dietrich Megow, Maintal 2 (13. 4. 1977),

Realschullehrerin (BaL) Gertraut Holzer, Wetzlar (17. 12. 1976);

zu **Studienräten/innen (BaL)** die Studienräte/innen z. A. (BaP) Rolf Hedtrich, Seeheim (23. 2. 1977), Arnulf Räddecke, Wiesbaden-Biebrich (8. 2. 1977), Christel Kaffenberger, Seeheim (9. 2. 1977), Renate Eckert, Sprendlingen (8. 2. 1977), Wilma Wolff, Lahn-Gießen (25. 2. 1977), Gisela Fink, Langenselbold (2. 3. 1977), Gerd Zboril, Seeheim (8. 2. 1977), Adelheid Köhler, Braunfels (1. 3. 1977), Wolfgang Roeb, Gelnhausen (10. 3. 1977), Ingrid Brune, Hanau (9. 3. 1977), Franz Kammer, Bad Nauheim (17. 3. 1977), Reinhold Weichsel, Beerfelden (16. 3. 1977), Karin Söltzer-Burger, Butzbach (15. 3. 1977), Karin Schonhals, Grünberg (10. 3. 1977), Bruno Güttinger, Langenselbold (11. 3. 1977), Margit Knoth, Dieburg (17. 3. 1977), Hans-Jürgen Mayer, Hanau (14. 3. 1977), Jürgen Mollenhauer, Oberursel (15. 3. 1977), Erika Säuberlich-Bohnstaedt, Nidderau (16. 3. 1977), Albert Jung, Kurt Kreuzer, beide Groß-Bieberau (beide 24. 3. 1977), Heiga Stapf, Wiesbaden (19. 3. 1977), Rainer Vormehr, Gernsheim, Wolfram Waltemathe, Bruchköbel (beide 21. 3. 1977), Helmut Menz, Bad Soden (15. 3. 1977), Alexander Walendy, Solms (26. 3. 1977), Barbara Preuschoff, Offenbach (21. 3. 1977), Gudrun Bethke, Bad Homburg (25. 3. 1977), Gerhard Neuhäusel, Freigericht (24. 3. 1977), Karl-Heinz Forbach, Wiesbaden (18. 3. 1977), Georg Geibel, Frankfurt (25. 2. 1977), Horst Rapp, Rimbach, Dieter Klimesch, Langenselbold (beide 23. 3. 1977), Regina Streitenfeld, Oberursel (20. 3. 1977), Wiebke Schäfer-Bruhn, Oberursel (25. 3. 1977), Dr. Gertrud Franz-Roth, Wiesbaden (11. 3. 1977), Ludwig Brunnengräber, Bensheim (25. 3. 1977), Anneliese Adam, Rödermark (22. 3. 1977), Ulrike Ganglitz, Bruchköbel (4. 2. 1977), Irmgard Wolf, Langenselbold (28. 3. 1977), Astrid Unglaub-May, Offenbach (1. 4. 1977), Dorothea Breilmann, Bensheim (30. 3. 1977), Wolfgang Hickel, Rimbach (24. 3. 1977), Heinrich Bengel, Groß-Gerau (31. 3. 1977), Heike Majic, Frankfurt (21. 3. 1977), Dieter Klein, Freigericht, Hartmut Klute, Lahn-Gießen (beide 7. 4. 1977), Birgit Scheid, Lahn-Gießen (12. 4. 1977), Obbe Bahnsen, Rimbach (24. 3. 1977), Gottfried Schoof, Wolfgang Meyer, Christa Huster, sämtlich Lahn-Gießen (sämtlich 19. 4. 1977), Brigitta Naumann-Fögen, Frankfurt (1. 2. 1977), Hartmut Lind, Bruchköbel (18. 4. 1977), Martin Leonhard, Kastel (6. 4. 1977), Reinhard Odey, Hattersheim (12. 1. 1977), Joachim Astemer, Frankfurt (26. 2. 1977), Ursula Schauwienhold, Frankfurt (4. 3. 1977), Ulrich Weber, Haiger (19. 4. 1977), Ortrun Issel, Neu-Isenburg (18. 4. 1977), Dietrich Knuth, Wiesbaden (20. 4. 1977), Antje Hahl, Frankfurt (28. 1. 1977);

zu **Oberstudienräten/innen** die Studienräte/innen (BaL) Wolf-Dieter Loos, Darmstadt, Johannes Schupp, Heppenheim, Hans Jürgen Schumann, Lahn-Gießen, Wolfgang Schüttler, Mühlheim, Roland Krischke, Gelnhausen, Otto Pitz, Babenhausen, Michael Ahner, Neu-Isenburg, Ingrid Kirst, Seligenstadt, Elisabeth Franzen, Nidderau, Hildegard Hohner, Mühlheim, Gerhard Schöne, Ehringshausen, Uta Ehlert, Königstein, Herbert Geissler, Hanau, Margot Pfeifer, Bensheim, Klaus Höhle, Mühlheim, Horst Ober, Heppenheim, Hannelore Grün, Seligenstadt, Sigurd Bam-bach, Lampertheim, Reinhard Andrick, Seligenstadt, Horst Eichhorn, Rüsselsheim, Ulrich Thomas, Bensheim, Hans Brausch, Heideleinde Ursula Frömel, beide Hanau, Karl Hügler, Bensheim, Hartmut Heim, Rimbach, Fredi Ruths, Heinrich Jacobi, beide Langen, Heidemarie Buch, Mühlheim, Hans-Rainer Weiffenbach, Offenbach, Michael Ewald, Freigericht, Luise Rosemarie Weiler, Wiesbaden, Hartmut Burow, Dreieich, Jörg Peschlow, Wiesbaden, Barbara Schulze, Bad Homburg, Winfried Rochwalsky, Sulzbach, Dieter Schmidt, Hofheim, Erich Pompl, Wiesbaden, Peter Katzgraber, Bad Nauheim, Rose-Marie Lendner, Kronberg, Dietrich Boehlau-Godau, Groß-Gerau, Dieter Kuhn, Mainz-Kastel, Horst Haagen, Gernsheim, Dr. Peter Krams, Frankfurt, Astrid Dumno, Groß-Gerau,

F. Im Bereich des Hessischen Kultusministers

Der Regierungspräsident in Darmstadt

Gymnasien

ernannt:

zu **Studienräten/innen z. A. (BaP)** die Assessoren/innen des Lehramts Ursula Müller, Bad Soden, Manfred Pacht, Usingen, Paulheinz Beck, Ffm.-Höchst, Hannelore Höl-scher, Schwalbach, Dr. Klaus Eckrich, Hanau, Claudia Jordan, Johannes Bähr, beide Frankfurt, Roland Benner, Kronberg, Stephan Ehse, Bad Soden, Wulf Heintzenberg, Seligenstadt, Georg Schnellbacher, Michelstadt (sämtlich 1. 2. 1977), Michael Geier, Wiesbaden (2. 2. 1977), Renate Huth, Bad Soden, Karl-Christoph Neumann, Kronberg, Michael Giesen, Viernheim, Dietrich Praclik, Ober-Ham-bach (sämtlich 1. 2. 1977); Gerhard Wittwer, Darmstadt (1. 8. 1976), Rüdiger Kraatz, Königstein, Erik Fey, Bad Vilbel, Marita Schepp, Darmstadt, Doris Wessel, Bruch-köbel, Horst-Peter Ruppert, Darmstadt, Ulf Schröder, Groß-Umstadt (sämtlich 1. 2. 1977), Dietmar Kühl, Hausen (15. 3. 1977), Sabine Röder, Sprendlingen (1. 2. 1977), Gu-drun Muhlack, Frankfurt (22. 2. 1977), Klaus Schurian, Kronberg (1. 2. 1977), Renate Pieper, Rimbach (21. 3. 1977), Uwe Szerator, Bad Nauheim, Herbert Effenberger, Neu-Isenburg, Dr. Norbert Gassel, Helmut Ecke, beide Seligen-stadt (sämtlich 1. 2. 1977), Hans Fischer, Langenselbold (18. 4. 1977),

der/die Studienreferendar/innen Wolfgang Stehr, Alsfeld, Brigitte Reimann, Bettina Gieseler, Mörfelden,

die Lehrer/in i. A. Herbert Debus, Groß-Gerau (sämtlich 1. 2. 1977), Dr. Matthias Grätzel, Kastel (11. 2. 1977), Peter Bauer, Fürth, Wolfgang Lemke, Werner Becker, beide Groß-Gerau, Iselore Praetzel, Mörfelden,

Waltraud Jacobs, Sulzbach, Ekkehart Löw, Büdingen, Wolfgang Dörrhöfer, Sulzbach, Wolfgang Scheunemann, Friedberg, Dr. Peter Sattler, Wald-Michelbach, Norbert Schmitt, Hadamar, Sattl Schaay, Limburg, Henriette Schreher, Wiesbaden, Dieter Schust, Freigericht, Karl-Bernhard Pohl, Groß-Gerau, Gisa Schnabel, Wiesbaden, Dr. Helge Eilers, Dieburg, Wolfgang Fischer, Hofheim, Veronika Hoffmann, Sulzbach, Dr. Freimuth Friebe, Gerd Kopp, beide Wiesbaden, Joachim Glemann, Bensheim, Felix Hauser, Hofheim, Norbert Fuhrmann, Dr. Martin Götting, beide Wiesbaden, Dr. Claus Süßenberger, Königstein (sämtlich 1. 4. 1977), Elise Dierkes, Alsfeld (7. 4. 1977), Ulrich Lampert, Sulzbach, Hartmut Steger, Darmstadt, Günter Buchinger, z. Z. Deutsche Schule in Thessaloniki (Griechenland) (sämtlich 1. 4. 1977), Dieter Ott, Ludwig Hagner, beide Weilburg (beide 18. 4. 1977), Horst Adalbert Härter, Darmstadt (19. 3. 1977), Horst Hacker, Wiesbaden, Monika Fabritius, Sulzbach, Ingrid Wiedemann, Hofheim (sämtlich 1. 4. 1977), Edmund Bepler, Lahn-Gießen (20. 4. 1977), Michael Verhoff, Ingo Leins, beide Lahn-Wetzlar (beide 18. 4. 1977), Joachim Pfeffer, Lahn-Gießen (19. 4. 1977), Dieter Meisgeier, Lahn-Gießen (21. 4. 1977), Helge Haase, Lahn-Wetzlar (19. 4. 1977), Ulf-Heiner Marckwort, Lahn-Gießen (20. 4. 1977), Ernst Busemann, Bad Vilbel (18. 4. 1977), Hans-Joachim Schröder, Lahn-Gießen (21. 4. 1977), Michael Pahl, Hungen (22. 4. 1977), Sybille Seyfarth, Lahn-Gießen (19. 4. 1977), Horst Remane, Sigrid Bachmann, beide Lahn-Gießen (beide 21. 4. 1977), Johannes Gustav, Lahn-Gießen (22. 4. 1977), Hildegard Lindemann, Lahn-Gießen (19. 4. 1977), Georg Roß, Dieburg (18. 4. 1977), Ingrid Zinn, Geisenheim (1. 4. 1977), Dr. Christa Belz-Hensoldt, Wiesbaden (7. 4. 1977), Werner Schiffner, Lahn-Gießen (19. 4. 1977), Hans-Jürgen Treusch, Dieburg (18. 4. 1977), Gottfried Krüger, Lahn-Wetzlar (21. 4. 1977), Uta Baltzer, Gelnhausen (18. 4. 1977), Rudolf Siemers, Rim-bach (1. 4. 1977), Wolfgang Grau, Seeheim (28. 4. 1977), Frank Fahnert, Lahn-Wetzlar (18. 4. 1977), Klaus Jungnickel, Lahn-Wetzlar, Dr. Horst Bitsch, Ursula Mayer, beide Lahn-Gießen, Helmut Unterstab, Hungen (sämtlich 27. 4. 1977), Uwe von Moeller, Alsfeld (19. 4. 1977), Jürgen Heim, Langenselbold (18. 4. 1977), Eva Kühn, Wiesbaden (1. 10. 1976), Eva Jobst, Lahn-Gießen (29. 4. 1977), Ute Skinley, Wiesbaden (1. 4. 1977), Dorothea Klose, Bad Nauheim, Jürgen Markstahler, Bruchköbel (beide 21. 4. 1977), Hanns Bittner, Dillenburg (18. 4. 1977), Heidemarie Weber, Wiesbaden-Kastel (20. 4. 1977), Carmen Jaskola, Bad Vilbel (19. 4. 1977), Beate Friedrich-Rittershausen, Geisenheim (1. 4. 1977), Peter Grabo, Maintal 2 (29. 4. 1977), Rolf-Dietger Bleses, Dreieich (18. 4. 1977);

zum Studiendirektor als ständigem Vertreter des Leiters eines nicht voll ausgebauten Gymnasiums Oberstudienrat (BaL) Heinz Henning, Darmstadt (1. 5. 1977);

zu Studiendirektoren/innen die Oberstudienräte/innen (BaL) Günter Schüttler, Darmstadt (15. 3. 1977), Rainer Tiefenthaler, Darmstadt (17. 3. 1977), Günter Sternal, Offenbach (18. 3. 1977), Reinhold Kirn, Michelstadt (1. 4. 1977), Walter Franta, Offenbach (21. 3. 1977), Adolf Wallbott, Lahn-Gießen, Hans Wolf, Friedberg (beide 1. 4. 1977), Siegfried Seyler, Lahn-Gießen (18. 3. 1977), Herbert Schweiger, Lahn-Gießen (1. 4. 1977), Gerhard Kautz, Darmstadt, Kurt Immelt, Lahn-Gießen (beide 22. 3. 1977), Werner Becker, Offenbach (14. 3. 1977), Rüdiger Wittke, Frankfurt (18. 3. 1977), Hans Jochem Schmitt, Gießen (15. 3. 1977), Dieter Alt, Gießen (18. 3. 1977), Jürgen Sander, Offenbach (14. 3. 1977), Walter Appenheimer, Lahn-Gießen (18. 3. 1977), Otfried Galm, Frankfurt (23. 3. 1977), Walter Heist, Frankfurt (1. 4. 1977), Friedrich Bergerhoff, Wiesbaden (25. 3. 1977), Albert Schmidt, Offenbach (12. 3. 1977), Herbert Scholz, Frankfurt (18. 3. 1977), Günter Gräfe, Bigger Stock, beide Offenbach (beide 12. 3. 1977), Hans Schuch, Offenbach (18. 3. 1977), Alfons Schmidt, Darmstadt (15. 3. 1977), Gerhard Bley, Darmstadt, Dieter Draheim, Wiesbaden (beide 21. 3. 1977), Wilfriede Hartung, Lahn-Gießen (5. 4. 1977), Horst Pieschel, Frankfurt (22. 3. 1977), Helwig Kuhl, Frankfurt (18. 3. 1977), Peter König, Frankfurt (22. 3. 1977), Rudolf Richter, Lahn-Gießen (6. 4. 1977), Arnulf Kuster, Lahn-Gießen, Wolfgang Beste, Wiesbaden, Arno Schlaugk, Büdingen, Norbert Knaf, Bad Homburg (sämtlich 1. 4. 1977), Emil Lorenz, Groß-Gerau (25. 4. 1977), Diethart Bucker, Atzbach (1. 4. 1977), Erhard Vollberg, Darmstadt (6. 4. 1977), Wolfgang Merz, Wiesbaden (23. 3. 1977), Albrecht Ziegler, Seeheim (29. 4. 1977), Josef Tonner, Lühr Grolle, Heinz-Joachim Ilge, sämtlich Lahn-Gießen (sämtlich 1. 5. 1977);

zum Direktor einer Gesamtschule Rektor einer Haupt- und Realschule (BaL) Walter Klein, Hausen (1. 10. 1976);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit: Studienrätin (BaP) Gabriele Degenhardt, Bad Soden (22. 2. 1977);

in den Ruhestand versetzt:

Oberstudienrätin Sylvia Spitzley, Limburg (31. 3. 1977);

entlassen:

Oberstudienrätin Heidi Maly, Wiesbaden (31. 1. 1977), Studienrätin z. A. Maria Kremer, Schlitz (15. 4. 1977), die Studienreferendare/innen Franz Kaller, Frankfurt (25. 2. 1977), Barbara Niederberger-Schäfer, Darmstadt (11. 11. 1976), Dr. Heinz P. Wedekind, Frankfurt (17. 2. 1977), Monika Keller, Darmstadt (31. 1. 1977);

Grund-, Haupt-, Real- und Sonderschule

ernannt:

zu Lehramtsreferendaren/innen (BaW) Richard Lehner, Wiesbaden, Karl-Gerhard Lindken, Limburg, Christa Leisner, Darmstadt, Klaus Landgraf, Limburg, Ursula Löw, Detlef Lid, beide Wiesbaden, Ursula Irmiler, Altenhaßlau, Erika Auer, Heusenstamm, Dorothea Leibold, Friedberg (sämtlich 1. 2. 1977), Rosemarie Bee, Gießen (15. 2. 1977), Ulrike Biedermann, Groß-Gerau (1. 2. 1977), Rosel Friedrich, Dillenburg (24. 2. 1977);

zum/zur apl. Fachlehrer/in für mus.-techn. Fächer (BaW) Heinrich Hillmann, Erlensee, Christel Biehl, Frankfurt (beide 4. 2. 1977);

zu apl. Fachlehrern/innen (BaW) Christa Rygiert, Darmstadt, Elisabeth Kirstein, Groß-Gerau, Josef Neuner, Reinheim (sämtlich 1. 2. 1977), Sabine Bergen, Groß-Gerau (14. 2. 1977), Karin Horch, Reinheim, Christiane Reif, Bad Soden, Gerhard Rupperti, Friedberg (sämtlich 1. 2. 1977), Werner Gattner, Wiesbaden (8. 3. 1977), Judith Lang, Friedberg (15. 2. 1977), Klaus Pullmann, Hanau (7. 2. 1977);

zu Lehrern/innen z. A. (BaP) die Lehramtsreferendare/innen (BaW) Inge Frank, Grünberg, Margit Siebörger, Friedberg, Gisela Knapp, Groß-Gerau, Helga Hellwig, Schlüchtern, Gabriele Wendorff, Horzenhain, Klara Ziener, Hanau, Ulrich Gieseking, Langenselbold, Regina Reschke-Haas, Reinheim, Ulrike Schifferings, Laubach, Elke Valenteijn, Hanau (sämtlich 1. 2. 1977), Karlheinz Zimmer, Heppenheim (21. 2. 1977), Gudrun Kaiser, Groß-Gerau, Eveline Schmidt, Gernsheim, Werner Standke, Königstein, Rosemarie Heußer, Groß-Gerau, Astrid Fuß-Czech, Dieburg, Sigrid Fleischer, Darmstadt, Christiane Schilling, Michelstadt (sämtlich 1. 2. 1977), die apl. Lehrer/innen Günter Bär, Mainz-Kostheim (4. 3. 1977), Christine Psiorz, Frankfurt (16. 3. 1977), Heinz Christian Döhler, Maintal 1 (17. 1. 1977), Ingrid Scharpenack, Frankfurt (29. 11. 1976), der/die Lehrer/in i. A. Dieter Schmidt, Mittenaar, Hartmut Jacobs, Camberg, Marianne Kind, Groß-Gerau, Christa Pullmann, Limburg, Klaus Meyers, Sigrid Müller, Ernst Kaupp, Claudia Hagel, Ute Schröder-Fröder, sämtlich Groß-Gerau, Heide Keidies, Bad Vilbel, Ulrike Renner, Kelkheim, Norbert Fleischmann, Bad Soden, Gudrun von Hiemlerone, Jutta Hoff, beide Frankfurt, Henryk Pattensen, Bad Soden, Sabine Weicht, Heppenheim, Rolf Raab, Neu-Isenburg, Ruth Janzen, Wiesbaden, Gertrud Wiegels, Monika Schäfer, Angelika Hirsch, sämtlich Frankfurt (sämtlich 1. 2. 1977), Wolfgang Mohr, Frankfurt (8. 2. 1977), Ute Lindemeyer, Wiesbaden (1. 2. 1977), Claudia Marx, Bad Soden (1. 3. 1977), Günter Griebenow, Nieder-Eschbach, Georg Fischer, Königstein, Jürgen Matern, Karl-Heinz Kreß, Antje Reich, sämtlich Frankfurt, Reinhard Wandrey, Wiesbaden, Sibylle Krause, Hanau, Ulrike Bauer, Jürgen Jahn, Volkmar Baulig, sämtlich Frankfurt (sämtlich 1. 2. 1977), Elke Jonas, Heusenstamm (1. 4. 1977), Ekkehard Ramm, Frankfurt (1. 2. 1977);

zum/zu Fachlehrer/innen für mus.-techn. Fächer z. A. (BaP) der/die apl. Fachlehrer/innen für mus.-techn. Fächer (BaW) Udo Burger, Pohlheim (11. 3. 1977), Rosemarie Schling, Taunusstein (22. 3. 1977), Roswitha Jurczyk, Friedberg (19. 4. 1977);

zu Fachlehrern/innen z. A. (BaP) die apl. Fachlehrer/innen für mus.-techn. Fächer (BaW) Elisabeth Gebert, Rüsselsheim (4. 3. 1977), Gabriele Bruchmüller, Rüsselsheim (31. 1. 1977), Gisela Schreiber, Langen (18. 2. 1977), Kornelia Ruppert, Bensheim (10. 3. 1977), Bernd Hecker, Dillenburg (25. 1. 1977), Karolina Manges, Groß-Gerau (11. 3. 1977), Jürgen Bischof, Freigericht (21. 3. 1977), Ingeborg Wüst, Hanau (1. 3. 1977), Claudia Fröhlich-Koch, Lauterbach (22. 3. 1977), Dieter Reinstädler, Stierstadt (18. 3. 1977), Erika Steimer, Schaaheim (28. 3. 1977), Ellen Menzel, Darmstadt

(23. 3. 1977), Monika Tabor, Groß-Zimmern (1. 4. 1977), Lutz Leidel, Usingen (18. 4. 1977), Gudrun Hopfengärtner, Babenhäuser (30. 3. 1977), Jutta Beck, Rimbach (18. 4. 1977), Traudlinda Koch, Weiterstadt (2. 12. 4. 1977), die Sozialpädagoginnen i. A. Agathe Mayer, Bensheim, Irmgard Zimmermann, Viernheim (23. 3. 1977), Edith Langer, Reinheim 1 (15. 3. 1977);

zur **Jugendleiterin im Schuldienst z. A. (BaP)** die Jugendleiterin i. A. Bärbel Klein, Hanau (14. 1. 1977);

zu **Sonderschullehrern/innen z. A. (BaP)** die Lehramtsreferendare/innen (BaW) Dieter Altgassen, Hirzenhain, Brigitte Pönicke, Friedberg, Ursula Fack, Groß-Gerau, Irmela Deppe, Friedberg, die Lehrerinnen i. A. Adelheid Klauer, Assmannshausen, Christine Hopf, Bad Soden (sämtlich 1. 2. 1977);

zum **Lehrer z. A. Fachlehrer für mus.-techn. Fächer z. A. (BaP)** Jürgen Gremm, Wiesbaden (31. 1. 1977);

zur **Sonderschullehrerin z. A. Lehrerin z. A. (BaP)** Christel Bonarius, Maintal 3 (21. 3. 1977);

zu **Lehrerinnen** die Lehrerinnen z. A. (BaP) Roswitha Langer, Annerose Maria Morot, beide Schwalbach (beide 10. 2. 1977), Birgit Schmidt, Frankfurt (13. 8. 1976), Eva Maria Bleitgen, Lahn-Gießen (21. 3. 1977), Ulrike Schmidt, Lahn-Wetzlar (18. 4. 1977), Renate Kugehl, Mühlheim (30. 3. 1977), Christine Wilken, Schwalbach (19. 4. 1977), Helga Foerstermann, Kelkheim (20. 10. 1976), Brigitte Fischer, Bad Soden (20. 4. 1977);

zum/zur **Lehrer/in Fachlehrer/in (BaL)** Astrid Humann, Stierstadt (25. 2. 1977), Klaus Knuth, Offenbach (28. 1. 1977);

zu **Lehrern/innen (BaL)** die Lehrer/innen z. A. (BaP) Evelyn Simon, Offenbach (9. 2. 1977), Brigitte Neubauer, Friedberg, Artur Kiok, Neu-Isenburg (beide 21. 2. 1977), Katharina Ludwig, Wetzlar (14. 2. 1977), Ilse Schüler, Schwalbach (10. 2. 1977), Wilhelm Eger, Rüdeshheim (23. 2. 1977), Ronald Gundlach, Gelnhausen (5. 2. 1977), Ingrid Klein, Schwalbach (8. 2. 1977), Ingrid Franke, Hofheim (13. 12. 1976), Mechthild Berbnier, Rimbach (2. 3. 1977), Edith Röhrig, Ffm.-Höchst (11. 2. 1977), Sybille Axthelm, Mühlthal 1 (8. 2. 1977), Robert Geyer, Limburg (2. 3. 1977), Werner Löw, Limburg (28. 2. 1977), Margarete Bickel, Raunheim (4. 2. 1977), Michael Meder, Raunheim (7. 2. 1977), Nikolaus Lenz, Kelsterbach (10. 1. 1977), Claus Lambrecht, Wiesbaden (22. 2. 1977), Doris Hingst, Gelnhausen (11. 2. 1977), Thomas Gerlach, Friedberg (25. 2. 1977), Franz Kormann, Maintal 2 (10. 8. 1976), Judith Schrader, Oestrich-Winkel (4. 3. 1977), Rinda Dittmann, Rüsselsheim (24. 2. 1977), Marita Pleyer-Öhm, Kiedrich (7. 3. 1977), Brigitte Lehr, Darmstadt (21. 2. 1977), Lieselotte Mahr, Hanau 7 (11. 2. 1977), Dieter Knapp, Frankfurt (4. 3. 1977), Rita Helwig, Gelnhausen (2. 2. 1977), Christoph Herold, Steinheim (25. 1. 1977), Heide Stierle, Frankfurt (18. 2. 1977), Karin Schrimz, Bad Homburg (25. 2. 1977), Elke Nägler, Oestrich-Winkel (1. 3. 1977), Marianne Gernsberger, Friedrichsdorf (24. 2. 1977), Klaus Baldner, Raunheim (28. 2. 1977), Albert Pfisterer, Wiesbaden (15. 2. 1977), Gerhard Weck, Gießen (9. 3. 1977), Ulrike Grätzel, Kastel (22. 2. 1977), Werner Schimpf, Büdingen (25. 2. 1977), Jürgen Walter Röglin, Weilburg (10. 3. 1977), Gisela Kahle, Altenstadt (15. 2. 1977), Dagmar Kurth-Heckmann, Hans Schindler, beide Friedberg (beide 4. 3. 1977), Hans-Joachim Wilhelm, Bad Soden (23. 2. 1977), Hannelore Jung, Rödermark (28. 1. 1977), Heidelore Sander, Sulzbach (7. 3. 1977), Ingrid Krenz, Konradsdorf (16. 2. 1977), Ruth Sattler, Offenbach (10. 3. 1977), Ilse Kappler, Hainburg (25. 1. 1977), Utta Geisendorf, Dreieich (16. 2. 1977), Hannelore Burkholz, Wölfersheim (16. 3. 1977), Hartmut Leonhäuser, Eibelshausen (10. 8. 1976), Gabriele Jobst, Bad Soden (8. 3. 1977), Monika Pappeler, Friedberg (15. 3. 1977), Christel Neißner, Lahn-Gießen (14. 3. 1977), Ruth Seidel, Frankfurt (18. 12. 1976), Helga Boosch, Wicker (8. 3. 1977), Sigrid Eschenbacher, Offenbach (15. 3. 1977), Mirosława Mörl, Egelsbach (18. 3. 1977), Lydia Meerbott, Erlensee (17. 3. 1977), Claus Krafczyk, Riedelbach (14. 3. 1977), Erich Gerbig, Nidderau (15. 3. 1977), Ingeborg Pitt, Usingen (11. 3. 1977), Siegfried Wilhelm Unger, Bad König (16. 3. 1977), Marianne Zoschke, Rimbach (10. 3. 1977), Regina Lenz, Großen-Buseck (16. 3. 1977), Walter Losem, Hofheim/Ts. (23. 2. 1977), Helga Ebrahimi, Frankfurt (28. 2. 1977), Edgar Fischer, Neu-Isenburg (17. 3. 1977), Roland Hahl, Herbstein (11. 3. 1977), Christa Schmidt, Friedberg (16. 3. 1977), Kristina Scham, Butzbach (15. 3. 1977), Doris Schulze, Schierstein (14. 3. 1977), Manfred Pfaff, Büdingen (19. 3. 1977), Ingrid Engel, Steinbach (18. 3. 1977), Heinz Mees, WI-Klarenthal (14. 3. 1977), Marion Villioth, Dorn-

holzhausen (22. 3. 1977), Ursula Dietz-Funken, Lahn-Gießen (18. 3. 1977), Waltraud Heuschkel, Schlüchtern (17. 3. 1977), Rüdiger Findeis, Hanau (3. 3. 1977), Gabriele Hilpert, Frankfurt (12. 3. 1977), Ulrike Börner, Kronberg (3. 2. 1977), Sophie-Charlotte Pietzsch, Schwalbach, Marlies Scherer, WI-Klarenthal (beide 11. 3. 1977), Heidrun Jaklitsch, Bad Soden (8. 3. 1977), Walter Gunkel, Großauheim (15. 3. 1977), Ute Dyck, Sulzbach (8. 3. 1977), Helga Mohammadpour, Hofheim (16. 3. 1977), Doris Uebereck, Bleibertal, Paul Uebereck, Solms (beide 26. 3. 1977), Rosemarie Steinke, Wächtersbach (14. 3. 1977), Ilona Stöck, Maintal II (18. 3. 1977), Mechthilde Becker, Wiesbaden (17. 3. 1977), Dagmar Baitz, Eltville (25. 3. 1977), Jürgen Weil, Villmar (28. 3. 1977), Rainer Römig, Lahn-Gießen (23. 3. 1977), Ingrid Schumann-Will, Rüdeshheim (25. 3. 1977), Hilmar Boucsein, Lahn-Gießen (18. 3. 1977), Elke Kindsvater, Frankfurt (11. 3. 1977), Regina Riedskow, Rüdeshheim, Ursula May, Oestrich-Winkel, Evelyn Merkle, Eltville (sämtlich 25. 3. 1977), Annelore Brehm, Hasselroth 1 (24. 3. 1977), Christine Schnettler, Kiedrich (25. 3. 1977), Karin Gruß, Hähnlein (11. 3. 1977), Edeltraud Klose, Dreieich (17. 3. 1977), Mechthild Jahn, Frankfurt (5. 1. 1977), Barbara Spanakis, Eltville (25. 3. 1977), Edith Lafontaine, Bad Soden (16. 3. 1977), Franz-Josef Schymalla, Nidderau (28. 3. 1977), Inge Schmitt, Maintal 2 (29. 3. 1977), Irene Hoelke, Bruchköbel (28. 3. 1977), Ingrid Schaaß, Friedberg (23. 3. 1977), Hilmar Fleck, Sterbfritz (24. 3. 1977), Ingo Rudolph, Florstadt (28. 2. 1977), Heide Decker, Nordheim (23. 3. 1977), Ursula Müller, Butzbach, Jutta Czerny, Bruchköbel, Gisela König-Müller, Rodgau 2 (sämtlich 28. 3. 1977), Gesine Speer, Reinheim 1 (29. 3. 1977), Klaus Möller, Maintal 2 (31. 3. 1977), Helga Uhrig, Friedberg (30. 3. 1977), Ingeborg Bihr, Oberursel (29. 3. 1977), Ilse Werner, Rüsselsheim (31. 3. 1977), Gabriele Orth, Friedberg (29. 3. 1977), Bernd Müller, Ablar-Hermannstein (25. 3. 1977), Gudrun Hof, Klein-Umstadt (29. 3. 1977), Michael Bahns, Rüsselsheim (22. 3. 1977), Irene Bauer, Rüsselsheim (24. 3. 1977), Gerlinde Specht, Erbach (29. 3. 1977), Traute Walter, Michelstadt (30. 3. 1977), Dietlinde Flämig, Pohlheim 1 (28. 3. 1977), Otmar Jung, Kelsterbach (8. 3. 1977), Christian Querl, Laubach, Lieselotte Jochemczyk, Ablar-Hermannstein (beide 28. 3. 1977), Birgit Struppmann, Rüsselsheim (1. 4. 1977), Ursula Leschhorn, Nidderau (31. 3. 1977), Christel Pfau, Rüdeshheim (1. 4. 1977), Gabriele Becker, Oberursel (30. 3. 1977), Christiane Ludwig, Dieburg, Renate Ludwig, Bad Schwalbach, Bernhard Jäger, Aarbergen-Michelbach (sämtlich 31. 3. 1977), Renate Rieder, Rüsselsheim (24. 3. 1977), Otto Schröder, Birstein (29. 3. 1977), Hubert Fähnrich, Dieburg (25. 3. 1977), Inge Sporeleder, Ehringshausen (29. 3. 1977), Werner Stoll, Bruchköbel (31. 3. 1977), Linda Trenkner, Offenbach (1. 4. 1977), Ursula Wiegand, Atzbach (26. 3. 1977), Susanne Werth, Wächtersbach (22. 3. 1977), Dietmar Martin, Lauterbach (30. 3. 1977), Evelyn Krietsch-Schmidt, Hanau (31. 3. 1977), Arnhilt Friedrichs, Lahn-Gießen (6. 4. 1977), Ingrid Kausch, Usingen (28. 3. 1977), Eva Schwenecke, Pohlheim (5. 4. 1977), Heidrun Brembs, Bad Soden (30. 3. 1977), Heidi Gattung, Eschborn (21. 3. 1977), Frank Heutger, Wächtersbach (31. 3. 1977), Ulrike Struppert, Kelkheim (28. 3. 1977), Marianne Ahrens, Kirch-Göns (6. 4. 1977), Wiltrud van Husen, Reinhard van Husen, beide Rüdeshheim (beide 12. 4. 1977), Gertrude Kurz, Weiterstadt (29. 3. 1977), Anneliese Sopicki, Schwalbach (15. 3. 1977), Siegfried Meissner, Griesheim (23. 3. 1977), Ruth Schwarzer, Ursula Schmidlin, beide Bad Soden (beide 30. 3. 1977), Ilona Moosdorf, Ortenberg-Konradsdorf (30. 3. 1977), Brigitte Müller, Pohlheim 1 (5. 4. 1977), Monika Müller-Stephan, Allendorf, Renate Plank, Offenbach (beide 1. 4. 1977), Jürgen Perdelwitz, Naurod (23. 3. 1977), Hartmut Rube, Gießen, Heinrich Brand, Michelstadt (beide 12. 4. 1977), Christel Körbitzer, Frankfurt (29. 3. 1977), Henry Danz, Alsfeld (21. 3. 1977), Detmar Vogler, Taunusstein 2 (31. 3. 1977), Irmtraut Prior, Rüsselsheim (1. 4. 1977), Colette Lemcke, Frankfurt (30. 3. 1977), Rudolf Janas, Ablar-Hermannstein (25. 3. 1977), Dieter Harth, Mittenaar 1 (30. 3. 1977), Rosemarie Steffens, Wallrabenstein (1. 4. 1977), Marika Andres, Rüdeshheim (18. 4. 1977), Angelika Angelkort, Frankfurt (15. 3. 1977), Christine Strohm, Taunusstein 2 (31. 3. 1977), Manfred Müller, Alsfeld (21. 3. 1977), Claudia Schütze, Dietzenbach (18. 4. 1977), Irene Bausback, Frankfurt (31. 3. 1977), Volker Görlich, Dillenburg (15. 4. 1977), Josef Gleixner, Maintal 2 (18. 4. 1977), Peter Kimmel, Griesheim (1. 4. 1977), Anneliese Schwind, Wiesbaden (18. 4. 1977), Edeltraud Schäfer, Dillenburg (18. 3. 1977), Hildegard Sommerlad, Rechtenbach, Franz Reuter, Helmut Bill, Annegret Dietrich, sämtlich Lahn-Wetzlar (sämtlich 18. 4. 1977), Ellen Ohlenmacher, Wallrabenstein

(1. 4. 1977), Anneliese Meywald, Butzbach (19. 4. 1977), Ute Keßler, Neu-Anspach (30. 3. 1977), Dirk Schaum, Butzbach (12. 4. 1977), Ursula Krauß-Ide, Friedberg (18. 4. 1977), Christel Schmidt, Riedstadt (30. 3. 1977), Christiane Weiß, Dreieich, Klara Weber, Gabriele Wedel, beide Dietzenbach, Margot Knackstedt, Langenselbold, Edith Büchler, Hainburg, Ulrike Hahn, Offenbach, Sabine Mester, Anspach, Gabriele Kremer, Offenbach, Gabriele Flockton, Hainburg, Gisela Burges, Offenbach (sämtlich 18. 4. 1977), Anton Schließmann, Mühlheim (14. 4. 1977), Klaus-Dieter Gote, Weilburg (21. 4. 1977), Anne Hindersin, Wersau (18. 4. 1977), Charlotte Horn, Eltville (20. 4. 1977), Helga Toillie, Sprendlingen (18. 4. 1977), Marianne Maag, Hattersheim, Gudrun Mahr, Friedberg, Ute Neugebauer, Reinheim, Gerhild Werner, Herbornseelbach (sämtlich 20. 4. 1977), Manfred Zielke, Dreieich (19. 4. 1977), Petra Wehr, Roßdorf 1 (13. 4. 1977), Karin Benameur, Erfelden (18. 4. 1977), Monika Ehgart, Lahn-Gießen (20. 4. 1977), Marion Hadenfeld, Oberursel (19. 4. 1977), Gerhard Ohlweiler, Erbach, Karin Grimm, Lahn-Gießen (beide 18. 4. 1977), Ruth Rauhen, Wiesbaden (1. 4. 1977), Birgitt Trippel, Wiesbaden (10. 2. 1977), Rosemarie Kullmann, Bad Homburg (18. 4. 1977), Renate Zipfel, Schwalbach (19. 4. 1977), Elfriede Brennecke, Aarbergen 2 (18. 4. 1977), Heidrun Hexroth, Klein-Zimmern (22. 4. 1977), Dagmar Sander, Biblis (18. 4. 1977), Jutta Marrek, Solms (27. 4. 1977), Gerd Jahn, Offenbach (18. 4. 1977), Ulrike Wenzel, Usingen (20. 4. 1977), Wolfgang Lotz, Schlüchtern (21. 4. 1977), Irma Krämer, Klein-Welzheim (18. 4. 1977), Monika Thiel, Friedberg, Christa Kasch-Moritz, Klein-Welzheim (beide 19. 4. 1977), Christa Berg, Bürstadt (30. 3. 1977), Ursula Renate Weber, Pfungstadt (25. 4. 1977), Gisela Plümpe-Högemann, Neu-Isenburg, Ralf Heinemann, Offenbach (beide 18. 4. 1977), Hildegunde Müller, Dillenburg (19. 4. 1977), Renate Salgo-Faul, Hanau (18. 10. 1976), Kristin Mann, Rüsselsheim (31. 3. 1977), Marion Wildermuth, Hausen (18. 4. 1977), Siegfried Thomas, Lahn-Gießen (20. 4. 1977), Hagen Marmulla, Heusenstamm (18. 4. 1977), Uwe Rohloff, Wettengel, Ulrike Schübler, Lahn-Wetzlar (beide 25. 4. 1977), Christine Leyendecker, Dreieich (11. 3. 1977), Ingrid Lechtenböhrer, Merkenbach (20. 4. 1977), Luise Schilling, Atzbach (4. 5. 1977), Hans-Joachim Knapp, Haiger (19. 4. 1977), die Lehrerin i. A. Erika Sülzer, Frankfurt (6. 3. 1977);

zu **Fachlehrern/innen für mus.-techn. Fächer (BaL)** die Fachlehrer/innen für mus.-techn. Fächer z. A. (BaP) Margarete Hartmann, Frankfurt (17. 12. 1976), Bianca Hefner, Wiesbaden (10. 1. 1977), Hans-Joachim Knöß, Dreieich (9. 3. 1977), Christa Wachholz, Weilburg (14. 4. 1977), Brigitte Dörr, Frankfurt (12. 8. 1976), Gisela Spamer, Lahn-Gießen, Hans-Peter Menzel, Rechtenbach (beide 20. 4. 1977);

zum/zur **Fachlehrer/in (BaL)** Fachlehrer/in z. A. (BaP) Walburgis Schad, Maintal 2 (15. 10. 1976), Bernd Burghardt, Dillenburg (12. 4. 1977);

zu **Jugendleiterinnen im Schuldienst (BaL)** die Jugendleiterinnen im Schuldienst z. A. (BaP) Gerlind-Helga Kießling, Hanau (9. 2. 1977), Ruth Scheffler, Hanau (16. 2. 1977);

zu **Realschullehrern/innen (BaL)** die Realschullehrer/innen z. A. (BaP) Reinhold Hirth, Hanau (20. 1. 1977), Helga Storch, Hanau (17. 3. 1977), Ulrike Pfannkuch, Biebental (26. 3. 1977), Franz Urban Pflum, Mücke (23. 3. 1977), Mariene Goßmann, Mittenaar 1 (20. 4. 1977);

zur **Sonderschullehrerin (BaL)** die Lehrerinnen z. A. (BaP) Elke Lang-Brandau, Lahn-Wetzlar (28. 3. 1977), Monika Kronenberger, Bad Soden (30. 3. 1977), Sonderschullehrerin z. A. (BaP) Christ Ude, Pfungstadt (24. 3. 1977);

zur **Lehrerin an einer Sonderschule (BaL)** Lehrerin an einer Sonderschule z. A. (BaP) Heidrun Kammer, Friedberg (15. 2. 1977);

zum/zu **Hauptlehrer/innen** der/die Lehrer/innen (BaL) Günter Scholz, Erfelden, Erdmute Heinrich, Heusenstamm, Rosemarie Grete Waßmann, Hahn (sämtlich 1. 4. 1977);

zu **Sonderschullehrern/innen** die Lehrer/innen (BaL) Silvia Kwiatkowski-Späß, Friedberg (14. 2. 1977), Klaus Hoos, Friedberg (28. 10. 1976), Gerd Langendorf, Fränkisch-Crumbach (2. 2. 1977), Christine Erler, Heppenheim (31. 3. 1977), Iris Bähr, Viernheim (29. 3. 1977), Rosemarie Eiermann, Maintal (28. 3. 1977), Mariluise Nelke-Fecher, Offenbach (18. 4. 1977);

zur **Lehrerin an einer Sonderschule** Lehrerin Ulrike Hofmann, Dillenburg (21. 12. 1976);

zu **Konrektoren/innen** die Lehrer/innen (BaL) Erhard Stary, Lahn-Gießen, Heidmarie Hartmann, Riedelbach, Elfriede Büchner, Dudenhofen, Wendelin Grimm, Rod-

gau 5, Werner Otto Haas, Ruhlkirchen, Heidrun Keller, Langen, Ingrid Gönner, Rüsselsheim (sämtlich 1. 4. 1977);

zur **Konrektorin als ständige Vertreterin des Leiters einer Grundschule mit mehr als 360 Schülern** Lehrerin (BaL) Gisela Röhr, Weiterstadt (1. 4. 1977);

zu **Rektoren/in** die Lehrer (BaL) Kurt Lind, Hainhausen, Gerd Schiel, Ginsheim-Gustavsburg, Charles Barst, Viernheim (sämtlich 1. 4. 1977);

Hauptlehrer/in (BaL) Rosemarie Donig, Rödgen-Wisselsheim (28. 4. 1977), Günter Mistreck, Groß-Gerau (28. 3. 1977);

zum **Rektor einer Grundschule** Lehrer (BaL) Horst Richter, Langenselbold (1. 10. 1976);

zur **Rektorin einer Hauptschule** Konrektorin einer Hauptschule (BaL) Ingeborg Brehm, Frankfurt (31. 1. 1977);

zum **Rektor einer Grund- und Hauptschule** Konrektor einer Grund- und Hauptschule (BaL) Manfred Bardorff, Frankfurt (1. 10. 1976);

zum **Rektor als Ausbildungsleiter bei einem Pädagogischen Studienseminar** Realschullehrer (BaL) Hans Hermann Knierim, Gießen (16. 3. 1977);

zum **Schulamtsdirektor** Rektor einer Grundschule mit mehr als 360 Schülern (BaL) Werner Scholz, Offenbach (22. 4. 1977);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:

die Lehrer/innen (BaP) Ilse Schuck, Ortenberg (18. 2. 1977), Ulrike Helfert, Dillenburg (7. 1. 1977), Barbara Storbeck, Lahn-Gießen (8. 3. 1977), Norbert Reichard, Dillenburg (17. 1. 1977), Cornelia Zöckler, Kronberg (11. 3. 1977), Walter Brück, Haiger (18. 3. 1977), Birgit Nowak, Dillenburg (16. 3. 1977);

in den Ruhestand getreten:

Schulamtsdirektor Karl Wilkner, Schlüchtern (28. 2. 1977);

in den Ruhestand versetzt:

die Direktoren Johannes Raiß, Büttelborn, Hans-Werner am Ende, Frankfurt (beide 31. 1. 1977), Karl Wagner, Reinheim, Konrektor Karl-Heinz Boese, Hofheim (beide 31. 3. 1977), die Realschullehrer/innen Walter Martin, Seeheim, Hildegard Schmidt, Frankfurt (beide 31. 1. 1977), Emil Hohmann, Bergen-Enkheim (30. 4. 1977), Paula Döll, Lahn-Wetzlar (31. 1. 1977), techn. Lehrerin Anna Hromada, Klein-Gerau (30. 4. 1977), Hauptlehrer Kurt Elfert, Karben 4 (31. 1. 1977), die Lehrer/innen Gunthilde Pfaff, Oberhöchstädt (30. 4. 1977), Hans-Joachim Müller, Hausen (31. 1. 1977), Pia Werkmeister, Lollar, Walter Hertwig, Groß-Umstadt (beide 31. 7. 1976), Anneliesel Römer, Seeheim (31. 1. 1977), Albert Eimler, Bad Homburg, Georg Kirschner, Darmstadt (beide 31. 7. 1976);

entlassen:

die Lehrer/in z. A. Fritz-Gerhard Schmidt, Hattersheim (30. 9. 1976), Jutta Darjes, Hanau (31. 3. 1977), apl. Lehrerin Elisabeth Müller, Babenhausen (26. 2. 1977), Fachlehrer Dietmar Seichter, Rüsselsheim (31. 1. 1977), Fachlehrerinnen für mus.-techn. Fächer Ulrike Lautenschläger, Ernsthofen (31. 3. 1977), Marion Getto, Babenhausen (2. 2. 1977), der/die Lehramtsreferendar/innen Karl-Heinz Kind, Wiesbaden (31. 1. 1977), Helga von Corvin, Heppenheim (1. 2. 1977), Renate Müller, Bad Soden (30. 4. 1977), Ursula Weber, Groß-Gerau (25. 4. 1977), Realschullehrerin Friederike Fink, Groß-Linden (31. 1. 1977);

Berufs-, Berufsfach- und Fachschulen

ernannt:

zu **Studienreferendaren/innen (BaW)** Wolfgang Matejka, Darmstadt, Christa Kropsch, Hanau, Joachim Scheerer, Butzbach, Bernd Simon, Nidda, Josef Kessler, Frankfurt, Ingrid Kolb, Friedberg, Reiner Weis, Wiesbaden, Harald Fellner, Hofheim, Walter Ottmar, Frankfurt, Hubert Horn, Offenbach, Johannes Hilgendorf, Lahn-Gießen, Dorle Baetzner, Friedberg, Rudolf Hessaun, Offenbach, Otmir Watzik, Gelnhausen, Michael Harth, Sprendlingen, Peter Conrad, Groß-Gerau, Reinhard Zimmer, Darmstadt, Manfred Feurer, Sprendlingen, Klaus-Dieter Trappen, Gelnhausen, Hanna Liebenau, Bad Homburg, Dieter Schumacher, Oberursel, Rolf Hartmann, Heinz Pons, beide Frankfurt, Siegfried Holzapfel, Darmstadt, Wolfgang Bork, Hanau, Kornelia Geißler, Lahn-Gießen, Heinz Stumpff, Offenbach, Paul Kapfer, Harald Thiel, Offenbach, Kurt Rebenack, Wilfried Heinrich, beide Frankfurt, Helmut

Volz, Lahn-Gießen, Albrecht Winter, Nidda, Holger Weinberg, Herbert Mellich, Manfred Nobbe, sämtlich Lahn-Gießen, Reinhard Winter, Lahn-Wetzlar, Eberhard Stahl, Dillenburg, Karl Stiehler, Lauterbach, Herwig Decker, Dillenburg, Alfred Giehl, Bad Nauheim, Gertrud Didion, Frankfurt, Rainer Luft, Lahn-Gießen, Richard Galley, Lahn-Wetzlar, Peter vom Endt, Frankfurt, Reiner Lademann, Darmstadt, Harald Hormel, Karlheinz Gruner, beide Lahn-Gießen, Lutz Rathgeber, Alsfeld, Rainer Haffer, Biedenkopf, Werner Heß, Friedberg, Wolfgang Pietsch, Dillenburg, Gerhard Appel, Wolfgang Schleer, beide Lahn-Wetzlar, Kurt Wessely, Lampertheim, Paul Alhäuser, Dillenburg, Klaus Frevel, Weilburg, Norbert Heimo Albrecht, Lahn-Gießen, Alfred Schütz, Friedberg, Herbert Kröning, Alsfeld, Karl-Jürgen Hoffmann, Heinz Günter Klopp, beide Lahn-Gießen, Irmgard Scherer, Groß-Gerau, Gerhard Nehls, Taunusstein, Richard Viehl, Hofheim, Günther Schmidt, Frankfurt, Dieter Offermann, Lüder Bickel, beide Wiesbaden, Kurt Heinrich, Darmstadt, Manfred Held, Rüsselsheim, Gerhard Patzsch, Wiesbaden, Robert Münzel, Limburg, Manfred Hog, Groß-Gerau, Christiane Huth, Wiesbaden, Joachim Schmidt, Lahn-Wetzlar, Heinz Hachenberg, Limburg, Brigitte Heil, Wiesbaden, Detlev Jürgen Kießling, Frankfurt, Werner Offer, Geisenheim, Georg Spöttli, Groß-Gerau, Helmut Rank, Schlüchtern (sämtlich 1. 2. 1977), Franz Liebgott, Wiesbaden (1. 8. 1976), Herbert Aßmann, Lahn-Gießen, Bernhard Engelhardt, Frankfurt, Rainer Fauerbach, Büdingen, Gudrun Beyer, Sprendlingen, Edgar Englert, Frankfurt, Heinrich Braun, Offenbach, Hans-Peter Kiefer, Wiesbaden, Arnold Knörzer, Hofheim, Bernd Demmerle, Rüsselsheim, Gernot Holzinger, Offenbach, Dr. Barbara Schmachtenberg, Rüsselsheim, Werner Lode, Schlüchtern, Michael Vetter, Günther Nusch, beide Frankfurt, Brigitte Stemann, Hanau, Gerhard Ruppert, Frankfurt, Gernot Schneider, Oberursel, Jürgen Wyrwal, Bad Homburg, Hans-Georg Teutscher, Lothar Levin, Jürgen Schmitt, Ursula Brühl, sämtlich Frankfurt, Inge Büker, Oberursel, Jürgen Buchholz, Gelnhausen, Karin Juliane Barsties-Klawitter, Bad Homburg, Friedhold Hefke, Horst Reuschenbach, Peter Voss, sämtlich Frankfurt, Joachim Böhringer, Bernd Gündel, Rüsselsheim, Hans-Bernhard Biener, Michelstadt, Dietrich Egner, Offenbach, Hubert Wiegand, Bensheim, Erhard Heep, Rüsselsheim, Ilse Schmidt, Darmstadt, Volker Heidenreich, Bensheim, Heinz Schrod, Dieburg, Günter Welpot, Offenbach, Wolfgang Steckel, Rüsselsheim, Fritz Schulz, Darmstadt, Fella Lothar, Hausen, Jürgen Fries, Rüsselsheim, Dietmar Bittner, Bad Nauheim, Siegmund Günther, Gisela Rozycki, beide Darmstadt, Helmut Wisser, Offenbach, Gerd Weber, Stefanie Lang, beide Darmstadt, Karlheinz Hammer, Offenbach, Kurt Geider, Darmstadt, Dieter Jäntscht, Alsfeld, Christa Heckert, Offenbach, Volker Schell, Elke Kunkel, Uwe Franke, Hans-Erich Leemann, Johann Bordon, sämtlich Darmstadt, Martin Schmidt, Rüsselsheim, Walter Simon, Lampertheim, Alfred Breitkopf, Darmstadt, Erich Claassen, Bensheim, Hiltrud Jekel, Günter Böck, beide Darmstadt, Ernst Grewatta, Hofheim, Monika Gehrke, Frankfurt, Klaus H. Schierholz, Lampertheim, Günter Schneider, Dieburg, Karl-Otto Benz, Georg Baum, beide Darmstadt, Klaus Ansoerge, Bensheim, Helmut Müller, Dieburg, Michael Kloos, Rüsselsheim, Dieter Wolf, Michelstadt, Günter Hempel, Dreieich, Hans Linns Düring, Darmstadt, Hans-Joachim Bärenfänger, Limburg, Robert Scheuermann, Alsfeld, Walter Müller, Rüsselsheim, Erhard Engel, Frankfurt, Knut Kynhoff, Lahn-Gießen, Walter Nothdurft, Darmstadt, Jürgen Jenschke, Frankfurt, Klaus Fritzsche, Bensheim, Klaus-Dieter Prag, Frankfurt, Bernhard Schuh, Darmstadt, Rainer Strähle, Dieburg, Herbert Tabler, Wiesbaden, Gerhard Tenzer, Bensheim, Helmut Kobinger, Darmstadt, Günther Hamel, Lauterbach (sämtlich 1. 2. 1977);

zu **Fachlehreranwärtern/innen (BaW)** Klaus Stephan, Ursula Kalle, beide Frankfurt, Renate Heuss, Groß-Gerau, Ortrun Schulz, Usingen, Marina Möller, Hanau 1, Melitta Heim, Lahn-Gießen, Ulrich Simmich, Hanau, Renate Wagner, Frankfurt, Doris Hoeveler, Hanau, Willi Zehner, Rüsselsheim, Thomas Zeiger, Hausen, Sigrid Klier, Dillenburg, Walter May, Frankfurt, Regine Wurm, Groß-Gerau, Franz Hüsken, Friedberg, Siegfried Thiel, Hanau, Gabriele Schneider, Offenbach, Reinhold Schmitt, Limburg, Gerd Ortman-Sánchez Martin, Lahn-Gießen, Christl Scheckenbach, Hanau 1, Wilfried Gleiß, Darmstadt, Olto Schulte, Hanau, Gerlinde Höhn, Gelnhausen, Elfriede Hackel, Rüsselsheim, Christine Ude, Frankfurt, Ursula Neeb, Wies-

baden, Heinz Ertel, Friedberg, Haras Ehrenfried, Offenbach, Manfred Drewes, Hanau, Ilse Ebbighausen, Frankfurt, Andreas Cludius, Hanau, Rosemarie Engert, Karl-Heinz Bernius, beide Darmstadt, Margit Goldbach, Lahn-Gießen, Isele Nischwitz, Gelnhausen (sämtlich 1. 2. 1977);

zu **Fachoberlehreranwärterinnen (BaW)** Ulrike Frank, Frankfurt, Uta Lübke, Lahn-Gießen (beide 1. 2. 1977);

zu **Studienräten/innen z. A. (BaP)** die Assessoren/innen des Lehramts Werner Michler, Frankfurt, Herbert Schuchhardt, Wiesbaden, Gabriele Vogt, Limburg, Manfred Bastian, Rolf Börner, Reinhold Hofmann, Eva Marianne Stingl, Angela Daur, Ernst Christoph Rieder, sämtlich Frankfurt, Dr. Hubert Weller, Lahn-Wetzlar, Wolfgang Glock, Wiesbaden, Thomas Günkler, Frankfurt (sämtlich 1. 2. 1977), Siegfried Eckel, Frankfurt (14. 2. 1977), Sigrid Koch, Frankfurt (1. 2. 1977), Werner-Ludwig Diehl, Darmstadt (1. 8. 1976), Dieter Steinbacher, Karlheinz Wilhelm Kaminski, beide Frankfurt (beide 1. 2. 1977), Irmgard Dongowski, Hanau (21. 3. 1977), Brigitte Hock, Frankfurt, Wilhelm Hofmann, Wiesbaden, Waltraud Kraus, Dillenburg, Volker Weidemann, Usingen, die Studienreferendare (BaW) Eckehard Günther, Lampertheim, Rolf Seubert, Usingen, Paul Joachim Kukla, Darmstadt, Richard Volpert, Hans-Jürgen Winkler, beide Gelnhausen, Theodor Hansel, Lauterbach (sämtlich 1. 2. 1977);

zu **Fachlehrerinnen für arbeitstechn. Fächer z. A. (BaP)** die Fachlehreranwärterinnen (BaW) Doris Müller, Limburg (1. 2. 1977), Gisela Ehlers, Frankfurt (1. 10. 1976), die Lehrkraft i. A. Irmgard Fischer, Hanau (1. 2. 1977);

zu **Studienräten** Studienrat z. A. (BaP) Helmut Müller, Michelstadt (28. 4. 1977), Fachoberlehrer f. technolog. Fächer (BaL) Klaus Kraft, Ffm.-Höchst (18. 12. 1976), Fachlehrer (BaL) Hans Pietsch, Offenbach (15. 4. 1977);

zu **Studienräten/innen (BaL)** die Studienräte/innen z. A. (BaP) Wolfgang Nicklas, Bensheim (21. 12. 1976), Friedrich Willer, Offenbach (8. 3. 1977), Hilde Freisen, Hausen (15. 3. 1977), Frank Gröppel-Wegener, Bad Nauheim (1. 5. 1977), Wolfgang Kirchner, Bad Nauheim (29. 3. 1977), Ernst Weber, Lahn-Wetzlar (28. 3. 1977), Herbert Gröger, Darmstadt (29. 3. 1977), Waltraud Vandrè-Lamotte, Hanau (21. 3. 1977), Herbert Schmitt, Wiesbaden (1. 4. 1977), Manfred Kalus, Lahn-Gießen (7. 4. 1977), Peter Schöpfel, Dillenburg (1. 4. 1977), Dieter-Wolfgang Grunwald, Bad Nauheim, Renate Auras, Dillenburg (beide 7. 4. 1977), Hartmut Maass, Dillenburg (12. 4. 1977), Dieter Montag, Hanau (8. 3. 1977), Marianne Dieter, Offenbach (30. 4. 1977), Bernd Netzer, Frankfurt (18. 4. 1977);

zu **Fachlehrern/innen f. arbeitstechnische Fächer (BaL)** die Fachlehrer/in f. arbeitstechnische Fächer z. A. (BaP) Manfred Kimmerle, Weilburg (5. 4. 1977), Hubert Wick, Butzbach (18. 4. 1977), Margret Uellenberg, Ehringshausen (20. 4. 1977);

zu **Fachlehrerinnen (BaL)** Fachlehrerinnen f. arbeitstechn. Fächer z. A. (BaP) Angelika Buß, Dillenburg (29. 3. 1977), Fachlehrerin z. A. (BaP) Erika Demandt, Dillenburg (12. 4. 1977);

zu **Oberstudienräten/innen** die Studienräte/innen (BaL) Dipl.-Volkswirt Adolf Moder, Ekkehard Neuhoff, Dipl.-Volkswirt Manfred Wichmann, sämtlich Dillenburg, Jörg Roth, Ulrich Tresselt, beide Groß-Gerau, Wolfgang Münk, Rüsselsheim, Helga Boß, Lahn-Gießen, Dipl.-Volkswirt Steffen Watz, Volker Walther, beide Weilburg, Dipl.-Hdl. Gisela Freudenberg, Büdingen, Gertrud Trageser, Hanau, Christa Jung, Frankfurt, Hannelore Strudthoff, Limburg, Richard Hartmann, z. Z. Prai/Malaysia, Dipl.-Ing. Hans-Jürgen Pfaff, Wiesbaden, Helmut Kaschenz, Gelnhausen, Christa Herbert, Frankfurt, Bruno Güth, Wiesbaden (sämtlich 1. 4. 1977), Werner Scherf, Limburg (4. 4. 1977), Wolfgang Schlicht, Offenbach (1. 4. 1977), Dipl.-Ing. Dieter Schulz, Hadamar (5. 4. 1977), Efriede Ettinger, Christel Kölsch, Oberursel (beide 1. 4. 1977), Dipl.-Ing. Hugo Pott-hoff, Bensheim, Heinz-Jürgen Jank, Michelstadt (beide 28. 4. 1977), Wolfgang Marstaller, Offenbach (1. 4. 1977), Dipl.-Hdl. Heinrich Wagner, Bensheim (23. 4. 1977), Dipl.-Hdl. Ferdinand Thiemann, Dieburg (21. 4. 1977), Dipl.-Hdl. Fritz Alfred Müller, Lahn-Gießen (29. 4. 1977), Dipl.-Volkswirtin Ingrid Lenz, Wiesbaden (1. 4. 1977);

zu **Studiendirektoren/innen** die Oberstudienräte/innen (BaL) Dipl.-Volkswirt Joachim Winter, Darmstadt (18. 3. 1977), Klaus Kutschick, Frankfurt (16. 3. 1977), Gerhard Müller, Darmstadt (18. 3. 1977), Horst Beck, Butzbach (1. 4. 1977), Dipl.-Hdl. Helmut Beck, Frankfurt (14. 3. 1977), Anneliese Schuon-Wiehl, Hans-Heinrich Graue, beide Lahn-Gießen

(beide 15. 3. 1977), Dipl.-Hdl. Gunter Egenolf, Frankfurt (30. 11. 1976), Dr. Franz Unkell, Dipl.-Hdl. Fredi Ebeling, beide Frankfurt (beide 1. 4. 1977), Peter Jahn, Lampertheim (18. 4. 1977);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:
die Studienräte (BaP) Josef Letschert, Darmstadt (21. 9. 1976), Bardo Rudolf Schwarz, Darmstadt (28. 4. 1977);

in den Ruhestand versetzt:

die Studiendirektorin Gertrud Lenz, Schlüchtern (30. 4. 1977);

entlassen:

die Fachoberlehreranwärterin Karin Krobot, Lahn-Gießen (10. 2. 1977), die Studienreferendare Günter Hempel, Dreieich (12. 3. 1977), Helmut Ahlborn, Frankfurt (28. 3. 1977).

Darmstadt, 12. 5. 1977

Der Regierungspräsident

VI 1 — 7 1 08 (1)

StAnz. 22/1977 S. 1120

G. Im Bereich des Hessischen Ministers für Wirtschaft und Technik

Landesamt für Bodenforschung

ernannt:

zum Regierungsrat (BaL) Oberamtsrat (BaL) Hubertus Christian (4. 5. 1977).

Wiesbaden, 12. 5. 1977 **Hessisches Landesamt für Bodenforschung**
V 2 — 16 — 771/77 —

StAnz. 22/1977 S. 1125

In StAnz. 1977 S. 1000 muß es unter

H. Im Bereich des Hessischen Sozialministers

Dienststellen der Kriegsoffiziersversorgung

richtig heißen:

ernannt:

zur Obersekretärin Sekretärin (BaP) Ulrike Damm (nicht Ulrich)

Frankfurt am Main, 12. 5. 1977

Landesversorgungsamt Hessen

I/1 — Allgemein

StAnz. 22/1977 S. 1125

Buchbesprechungen

Löwe-Rosenberg. Die Strafprozeßordnung und das Gerichtsverfassungsgesetz, Großkommentar. Von Hanns Dünnebieber, Generalstaatsanwalt a. D. in Bremen, Walter Gollwitzer, Ministerialdirigenten in München, Karlheinz Meyer, Vors. Richter am Kammergericht in Berlin, Lutz Meyer-Goßner, Vors. Richter am Landgericht München I, Karl Schäfer, Senatspräsidenten a. D. in Frankfurt a. M., Günter Wendisch, Generalstaatsanwalt in Bremen, 23., neubearbeitete Auflage, 4 Bände. Lexikon-Oktav, Etwa 4000 S., Halbleder etwa 1500,— DM (erscheint in Lieferungen). Verlag Walter de Gruyter, Berlin.

Bisher sind erschienen:

1. Lieferung: Bearbeiter: Einleitung: Schäfer, §§ 1 bis 32: Dünnebieber, §§ 33 bis 47: Wendisch, kart. DM 218,—;
2. Lieferung: §§ 72 bis 93 Bearbeiter: Meyer, kart. DM 60,—;
3. Lieferung: §§ 48 bis 71 Bearbeiter: Meyer, kart. DM 68,—;
4. Lieferung: §§ 94 bis 111 n Bearbeiter: Meyer kart. DM 82,—;
5. Lieferung: §§ 132 a bis 136 a Bearbeiter: Meyer, kart. DM 26,—;
6. Lieferung: §§ 213 bis 259 Bearbeiter: Gollwitzer, kart. DM 148,—;
7. Lieferung: §§ 374 bis 406 d Bearbeiter: Wendisch, kart. DM 68,—;
8. Lieferung: §§ 198 bis 212 b Bearbeiter: Meyer-Goßner, kart. DM 52,—;
9. Lieferung: §§ 407 bis 444 Bearbeiter: Schäfer, kart. DM 96,—;
10. Lieferung: §§ 112 bis 132 Bearbeiter: Dünnebieber, kart. DM 124,—;
11. Lieferung: §§ 449 bis 463 d Bearbeiter: Schäfer, kart. DM 96,—.

Seit 1971 sind die Strafprozeßordnung und das Gerichtsverfassungsgesetz durch mehr als 15 Gesetze geändert worden. Darunter fallen umfangreiche und tiefgreifende Änderungen auf Grund des Einführungsgesetzes zum Strafgesetzbuch vom 2. März 1974 und des Ersten Gesetzes zur Reform des Strafverfahrensrechts vom 9. Dezember 1974 mit dem Ergänzungsgesetz vom 20. Dezember 1974. Diese Gesetze haben das Erscheinen der hier angezeigten 23. Auflage des Kommentars, die weitgehend neu bearbeitet wurde, beschleunigt. Mit der Neuaufgabe haben die Bearbeiter teilweise gewechselt. Außerlich erscheint die 23. Auflage in anderer Gestalt. Es werden nur noch die einzelnen Lieferungen, die in zwangloser Reihenfolge erscheinen, mit fortlaufenden Seitenzahlen versehen, dagegen nicht mehr die einzelnen Bände. Die Kommentierung ist auf Randnummern umgestellt worden. Dadurch ist der Kommentar übersichtlicher und die Zitierweise einfacher geworden. Das überwiegt den Nachteil, der entsteht, wenn ein Benutzer auf eine frühere Auflage zurückgreifen will oder muß. Durch Hervorhebung im Fettdruck und eine Verbesserung des Schriftbildes haben Übersichtlichkeit und Lesbarkeit beträchtlich gewonnen.

Die Kommentierung beginnt wie seither mit einer umfangreichen, inzwischen auf 320 Seiten angewachsenen Einleitung von Schäfer. In 16 Kapiteln stellt der Bearbeiter nicht nur die Entstehung und Entwicklung des Strafverfahrens- und Gerichtsverfassungsrechts dar, sondern auch allgemeine Verfahrensgrundsätze. Der wissenschaftlich interessierte und kritische Benutzer wird die sorgfältig ausgewählten und zusammengestellten Hinweise auf Literatur und Rechtsprechung begrüßen.

Nicht nur von praktischem Interesse sind die Abschnitte, in denen die Fürsorgepflicht (Kapitel 6 Randnr. 21 ff.), die Prozeßhandlungen (Kapitel 10), die Verfahrensvoraussetzungen und Verfahrenshindernisse (Kapitel 11 und 12) und die allgemeinen Prozeßmaximen (Kapitel 13) behandelt werden. Das Kapitel 14 ist den Beweisverboten vorbehalten. Hier versucht der Bearbeiter, den fast unüberschaubaren Meinungsstreit zu entwirren und Grundsätze zu erarbeiten, an denen die Praxis sich orientieren kann. Angesichts der wachsenden Bedeutung der Beweisverbote im modernen Strafprozeß wird damit einem dringenden Bedürfnis entsprochen.

Dünnebieber und Wendisch konnten in der ersten Lieferung im wesentlichen auf die bewährte Voraufgabe zurückgreifen. Hier zwangen

die neuen Gesetze nicht zu grundlegenden Änderungen. Die Neufassungen der §§ 36, 44 bis 47 StPO sind berücksichtigt. Die Frage der Verfassungsmäßigkeit der §§ 7 ff. StPO hätte angesichts der im verfassungsrechtlichen Schrifttum vertretenen Gegenansicht und der Bedeutung dieser Frage für die Praxis stärkere Beachtung verdient (vgl. § 7 Randnrn. 47 ff.). Im Verhältnis der Staatsschutzkammer zu der Schwurgerichtskammer müssen Ansatzpunkte gefunden werden, nach denen das Schwergewicht einer Sache bestimmt werden kann. Dabei sollte auch berücksichtigt werden, daß ein Rechtsanwalt als Verteidiger im Verfahren vor dem Schwurgericht (und in gewissen Fällen vor der Jugendkammer) die gleichen Gebühren erhält, wie im Verfahren vor dem Oberlandesgericht, § 83 Abs. 1 S. 1 BRAGO. Liegt hierin vielleicht doch ein Indiz dafür, daß das Schwurgericht gegenüber der Staatsschutzkammer höherrangig ist? Vielleicht wird im Rahmen der Kommentierung des § 74 a GVG diese in § 2 Randnr. 21 angesprochene Problematik vertieft.

Meyer hatte bei den von ihm vorgelegten Lieferungen (2., 3., 4. und 5. Lieferung) vielfältige Gesetzesänderungen zu berücksichtigen. Das Ergebnis ist eine umfangreiche Neubearbeitung, bei der Meyer zum Teil von den Ansichten der Voraufgabe abweicht. Von aktueller Bedeutung sind die Kommentierungen zu §§ 100a ff. StPO im Zusammenhang mit der Überwachung und Aufnahme des Fernmeldeverkehrs. Herausragend sind die Ausführungen zu § 136 a StPO, einer Vorschrift, die auch für Zeugen gilt. Sie gewinnt im modernen Strafprozeß zunehmend an Bedeutung, besonders soweit es um „das Versprechen eines gesetzlich nicht vorgesehenen Vorteils“ geht. Meyer zeigt hier Voraussetzungen und Umfang des Verwertungsverbots auf.

Gollwitzer hat den von ihm bearbeiteten Abschnitt (6. Lieferung, §§ 213 bis 259) gründlich überarbeitet und wesentlich erweitert. Zu § 244 StPO werden Beweisantrag und Ablehnungsgründe ausführlich behandelt. Auch Wendisch hat den erstmals von ihm übernommenen Abschnitt (7. Lieferung, §§ 374 bis 406 d) zum Teil erheblich erweitert und auf den neuesten Stand gebracht.

Eine Bereicherung des Werkes stellt die Kommentierung von Meyer-Goßner (8. Lieferung, §§ 198 bis 212 b) dar. Bei diesem Abschnitt von großer praktischer Bedeutung gefällt die prägnante Darstellung, die auf alle Fragen eine Antwort gibt. Anerkennung verdient die Art, wie Meyer-Goßner die Frage der Zuständigkeitsüberschneidungen angeht. Daß dabei zum Teil abweichende Ansichten der verschiedenen Bearbeiter des Kommentars zutage treten (vgl. § 204 Randnr. 4) beeinträchtigt den Wert des Werkes nicht. Es läßt vielmehr die Selbständigkeit der Bearbeiter erkennen. Nicht zwingend erscheint mir allerdings die Ansicht, eine Spezialstrafkammer (Schwurgericht, Staatsschutzkammer) sei bei Wegfall des die Spezialzuständigkeit begründenden Deliktes gezwungen, das Verfahren zunächst vor sich zu eröffnen. Warum soll es der Spezialstrafkammer verwehrt sein, sich für (funktionell) unzuständig zu erklären? Was für den Fall der örtlichen Unzuständigkeit gilt, sollte auch für die funktionelle Unzuständigkeit gelten. Im Falle der funktionellen Unzuständigkeit der allgemeinen Strafammer wendet Meyer-Goßner diesen Grundsatz auch an.

Umfangreiche Gesetzesänderungen der Strafprozeßordnung und des Strafgesetzbuchs zwingen zur völligen Überarbeitung der Kommentierung zu §§ 407 bis 444 (9. Lieferung) und zu §§ 449 bis 463 d (11. Lieferung). Schäfer hat seine in der Praxis längst bewährte Arbeit fortgeführt. Ebenfalls vollkommen neu bearbeitet und wesentlich erweitert wurde von Dünnebieber die Kommentierung zu §§ 112 bis 132. Hier war u. a. das Strafvollzugsgesetz einzuarbeiten. Von besonderer Aktualität sind die Abschnitte über Zwangsbehandlung und Zwangsernährung. Es handelt sich bei der 10. Lieferung um eine umfassende Darstellung des Haftrechts, die den Praktiker selbst dann noch fündig werden läßt, wenn andere Quellen längst versiegt sind. Erstaunlich, mit welchen Detailfragen sich Dünnebieber befaßt.

Vorsitzender Richter Adalbert Schäfer

ÖFFENTLICHER ANZEIGER

ZUM »STAATSANZEIGER FÜR DAS LAND HESSEN«

1977

MONTAG, 30. MAI 1977

Nr. 22

Gerichtsangelegenheiten

2390

371a E — 1.1415 — Erlaubnisurkunde: Dem Verein „Verwertungsgesellschaft Bild und Kunst“, Am Hauptbahnhof 10, 6000 Frankfurt am Main, wird auf Grund des Rechtsberatungsgesetzes vom 13. 12. 1935 (RGBl. I S. 1478) die Erlaubnis zur geschäftsmäßigen Besorgung fremder Rechtsangelegenheiten auf den Gebieten des Urheberrechts und des Urhebervertragsrechts erteilt.

Zur Ausübung der Erlaubnis sind gemeinsam berechtigt: a) Paul Rötger, Ernst-Kahn-Straße 6, 6000 Frankfurt am Main, b) Assessor Gerhard Friedrich Heinrich Hans Pfennig, Schedestraße 13, 5300 Bonn. Die Erteilung der Erlaubnis wird mit der Auflage verbunden, jede Vermittlung von Versicherungsverträgen zu unterlassen.

Mit der Zulassung wirkt das Werbeverbot des § 1 Abs. 3 der 2. Ausf.VO zum Rechtsberatungsgesetz vom 3. 4. 1936 (RGBl. I S. 359).

Diese Erlaubnis berechtigt nicht zum mündlichen Verhandeln vor Gericht.

Geschäftssitz ist Frankfurt am Main.
6000 Frankfurt am Main, 11. 5. 1977

Der Präsident des Amtsgerichts

2391

7 V — 128: Frau Inge Lutler, Fontanestraße 1, 3550 Marburg, ist die Erlaubnis erteilt, fremde Rechtsangelegenheiten geschäftsmäßig zu besorgen.

Die Genehmigung ist auf das Gebiet der Stadt Marburg (Lahn) beschränkt.

3550 Marburg, 16. 5. 1977

Der Präsident des Landgerichts

2392

7 V — 129: Frau Irmgard Michel, Maueracker 18, 3551 Lahntal/Ortsteil Caldern, ist die Erlaubnis erteilt, fremde Rechtsangelegenheiten geschäftsmäßig zu besorgen.

Die Genehmigung ist auf das Gebiet der Stadt Marburg (Lahn) beschränkt.

3550 Marburg, 16. 5. 1977

Der Präsident des Landgerichts

Güterrechtsregister

2393

GR 377 — Neueintragung: 17. Mai 1977: Eheleute Versicherungskaufmann Wolfgang Dieter Schütz und Gisela Friedel geb. Müller, beide in Taunusstein 2.

Durch notariellen Vertrag vom 18. März 1977 ist der gesetzliche Güterstand der Zugewinnngemeinschaft ausgeschlossen.

6208 Bad Schwalbach, 17. 5. 1977

Amtsgericht

2394

GR 2026 — 23. Februar 1977: Die Eheleute Erich Karl Mroß, Rentner, und

Frieda geb. Größmann, beide in Darmstadt-Eberstadt, haben durch Vertrag vom 10. Februar 1977 Gütertrennung vereinbart.

GR 2042 — 19. April 1977: Die Eheleute Manfred Peter Kenzler, Hilfsarbeiter, und Monika geb. Schielzeth, Hausfrau, beide in Darmstadt, haben durch Vertrag vom 28. 3. 1977 Gütertrennung vereinbart.

GR 2043 — 10. Mai 1977: Die Eheleute Dipl.-Ing. Lothar Greulich und Ingeborg Ute geb. Thiel, beide in Darmstadt, haben durch Vertrag vom 18. 4. 1977 Gütertrennung vereinbart.

GR 2044 — 11. Mai 1977: Die Eheleute Rudolf Becker, Vertreter, und Ruth Gisela geb. Friedrich, beide in Darmstadt, haben durch Vertrag vom 12. 4. 1977 Gütertrennung vereinbart.

6100 Darmstadt, 18. 5. 1977

Amtsgericht

2395

GR 608 — 16. Mai 1977: Installateur Theobald Schaum und Ludwina geb. Baumann, beide in Strauchweg 9, Hünfeld-Sargenzell.

Durch Vertrag vom 21. April 1977 ist Gütertrennung vereinbart.

6418 Hünfeld, 16. 5. 1977

Amtsgericht

2396

GR 796: Eheleute Karl Gewinn und Lina Gewinn geb. Dement, Elisabethenstr. 1, Lahn-Steindorf.

Durch notariellen Vertrag des Notars Dr. Walter Schlauske in Lahn-Wetzlar vom 23. April 1977 — Urkundenrolle Nr. 10777 — ist Gütertrennung vereinbart.

6330 Lahn-Wetzlar, 17. 5. 1977

Amtsgericht

GR 797: Eheleute Kaufmann Rolf Mönke und Helga Mönke geb. Jordt, Am Wingert Nr. 5, Schöffengrund OT Schwalbach. Durch notariellen Vertrag des Notars Klaus Genrich in Lahn-Wetzlar vom 29. April 1977 — Urkundenrolle Nr. 274/77 — ist Gütertrennung vereinbart.

6330 Lahn-Wetzlar, 17. 5. 1977

Amtsgericht

2397

5 GR 353: Die Eheleute Hans Dieter Wiesenbach, Angestellter und dessen Ehefrau, die Hausfrau Gertrud Erika Wiesenbach geb. Lulay, beide wohnhaft in 6843 Biblis 3-Wattenheim, Rheinstr. 5, haben durch Ehevertrag vom 18. 2. 1977 für ihre Ehe den Güterstand der Gütertrennung vereinbart.

6840 Lampertheim, 13. 5. 1977

Amtsgericht

2398

5 GR 354: Die Eheleute Elfriede Anna Köbel geb. Roth, Hausfrau und Näherin und deren Ehemann Johann Friedrich Köbel, Kfz-Schlosser, beide wohnhaft in Nibelungenstr. 108, 6842 Bürstadt, haben durch Ehevertrag vom 5. 4. 1977 für ihre Ehe den Güterstand der Gütergemeinschaft vereinbart.

6840 Lampertheim, 13. 5. 1977

Amtsgericht

2399

GR 528 — 20. 5. 1977: Anstreicher Günter Ilzhöfer und Brigitte geb. Knapp, Kappesser Weg 5 in Hünfelden 1-Kirberg.

Durch notariellen Vertrag vom 10. 2. 1977 ist Gütergemeinschaft gem. § 1415 BGB vereinbart.

6250 Limburg a. d. Lahn, 18. 5. 1977

Amtsgericht

Vereinsregister

2400

VR 183 — Neueintragung — 18. 5. 1977: Schützengesellschaft Rhoden eingetragener Verein, Diemelstadt-Rhoden.

3548 Arolsen, 18. 5. 1977

Amtsgericht

2401

VR 332 — Neueintragung — 12. Mai 1977: Sport- und Kulturgemeinschaft (1896) Steckenroth im Taunus mit dem Sitz in Hohenstein 7.

6208 Bad Schwalbach, 12. 5. 1977

Amtsgericht

2402

VR 297 — Neueintragungen: Unterstützungskasse der Firma ESAB-KEBE GmbH Sitz des Vereines ist 6367 Karben.

6368 Bad Vilbel, 20. 5. 1977

Amtsgericht

2403

VR 831 — Von Amts wegen eingetragen am 22. April 1977: Unterstützungskasse der Hessenwerke Darmstadt in Darmstadt. Infolge Wegfalls sämtlicher Mitglieder gilt der Verein als aufgelöst.

VR 1177 — 1. April 1977: Vereinigung der Freunde des Schuldorfes Bergstraße in Seeheim (Bergstraße). Durch Beschluß der Mitgliederversammlung vom 2. Dezember 1976 ist der Verein aufgelöst. Abwickler: Prof. Dr. Wilhelm Strahinger, Darmstadt; Achilles Lipecky, Seeheim a. d. B.; Helga Lange, Alsbach a. d. B.; Wilhelm Crössmann, Pfungstadt.

VR 1454 — 30. März 1977: Crumstädter Hundesport-Verein in Darmstadt.

VR 1456 — 6. Mai 1977: Arbeitskreis Kleben, Verbinden und Gestalten in Bickenbach.

6100 Darmstadt, 18. 5. 1977

Amtsgericht

2404

VR 463 — Neueintragung — 13. 5. 1977: Der Verein Tierärztliche Verrechnungstelle „Hessen/Rheinland-Pfalz/Saar e. V.“, Darmstadt (Amtsgericht Darmstadt) hat seinen Sitz nach Friedberg (Hessen) verlegt.

6360 Friedberg (Hessen), 13. 5. 1977

Amtsgericht

2405

VR 464 — 18. 5. 1977: SG 1920 Stammheim e. V., Florstadt-Stammheim.

6360 Friedberg (Hessen), 18. 5. 1977

Amtsgericht

2406

41 VR 747 — 6. 5. 1977: Rollsportclub Dörsnigheim, Sitz Maintal 1.
6450 Hanau, 6. 5. 1977

Amtsgericht, Abt. 41

2407

41 VR 748 — 6. 5. 1977: Heimatverein Großkrotzenburg e. V., Sitz: Großkrotzenburg.
6450 Hanau, 6. 5. 1977

Amtsgericht, Abt. 41

2408

VR 313 — Neueintragung: TuS Wallbach 1975, Hünstetten-Wallbach.
6270 Idstein, 19. 5. 1977

Amtsgericht

2409

1 VR 177 — Neueintragung — 17. 5. 1977: Deutscher Soldatenbund Kyffhäuser Landesverband Hessen e. V., Diemelsee-Vasbeck.
3540 Korbach, 17. 5. 1977

Amtsgericht

2410

5 VR 362 — Neueintragung — 16. 5. 1977: Bootsclub Lampertheim BCL 6840 Lampertheim.
6840 Lampertheim, 16. 5. 1977

Amtsgericht

2411

5 VR 364 — Neueintragung: „Fideler Kochlöffel“ 1. Viernheimer Kochclub 6806 Viernheim.
6840 Lampertheim, 16. 5. 1977

Amtsgericht

2412**Neueintragungen**

5 VR 978 — 17. 5. 1977: „Spiel- und Sportgemeinschaft Gravenbruch“, Sitz: Neu-Isenburg.

5 VR 979 — 17. 5. 1977: „Freie evangelische Gemeinde Heusenstamm“, Sitz: Heusenstamm.

5 VR 980 — 17. 5. 1977: „Türkisch/Deutscher Verein für gegenseitige Hilfe und Kulturaustausch“, Sitz: Neu-Isenburg.

5 VR 981 — 17. 5. 1977: „Kleingärtner-Verein an der Forsthausstraße“, Sitz: Mühlheim a. M.

6050 Offenbach am Main, 17. 5. 1977

Amtsgericht, Abt. 5

Vergleiche — Konkurse**2413**

2 N 12/74 — **Beschluß:** Das Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Friedrich Wilhelm Emde, Arolsen, Alleininhaber der Firma Friedrich Emde, Sitz Arolsen, Auf der Heide 3, wird nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben.

Die Auslagen der Ausschußmitglieder sind auf 1902,— DM, ihre Vergütung auf 2385,— DM festgesetzt.

3548 Arolsen, 28. 4. 1977

Amtsgericht

2414

2 N 11-13/71: Das Konkursverfahren über das Vermögen

a) der Firma Nirona-Werke Nier und Ehmer, Kommanditgesellschaft, 6204 Taunusstein 2,

b) des persönlich haftenden Gesellschafters, Kaufmann Erich-Arthur Nier, jetzt 6251 Heistenbach,

c) des persönlich haftenden Gesellschafters, Kaufmann Richard Ernst Nier, 6204 Taunusstein 2,
ist nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben.

Für die Mitglieder des Gläubigerausschusses sind festgesetzt: Vergütung insgesamt 1395,— DM und Auslagen insgesamt 408,60 DM.

6208 Bad Schwalbach, 9. 5. 1977

Amtsgericht

2415

N 20/68 — **Beschluß:** In dem Konkursverfahren über das Vermögen des am 18. März 1968 verstorbenen Arztes Dr. med. Alfred Vogt, letzter Wohnsitz: Alte Frankfurter Straße 92, 6368 Bad Vilbel, wird Termin zur Abnahme der Schlußrechnung und zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis auf Dienstag, 12. Juli 1977, 8.00 Uhr, Zimmer 34, vor dem Amtsgericht, Frankfurter Straße 132, 6368 Bad Vilbel, anberaumt.

Für den Verwalter werden festgesetzt: Vergütung 10 431,70 DM, Auslagen 5634,27 Deutsche Mark; abzüglich bereits erhaltener 6474,27 DM.

6368 Bad Vilbel, 6. 5. 1977

Amtsgericht

2416

N 17/69 — **Beschluß:** In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Gesellschaft für Abwassertechnik mbH & Co. KG Mainzer Straße 1, Ober-Eschbach, wird Termin zur Abnahme der Schlußrechnung und zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis auf den 12. Juli 1977, Zimmer 34, 10.00 Uhr, vor dem Amtsgericht, Frankfurter Str. 132, Bad Vilbel, anberaumt.

Für den Verwalter werden festgesetzt: Vergütung 13 189,— DM; Auslagen 600,— Deutsche Mark. In Abzug zu bringen ist der bereits erhaltene Vorschuß von 3000,— Deutsche Mark und ein in der Schlußrechnung festgestellter Fehlbetrag vom 1388,90 DM.

6368 Bad Vilbel, 6. 5. 1977

Amtsgericht

2417

61 N 18/76: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Fa. Hermann Müller, Innenausbau-Holzbearbeitung, 6103 Griesheim, Alleininhaberin: Frau Brunhilde Viastarakis geb. Kraft, wird auf Antrag des Konkursverwalters Rechtsanwalt Dr. Mittelstädt, Darmstadt, eine besondere Gläubigerversammlung auf Freitag, den 24. 6. 1977, 9 Uhr, im Amtsgerichtsgebäude, Mathildenplatz 12, 6100 Darmstadt, II. Stock, Zimmer 612, einberufen.

Tagesordnung: Beschlußfassung über den Verkauf des 184/10 000 Miteigentumsanteils an dem Grundstück Gemarkung Griesheim, Flur 12, Nr. 1142, Hof- und Gebäudefläche, Umlandstraße 2—24, Größe 82,67 Ar, verbunden mit dem Sonder Eigentum an den Wohnungen im Block II Erdgeschoß (Aufteilungsplan Nr. 38/39) durch den Konkursverwalter.

6100 Darmstadt, 16. 5. 1977

Amtsgericht, Abt. 61

2418

61 N 103/75 — **Beschluß:** Das Konkursverfahren über den Nachlaß des am 19. 2. 1975 verstorbenen Harald Rüdiger Pappert wird hiermit nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben.

6100 Darmstadt, 25. 4. 1977

Amtsgericht, Abt. 61

2419

81 N 97/73 — **Beschluß:** Im Konkursverfahren über das Vermögen der EUROPRO-JECT Aktiengesellschaft Bauträger, Goethestr. 23, 6000 Frankfurt (Main), wird zur Anhörung der Gläubiger über die Anregung des Konkursverwalters auf Einstellung des Verfahrens mangels Masse (§ 204 KO), Prüfung nachträglicher Forderungsanmeldungen, Abnahme der Schlußrechnung und zur Anhörung über die Festsetzung der Gebühren und Auslagen der Mitglieder des Gläubigerausschusses Termin anberaumt auf den 15. Juli 1977, 10.00 Uhr, im Amtsgericht, Gerichtsstr. 2, Frankfurt (Main), Saal 137, Geb. B. I. Stock.

6000 Frankfurt am Main, 18. 5. 1977

Amtsgericht, Abt. 81

2420

81 N 344/64 — **Beschluß:** In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Ruppert u. Co. GmbH, Zentralheizungen — Sanitäre Anlagen, Hölderlinstr. 12, 6000 Frankfurt (Main), wird Termin zur Abnahme der Schlußrechnung und zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis auf den 5. Juli 1977, 8.50 Uhr, vor dem Amtsgericht, Gerichtsstr. 2, Frankfurt am Main, Geb. B., I. Stock, Zim. 137, anberaumt.

Für den Konkursverwalter werden festgesetzt: Vergütung 3500,— DM zuzüglich Ausgleich nach § 4 Abs. 5 Vergütungsverordnung; Auslagen 50,38 DM.

6000 Frankfurt am Main, 12. 5. 1977

Amtsgericht, Abt. 81

2421

65 N 37/76: In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Dachdeckermeisters Heinz Wagner, Industriestraße 7, 3504 Kaufungen, ist Termin zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen auf den 8. Juni 1977, 12.00 Uhr, vor dem Amtsgericht in Frankfurter Straße 9, Kassel, Zimmer 023 (Untergeschoß), bestimmt.

3500 Kassel, 9. Mai 1977

Amtsgericht, Abt. 65

2422

9 N 3/75 — **Beschluß:** In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Suba-Import-Export GmbH & Co. KG., Sodener Straße (Postfach 30), 6239 Fischbach-Taunus, vertreten durch die persönlich haftende Gesellschafterin Suba-Import-Export-Verwaltungsgesellschaft mbH, Fischbach-Taunus, wird die Vornahme der Schlußverteilung genehmigt, und der Schlußtermin auf den 30. Juni 1977, 8.00 Uhr, vor dem Amtsgericht Königstein/Taunus, Nebengebäude Georg-Pingler-Str. 18, Zimmer Nr. 10, bestimmt.

Der Termin dient zur Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen, sowie zur Prüfung etwaiger nachträglich angemeldeter Forderungen. Die Vergütung des Verwalters wird auf 14 000,— DM (zuzüglich 5,5% Ausgleich für Mehrwertsteuer), die ihm zu erstattenden Auslagen werden auf 808,52 DM festgesetzt.

6240 Königstein im Taunus, 16. 5. 1977

Amtsgericht

2423

9 N 56/76: — **Beschluß:** Das am 17. 2. 1977 über das Vermögen der Frau Gertrud

Pfaff geb. Vahlensieck in 6231 Schwalbach/Taunus, Hainstraße 7, als Alleininhaberin der Firma Gertrud Pfaff, Erdbau-Sand-Kies, 6231 Schwalbach/Taunus, (Handelsregister AG Königstein/Ts., HRA 1725) eröffnete Konkursverfahren wird mangels einer den Kosten des Verfahrens entsprechenden Masse vor Prüfung der Forderungsanmeldungen eingestellt.

Als Vergütung des Verwalters werden 2500,— DM festgesetzt, seine Auslagen werden auf 453,66 DM festgesetzt.

Der Prüfungstermin am 26. 5. 1977 wird aufgehoben.

6240 Königstein im Taunus, 16. 5. 1977

Amtsgericht

2424

7 VN 1/70 — **Beschluß:** Das Vergleichsverfahren über das Vermögen der Firma **Visual Industrie Produkte GmbH, Lampertheim** wird aufgehoben, nachdem der Vergleichsverwalter angezeigt hat, daß die Schuldnerin den im Termin vom 2. 9. 1970 angenommenen und bestätigten Vergleich erfüllt hat.

6840 Lampertheim, 10. 5. 1977

Amtsgericht

2425

3 N 54/75: Im Konkurs über das Vermögen der Firma **Dipl.-Ing. C. Ullrich GmbH, Luisenstr. 20, 6070 Langen**, vertreten durch den Geschäftsführer **Dipl.-Ing. Claus Ullrich**, ist auf den Mittwoch, 6. Juli 1977, 10.00 Uhr, im Saal 20, des Amtsgerichts Langen eine Gläubigerversammlung einberufen.

Tagesordnung: 1. Genehmigung für Aufnahme von Massekostendarlehen gem. § 134 Ziff. 2 KO.

6070 Langen, 11. 5. 1977

Amtsgericht

2426

7 VN 1/77 — **Vergleichsverfahren:** Der **Bauunternehmer Adam Mergel, Alleininhaber der im Handelsregister des Amtsgerichts Marburg unter HRA 1682 eingetragenen Firma Adam Mergel, Herstellung von Fertigbau und Montageteilen in Mauerwerk, Stahlbeton und Holz und Stahl mit dem Sitz in Ebsdorfergrund/OT Mölln**, hat durch einen am 12. Mai 1977 eingegangenen Antrag die Eröffnung des Vergleichsverfahrens zur Abwendung des Konkurses über sein Vermögen beantragt.

Gemäß § 11 der Vergleichsordnung wird bis zur Entscheidung über die Eröffnung des Vergleichsverfahrens der Rechtsanwalt **Günther Wölk, Universitätsstraße 46, Marburg/Lahn**, zum vorläufigen Verwalter bestellt.

Folgende Verfügungsbeschränkungen werden dem Schuldner auferlegt: Es wird heute um 10.00 Uhr gegen den Schuldner ein allgemeines Veräußerungsverbot erlassen. Dies gilt besonders auch für Grundstücke-Verfügungen. Diese darf der Schuldner nur mit Zustimmung des vorläufigen Verwalters vornehmen. Verbindlichkeiten darf er nur mit dessen Zustimmung eingehen.

3550 Marburg, 16. 5. 1977

Amtsgericht

2427

In dem Konkursverfahren über das Vermögen der **Fa. MeDa Lederwarenhandels-gesellschaft mbH, Klein-Welzheim**, soll die Schlußverteilung erfolgen. Der verfügbare Massebestand beträgt 12 577,— DM. Wozu die aufgelaufenen Zinsen treten. Dagegen gehen ab: Das Honorar und die Auslagen

des Konkursverwalters sowie die noch nicht erhobenen Gerichtskosten.

Zu berücksichtigen sind DM 18 706,70 bevorrechtigte und DM 106 564,52 nicht bevorrechtigte Forderungen.

Das Schlußverzeichnis liegt zur Einsicht für die Beteiligten auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Seligenstadt auf.

6054 Rodgau, 17. 5. 1977

Der Konkursverwalter:

K. Siebicke

Rechtsbeistand

2428

62 N 49/77 — **Beschluß:** Über das Vermögen des **Elektromeisters Egon Gustav Schmidt, Poststraße 19, bzw. Wendelstr. 2, 6200 Wiesbaden-Bierstadt**, wird heute, am 17. Mai 1977 um 14.00 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Dr. Klaus Dieter Krause, Gerichtsstraße 3, 6200 Wiesbaden.

Konkursforderungen sind bis zum 5. Juli 1977 beim Gericht in doppelter Ausfertigung anzumelden.

Termin zur Beschlußfassung über Beibehaltung des ernannten oder Wahl eines neuen Verwalters, Wahl eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in §§ 132, 134 und 137 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände und Prüfung angemeldeter Forderungen am 13. Juli 1977, 10.30 Uhr, vor dem Amtsgericht in Gerichtsstr. 2, Wiesbaden, II. Stockwerk, Zimmer 243.

Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache besitzt oder zur Konkursmasse etwas schuldet, darf nichts an den Schuldner verabfolgen oder leisten und muß den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung verlangt, dem Verwalter bis zum 5. Juli 1977 anzeigen.

6200 Wiesbaden, 14. 5. 1977

Amtsgericht

2429

62 N 1/77 — **Beschluß:** Das am 9. Februar 1977 über das Vermögen der **Kommanditgesellschaft in Firma H. P. Steinbuch Gesellschaft mit beschränkter Haftung & Co., Hausbau Schneeren, Lanzstr. 39, 6200 Wiesbaden**, eröffnete Konkursverfahren wird mangels einer den Kosten des Verfahrens entsprechenden Masse eingestellt (§ 204 KO).

6200 Wiesbaden, 12. 5. 1977

Amtsgericht

2430

62 N 1/76 — **Beschluß:** In dem Konkursverfahren über das Vermögen des **Zahnarztes Werner Braun, Friedensanlage 5, 6200 Wiesbaden-Biebrich**, wird die Vornahme der Schlußverteilung genehmigt und Schlußtermin auf den 6. Juli 1977, 14.00 Uhr, Zimmer 243, vor dem Amtsgericht Wiesbaden bestimmt.

Der Termin dient zur Abnahme der Schlußrechnung, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen, zur Anhörung der Gläubiger zur Erstattung der Auslagen und Festsetzung einer Vergütung an die Mitglieder des Gläubigerausschusses, sowie zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen. Die Vergütung des Konkursverwalters wird auf DM 9200,— (neuntausendzweihundert) die zu erstattenden Auslagen werden auf DM 150,— festgesetzt.

6200 Wiesbaden, 12. 5. 1977

Amtsgericht

Zwangsvolle Versteigerungen

Sammelbekanntmachung: Ist ein Recht im Grundbuch nicht oder erst nach dem Versteigerungsvermerk eingetragen, muß der Berechtigte es anmelden, bevor das Gericht im Versteigerungstermin zum Bieten auffordert und auch glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Sonst wird das Recht im geringsten Gebot nicht berücksichtigt und erst nach dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten befriedigt.

Die Gläubiger werden aufgefordert, sobald spätestens zwei Wochen vor dem Termin, eine Berechnung der Ansprüche — getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten — einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann dies auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle erklären.

Wer berechtigt ist, die Versteigerung des Grundstücks oder seines Zubehörs (§ 55 ZVG) zu verhindern, kann das Verfahren aufheben oder einstweilen einstellen lassen, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Versäumt er dies, tritt für ihn der Versteigerungserlös an Stelle des Grundstücks oder seines Zubehörs.

2431

K 38/76: Das im Grundbuch von **Nieder-Ohmen, Band 29, Blatt 1341**, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 33, Gemarkung **Nieder-Ohmen, Flur 38, Flurstück 64, Bauplatz, Siedlungsstraße, Größe 8,70 Ar,**

soll am 20. Juli 1977, 9.30 Uhr, im Gerichtsgebäude, **Amthof Nr. 12, Alsfeld, Zimmer Nr. 5**, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingelegener Eigentümer am 10. Januar 1977 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Bauunternehmer Dipl.-Ing. Ernst Ruckelshausen, Mücke-Nieder-Ohmen.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 13 000,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

6320 Alsfeld, 12. 5. 1977

Amtsgericht

2432

6a K 77/76 — **Beschluß:** Das im Grundbuch von **Oberursel, Band 159, Blatt 4326**, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung **Oberursel, Flur Nr. 29, Flurstück 1352 2, Hof- und Gebäudefläche, Füllerstraße 2, Größe 8,36 Ar,**

soll am 21. Juli 1977, um 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, **Auf der Steinkaut 10—12, 6380 Bad Homburg v. d. H., Saal 2 (I. Obergeschoß)**, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 26. November 1976 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Hanna Weiß, geborene Hertrich, Füllerstraße 2, 6370 Oberursel/Ts.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 240 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

6380 Bad Homburg v. d. Höhe, 10. 5. 1977

Amtsgericht

2433

8 K 81/76: Das im Wohnungs-Grundbuch von **Okarben, Band 37, Blatt 1437**, eingetragene Wohnungseigentum

Ifd. Nr. 1, 293 040/10 000 000 (zweihundertdreifundneunzigtausendvierzig zehnmillionstel) Miteigentumsanteil an dem Grundstück, Gemarkung Okarben, Flur 2, Flurstück 92/41, Hof- und Gebäudefläche, Am tiefen Born 1, Größe 14,25 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der im Aufteilungsplan mit Nr. 22 bezeichneten Wohnung 5. Obergeschoß Mitte links.

Das Miteigentum ist durch die Einräumung der zu den anderen Miteigentumsanteilen (eingetragen in Blatt 1416 bis 1436 1438 bis 1443) gehörenden Sondereigentumsrechte beschränkt. Der Wohnungseigentümer bedarf zur Veräußerung der Zustimmung des Verwalters, jedoch nicht für den Fall der Veräußerung an den Ehegatten, Verwandte gerader Linie, Verwandte zweiten Grades in der Seitenlinie, der Veräußerung im Wege der Zwangsversteigerung oder durch den Konkursverwalter, sowie den Erwerb oder die Weiterveräußerung durch Grundpfandgläubiger. Im übrigen wird wegen des Gegenstandes und Inhalts des Sondereigentums auf die Bewilligung vom 14. Oktober 1971 Bezug genommen. Eingetragen am 18. Oktober 1971.

soll am 14. Juli 1977, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Frankfurter Str. 132, Bad Vilbel, Zimmer 1, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 23. Juli 1976 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Fa. Patina AG., CH-1008 Rrilly.

Der Wert des Wohnungseigentums ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 71 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

6368 Bad Vilbel, 20. 5. 1977 **Amtsgericht**

2434

8 K 80/76: Das im Wohnungs-Grundbuch von Okarben, Band 37, Blatt 1434, eingetragene Wohnungseigentum

Ifd. Nr. 1, 474 237/10 000 000 (vierhundertvierundsiebzigtausendzweihundertsiebenunddreißig zehnmillionstel) Miteigentumsanteil an dem Grundstück Gemarkung Okarben, Flur 2, Flurstück 92/41, Hof- und Gebäudefläche, Am tiefen Born 1, Größe 14,25 Ar, verbunden mit dem Sondereigentum an der im Aufteilungsplan mit Nr. 19 bezeichneten Wohnung 4. Obergeschoß Mitte rechts.

— Das Miteigentum ist durch die Einräumung der zu den anderen Miteigentumsanteilen (eingetragen in Blatt 1416—1433, 1435—1443) gehörenden Sondereigentumsrechte beschränkt. Der Wohnungseigentümer bedarf zur Veräußerung der Zustimmung des Verwalters, jedoch nicht für den Fall der Veräußerung an den Ehegatten, Verwandte gerader Linie, Verwandte zweiten Grades in der Seitenlinie, der Veräußerung im Wege der Zwangsversteigerung oder durch den Konkursverwalter, sowie den Erwerb oder die Weiterveräußerung durch Grundpfandgläubiger. Im übrigen wird wegen des Gegenstandes und Inhalts des Sondereigentums auf die Bewilligung vom 14. Oktober 1971 Bezug genommen. Eingetragen am 18. Oktober 1971.

soll am 14. Juli 1977, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Frankfurter Str. 132, Bad Vilbel, Zimmer 1, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 23. Juli 1976 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Fa. Patina AG., CH-1008 Rrilly.

Der Wert des Wohnungseigentums ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 114 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

6368 Bad Vilbel, 20. 5. 1977 **Amtsgericht**

2435

8 K 79/76: Das im Wohnungsgrundbuch von Okarben, Band 37, Blatt 1430, eingetragene Wohnungseigentum,

474 237/10 000 000 (vierhundertvierundsiebzigtausendzweihundertsiebenunddreißig zehnmillionstel) Miteigentumsanteil an dem Grundstück,

Ifd. Nr. 1, Gemarkung Okarben, Flur 2, Flurstück 92/41, Hof- und Gebäudefläche, Am tiefen Born 1, Größe 14,25 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der im Aufteilungsplan mit Nr. 15 bezeichneten Wohnung 3. Obergeschoß Mitte rechts.

— Das Miteigentum ist durch die Einräumung der zu den anderen Miteigentumsanteilen (eingetragen in Blatt 1416 bis 1429, 1431 bis 1443) gehörenden Sondereigentumsrechte beschränkt. Der Wohnungseigentümer bedarf zur Veräußerung der Zustimmung des Verwalters, jedoch nicht für den Fall der Veräußerung an den Ehegatten, Verwandte gerader Linie, Verwandte zweiten Grades in der Seitenlinie, der Veräußerung im Wege der Zwangsversteigerung oder durch den Konkursverwalter sowie den Erwerb oder die Weiterveräußerung durch Grundpfandgläubiger. Im übrigen wird wegen des Gegenstandes und Inhalts des Sondereigentums auf die Bewilligung vom 14. Oktober 1971 Bezug genommen. Eingetragen am 18. Oktober 1971.

soll am 14. Juli 1977, um 8.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Frankfurter Straße 132, 6368 Bad Vilbel, Zimmer 1, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 23. Juli 1976 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Fa. Patina AG., CH-1008 Rrilly.

Der Wert des Wohnungseigentums ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 114 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

6368 Bad Vilbel, 18. 1. 1977 **Amtsgericht**

2436

8 K 78/76: Das im Wohnungsgrundbuch von Okarben, Band 37, Blatt 1426, eingetragene Wohnungseigentum

474 237/10 000 000 (vierhundertvierundsiebzigtausendzweihundertsiebenunddreißig zehnmillionstel) Miteigentumsanteil an dem Grundstück,

Ifd. Nr. 1, Gemarkung Okarben, Flur 2, Flurstück 92/41, Hof- und Gebäudefläche, Am tiefen Born 1, Größe 14,25 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der im Aufteilungsplan mit Nr. 11 bezeichneten Wohnung, 2. Obergeschoß Mitte rechts.

— Das Miteigentum ist durch die Einräumung der zu den anderen Miteigentumsanteilen (eingetragen in Blatt 1416 bis 1425, 1427 bis 1443) gehörenden Sondereigentumsrechte beschränkt. Der Wohnungseigentümer bedarf zur Veräußerung der Zustimmung des Verwalters, jedoch nicht für den Fall der Veräußerung an den Ehegatten, Verwandte gerader Linie, Verwandte zweiten Grades in der Seitenlinie, der Veräußerung im Wege der Zwangsversteigerung oder durch den Konkurs-

verwalter sowie den Erwerb oder die Weiterveräußerung durch Grundpfandgläubiger. Im übrigen wird wegen des Gegenstandes und Inhalts des Sondereigentums auf die Bewilligung vom 14. Oktober 1971 Bezug genommen. Eingetragen am 18. Oktober 1971.

soll am 14. Juli 1977, um 8.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Frankfurter Straße 132, 6368 Bad Vilbel, Zimmer 1, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 23. Juli 1976 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Fa. Patina AG., CH-1008 Rrilly.

Der Wert des Wohnungseigentums ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 114 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

6368 Bad Vilbel, 17. 5. 1977 **Amtsgericht**

2437

8 K 212/76: Das im Wohnungsgrundbuch von Okarben, Band 37, Blatt 1435, eingetragene Wohnungseigentum

381 880/10 000 000 (dreihunderteinundachtzigtausendachtundachtzig zehnmillionstel) Miteigentumsanteil an dem Grundstück,

Ifd. Nr. 1, Gemarkung Okarben, Flur 2, Flurstück 92/41, Hof- und Gebäudefläche, Am tiefen Born 1, Größe 14,25 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der im Aufteilungsplan mit Nr. 20 bezeichneten Wohnung 4, Obergeschoß rechts.

— Das Miteigentum ist durch die Einräumung der zu den anderen Miteigentumsanteilen (eingetragen in Blatt 1416 bis 1434, 1436 bis 1443) gehörenden Sondereigentumsrechte beschränkt. Der Wohnungseigentümer bedarf zur Veräußerung der Zustimmung des Verwalters, jedoch nicht für den Fall der Veräußerung an den Ehegatten, Verwandte gerader Linie, Verwandte zweiten Grades in der Seitenlinie, der Veräußerung im Wege der Zwangsversteigerung oder durch den Konkursverwalter sowie den Erwerb oder die Weiterveräußerung durch Grundpfandgläubiger. Im übrigen wird wegen des Gegenstandes und Inhalts des Sondereigentums auf die Bewilligung vom 14. Oktober 1971 Bezug genommen. Eingetragen am 18. Oktober 1971.

EW.: 23 000,— DM.

soll am 21. Juli 1977, um 8.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Frankfurter Straße 132, 6368 Bad Vilbel, Zimmer 1, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 7. Dezember 1976 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Paula Edith Egner, geb. Rettig, Engelsgasse 27/1, 6360 Friedberg/Hess.

Der Wert des Wohnungseigentums ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 100 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

6368 Bad Vilbel, 18. 3. 1977 **Amtsgericht**

2438

4 K 39/77: I. Die ideelle Hälfte der im Grundbuch von Großhausen, Band 12, Blatt 797, eingetragenen, in der Gemarkung Großhausen belegenen Grundstücke,

Ifd. Nr. 1, Flur 11, Flurstück 9, Ackerland, An der Jägersburger Straße, Größe 46,70 Ar,

Ifd. Nr. 2, Flur 1, Flurstück 197, Hof- und Gebäudefläche, Hauptstraße 70, Größe 6,05 Ar,

lfd. Nr. 4, Flur 4, Flurstück 32, Ackerland, Die Hansmannsacker, Größe 51,53 Ar,
lfd. Nr. 5, Flur 1, Flurstück 340, Ackerland, Die halben Neuröder, Größe 21,97 Ar,

lfd. Nr. 7, Flur 3, Flurstück 70, Ackerland, Im Großbusch, Größe 47,52 Ar,

lfd. Nr. 14, Flur 5, Flurstück 34/1, Ackerland, Die Bachacker, Größe 103,23 Ar,

lfd. Nr. 16, Flur 4, Flurstück 137/1, Ackerland und Wasserfläche (Graben), Die Schultheißenacker, Größe 58,86 Ar,

lfd. Nr. 21, Flur 1, Flurstück 198/1, Gartenland (Obstbaumstück), zu Hauptstraße Nr. 70, Größe 11,53 Ar,

II. Der $\frac{1}{4}$ Miteigentumsanteil des im Grundbuch von Großhausen, Band 13, Blatt 837, eingetragenen, in der Gemarkung Großhausen belegenen Grundstücks,

lfd. Nr. 1, Flur 6, Flurstück 13, Ackerland, Die Ganslöser, Größe 57,16 Ar,

III. die ideale Hälfte des im Grundbuch von Lorsch, Band 32, Blatt 2207, eingetragenen, in der Gemarkung Lorsch belegenen Grundstücks,

lfd. Nr. 2, Flur 19, Flurstück 60/1, Grünland, Die Entenfangwiesen, Größe 48,60 Ar,

sollen am 26. Oktober 1977, um 8.30 Uhr, im Gerichtsgebäude, Wilhelmstraße 26, 6140 Bensheim, Zimmer 203, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 6. Mai 1977 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Ruth Föbel, geb. Stür, Einhausen.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6140 Bensheim, 9. 5. 1977 **Amtsgericht**

2439

61 K 93/76: Das im Grundbuch von Bickenbach, Band 34, Blatt 1722, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 2, Gemarkung Bickenbach, Flur 5 Flurstück 105/3, Hof- und Gebäudefläche, Im Hasengrund 12, Größe 1,68 Ar,

soll am 20. Juli 1977, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Mathildenplatz 12, Darmstadt, Saal 418, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 25. 3. 76 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Ruth Förster geb. Frische in Bickenbach.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6100 Darmstadt, 2. 3. 1977 **Amtsgericht, Abt. 61**

2440

61 K 5/75: Das im Grundbuch von Klein-Bieberau, Band 10, Blatt 329, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Klein-Bieberau, Flur 1, Flurstück 102, Hof- und Gebäudefläche, Weberner Straße 3, Größe 0,75 Ar,

soll am 20. Juli 1977, 10.30 Uhr, im Gerichtsgebäude, Mathildenplatz 12, Darmstadt, Saal 418, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 19. 8. 1974 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Peter Hechler, Landwirt und Schreinermeister in Klein-Bieberau,

b) dessen Ehefrau Katharine geborene Schuchmann, daselbst, zu je $\frac{1}{2}$.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6100 Darmstadt, 2. 5. 1977 **Amtsgericht, Abt. 61**

2441

61 K 32/76: Das im Grundbuch von Bickenbach, Band 40, Blatt 1900, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 3, Gemarkung Bickenbach, Flur Nr. 7, Flurstück 3/1, Hof- und Gebäudefläche, Zwingenberger Straße 9 (B 3), Größe 7,82 Ar,

soll am 27. Juli 1977, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Mathildenplatz 12, 6100 Darmstadt, Saal 428, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 26. 3. 1976 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Maschinenschlosser Willi Wiegand, Bickenbach.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6100 Darmstadt, 2. 3. 1977 **Amtsgericht, Abt. 61**

2442

84 K 227/76 — Zwangsversteigerung: Das im Grundbuch von Frankfurt (Main), Bezirk 14, Band 9, Blatt 347, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung 1, Flur 171, Flurstück 1, Hof- und Gebäudefläche, Obermainstraße 15, Größe 3,76 Ar,

soll am Freitag, dem 5. August 1977, 13.00 Uhr, im Gerichtsgebäude B, Gerichtsstraße 2, Frankfurt (Main), Zimmer 160, 1. Stock, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 14. 12. 1976 (Versteigerungsvermerk):

Herr Andreas Helmut Georg Kessler in Klein-Krotzenburg.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 583 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6000 Frankfurt am Main, 11. 5. 1977 **Amtsgericht, Abt. 84**

2443

K 68/74: Die im Grundbuch von Kloppenheim, Band 15, Blatt 669, eingetragenen Grundstücke

lfd. Nr. 5, Gemarkung Kloppenheim, Flur 7, Flurstück 74, Ackerland, Die Steinrutsch, Größe 3,75 Ar,

und im Grundbuch von Kloppenheim, Band 15, Blatt 681, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 2, Gemarkung Kloppenheim, Flur 7, Flurstück 76/6, Hof- und Gebäudefläche, Bahnhofstraße 202, Größe 0,16 Ar,

Flur 7, Flurstück 77/1, Hof- und Gebäudefläche, daselbst, Größe 19,36 Ar,

sollen am Freitag, 22. Juli 1977, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Homburger Straße 18, Friedberg (H), Zimmer Nr. 32, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 13. 11. 74/20. 3. 1975 (Tage der Versteigerungsvermerks):

Firma Wagner u. Sohn KG., Södel.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf:

Grundstück Flur 7 Nr. 74 = 16 875,— DM.

Grundstück Flur 7 Nr. 76/6, Flur 7 Nr. 77/1 = 29 300,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6360 Friedberg (Hessen), 27. 4. 1977 **Amtsgericht**

2444

K 83/76 — Beschluß: Die im Grundbuch von Neuenschmidten, Band 20, Blatt 546, eingetragene Grundstückshälfte,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Neuenschmidten, Flur 1, Flurstück 164, Ackerland, Am Döngeshof, Größe 125,30 Ar,

soll am Freitag, dem 15. Juli 1977, um 10.30 Uhr, im Gerichtsgebäude, Philipp-Reis-Straße 9, 6460 Gelnhausen, Zimmer Nr. 11, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 15. Oktober 1976 bezüglich der Grundstückshälfte (Tag des Versteigerungsvermerks):

Landwirt Heinrich Lohrey, Birsteiner Straße 16, Brachtal 3.

Der Wert der Grundstückshälfte ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 6256,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6460 Gelnhausen, 17. 5. 1977 **Amtsgericht**

2445

42 K 54/77: Zwecks Aufhebung der Gemeinschaft sollen die im Grundbuch von Büdesheim, Band 41, Blatt 1749, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Büdesheim, Flur Nr. 12, Flurstück 115, Hof- u. Gebäudefläche, Vilbeler Str. 1, Größe 7,57 Ar,

lfd. Nr. 2, Büdesheim, Flur 12, Flurstück 123, Gartenland, daselbst, Größe 2,77 Ar,

lfd. Nr. 3, Büdesheim, Flur 12, Flurstück 124/1, Gartenland, daselbst, Größe 2,07 Ar,

am 14. 7. 1977, 13.30 Uhr, im Gerichtsgebäude B, Nussallee 17, Hanau 1, Zimmer 161 B, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 28. 4. 1977 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Karoline, Katharina Schmidt geb. Stein † 6. 5. 74 Erben: Emmy Acker geb. Brück in Quierschied und Heidi Morlock, geb. Brück in Heusweiler 2,

b) Ludwig Cost II in Petterweil, in Erbengemeinschaft.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6450 Hanau, 13. 5. 1977 **Amtsgericht, Abt. 62**

2446

64 K 163/75: Das im Grundbuch von Kassel, Band 381, Blatt 9578, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 6, Gemarkung Kassel, Flur M 1, Flurstück 24/4, Lieg.-B. 7414, Hof- und Gebäudefläche, Ysenburgstraße 58 und 60, Größe 10,95 Ar,

soll am 20. Juli 1977, um 10.00 Uhr, im Amtsgerichtsgebäude, Frankfurter Str. 9, 3500 Kassel, Zimmer 023 (Untergeschoß), durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 5. 9. 1975 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Bau-Treuhand-Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Frankfurt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

3500 Kassel, 9. 3. 1977 **Amtsgericht, Abt. 64**

2447

3 K 83/76: Die auf den Namen des Karl-Heinz Claudy im Grundbuch von Nauborn, Band 69, Blatt 2315, eingetragene Hälfte an dem Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Nauborn, Flur 11, Flurstück 88/8, Hof- und Gebäudefläche, Langenbergstr. 49, Größe 6,82 Ar,

soll am 24. Aug. 1977, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Wertherstr. 2, 6330 Wetzlar, Zimmer 32, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 15. 9. 1976 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Eheleute Karl-Heinz Claudy und Irmgard, geb. Erdmann, Nauborn zu je 1/2.

Beschluß: Der Wert des ganzen Grundstücks wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf Grund der Schätzung des Architekten Weber, Altenkirchen, vom 9. 3. 1977 gegenüber allen Beteiligten auf 103 000 Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6330 Lahn-Wetzlar, 5. 5. 1977 Amtsgericht

2448

3 K 26/76: Das im Grundbuch von Sprendlingen, Band 160, Blatt 7431, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Sprendlingen, Flur 1, Flurstück 693, Hof- und Gebäudefläche, Dreieichstraße 35, Größe 6,32 Ar, soll am 7. Oktober 1977, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Darmstädter Str. 27, 6070 Langen, Zimmer 20, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerinnen am 3. August 1976 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Katharina Röder, geb. Schäfer, Sprendlingen,

Elisabeth Berta Rau, geb. Schäfer, Langen,

— in Erbengemeinschaft —

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6070 Langen, 17. 5. 1977 Amtsgericht

2449

K 3/76: Das im Grundbuch von Klein-Krotzenburg, Band 51, Blatt 2656, eingetragene Grundstück der Gemarkung Klein-Krotzenburg,

lfd. Nr. 1, Flur 12, Flurstück 70, Gartenland, Kappesgärten, Größe 4,56 Ar,

soll am Montag, d. 11. Juli 1977, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Giselastr. 1, Seligenstadt, Zimmer 1, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 23. 1. 1976 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Pflastermeister Ludwig Nikolaus Bayer in Klein-Krotzenburg.

Der Wert des Grundstücks ist gem. § 74a Abs. 5 ZVG auf 9120,— DM festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6453 Seligenstadt, 12. 5. 1977 Amtsgericht

2450

K 54/76 (K 30/76): Das im Grundbuch von Weiskirchen, Band 58, Blatt 2262, eingetragene Grundstück der Gemarkung Weiskirchen

lfd. Nr. 1, Flur 4, Flurstück 372/2, Hof- u. Gebäudefläche, Rostocker Str. 15, Größe 3,19 Ar,

soll am Montag, dem 18. Juli 1977, 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Giselastraße 1, Seligenstadt, Zimmer 1, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 6. 8./29. 12. 1976 (Tage der Eintragung der Versteigerungsvermerke):

Hans Axel Niesen und Karin Niesen geb. Hansmeier, jetzt wohnhaft in Dortmund-Holz, je zur ideellen Hälfte.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6453 Seligenstadt, 11. 5. 1977 Amtsgericht

2451

K 120/77: Das im Grundbuch von Klein-Welzheim, Band 48, Blatt 1988, eingetragene Grundstück der Gemarkung Klein-Welzheim,

lfd. Nr. 1, Flur 1, Flurstück 374/2, Hof- u. Gebäudefläche, Hauptstr. 127, Größe 32,37 Ar,

soll am Montag, d. 25. Juli 1977, 14.00 Uhr im Gerichtsgebäude, Giselastr. 1, Seligenstadt, Zimmer 1, auf Antrag des Konkursverwalters versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 23. 3. 1977 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Rainer Winter, geb. am 17. 9. 1959, Klein-Welzheim.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6453 Seligenstadt, 12. 5. 1977 Amtsgericht

2452

K 23/76: Das im Grundbuch von Dudenhofen, Band 79, Blatt 3235, eingetragene Grundstück der Gemarkung Dudenhofen, lfd. Nr. 1, Flur 2, Flurstück 412/2, Hof- und Gebäudefläche, Am Rückersgraben 19, Größe 28,55 Ar,

soll am Montag, dem 18. Juli 1977, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Giselastr. 1, 6453 Seligenstadt, Zimmer 1, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 19. 5. 1976 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Kaufmann Werner Peter Barzen, Frankfurt/M.

Der Wert des Grundstücks ist gem. § 74a Abs. 5 ZVG auf 580 000,— DM festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6453 Seligenstadt, 12. 5. 1977 Amtsgericht

2453

2 K 65/76 — **Beschluß:** Das im Erbbaugrundbuch von Merzhausen, Band 18, Blatt 610, eingetragene Erbbaurecht,

lfd. Nr. 1, Erbbaurecht, eingetragen auf dem im Grundbuch von Merzhausen, Band 20, Blatt 655, unter Nr. 177 des Bestandsverzeichnisses verzeichneten Grundstück,

Gemarkung Merzhausen, Flur 6, Flurstück 119, Bauplatz Schießhütte, Größe 7,56 Ar,

in Abteilung II, Nr. 83, für die Dauer von 99 Jahren seit 1. Januar 1969.

Der Erbbauberechtigte bedarf zur Veräußerung sowie zur Belastung des Erbbaurechts der Zustimmung des Grundstückseigentümers.

Als Eigentümer des belasteten Grundstücks ist die Evangelische Kirchengemeinde in Merzhausen/Ts. eingetragen; soll am Donnerstag, dem 1. September 1977, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Weilburger Straße 2, 6390 Usingen/Ts., Zimmer 16, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Erbbauberechtigter am 3. Januar 1977 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Betriebsberater Herbert Schamann in Niedernhausen/Ts.

Der Wert des Erbbaurechts wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf: 345 824,— Deutsche Mark.

Nach der vorliegenden Schätzung des Ortsgerichts Usingen ist auf dem Grundstück bereits ein zweigeschossiges Wohnhaus errichtet.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6390 Usingen, 10. 5. 1977 Amtsgericht

2454

2 K 17/76 — **Beschluß:** Das im Grundbuch von Schmitt, Band 24, Blatt 785, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Schmitt, Flur Nr. 14, Flurstück 48, Hof- und Gebäudefläche, Forsthausstraße 10, Größe 4,41 Ar, soll am Donnerstag, dem 1. September 1977, um 10.30 Uhr, im Gerichtsgebäude, Weilburger Straße 2, 6390 Usingen/Ts., Zimmer 16, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 27. Januar 1976 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Kaufmann Harald Engelmann, jetzt in Oberursel-Stierstadt.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf: 99 710,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6390 Usingen, 12. 5. 1977 Amtsgericht

2455

61 K 111/76 — **Beschluß:** Die im Grundbuch von Wiesbaden-Außen, Blatt 8958, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 1, Flur 50, Flurstück 73/7, Betriebsgelände, Weidenbornweg 8, Größe 20,59 Ar,

lfd. Nr. 2, Flur 50, Flurstück 187/5, dto., Größe 0,31 Ar,

sollen am 12. Juli 1977, um 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Gerichtsstraße 2, Zimmer Nr. 243, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eigentümerin: Bauunternehmung Jakob Wiederspahn KG in Wiesbaden.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 1 257 000,— DM und 3 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6200 Wiesbaden, 13. 5. 1977 Amtsgericht

2456

61 K 150/76 — **Beschluß:** Das im Grundbuch von Wiesbaden-Außen, Blatt 8818, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Flur 145, Flurstück 36, Hof- und Gebäudefläche, Ruhbergstraße 15, Größe 4,22 Ar,

soll am 13. Juli 1977, um 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Gerichtsstraße 2, 6200 Wiesbaden, Zimmer 243, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eigentümer: Frieda Freund, Dr. Fritz Zollinger, Maria Herbst, Christa Zollinger, Karl-Friedrich Schröder, Corona Garn-Pottel — in Erbengemeinschaft —

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6200 Wiesbaden, 17. 5. 1977 Amtsgericht

Andere Behörden und Körperschaften

Haushaltssatzung der Regionalen Planungsgemeinschaft Rhein-Main-Taunus für das Haushaltsjahr 1977

Auf Grund des § 13 der Satzung der Regionalen Planungsgemeinschaft Rhein-Main-Taunus in Verbindung mit den §§ 94 ff. der Hessischen Gemeindeordnung in der Fassung vom 1. Juli 1960 (GVBl. S. 103, 164), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. Mai 1973 (GVBl. I S. 161) hat die Verbandsversammlung am 5. Mai 1977 folgende Haushaltssatzung beschlossen:

I.

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 1977 wird im Verwaltungshaushalt

in der Einnahme auf 1 008 850,— DM
in der Ausgabe auf 1 008 850,— DM

im Vermögenshaushalt

in der Einnahme auf 76 740,— DM
in der Ausgabe auf 76 740,— DM

festgesetzt.

§ 2

Kredite werden nicht veranschlagt.

§ 3

Verpflichtungsermächtigungen werden nicht veranschlagt.

§ 4

Der Höchstbetrag der Kassenkredite, die im Haushaltsjahr zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 200 000,— DM festgesetzt.

§ 5

Die Verbandsumlage wird auf 684 310,— DM festgesetzt.

Die auf die einzelnen Verbandsmitglieder entfallenden Umlageanteile werden gemäß § 13 der Satzung der Regionalen Planungsgemeinschaft Rhein-Main-Taunus erhoben.

§ 6

Es gilt der von der Verbandsversammlung am 5. Mai 1977 beschlossene Stellenplan.

II.

Die Haushaltssatzung enthält keine genehmigungspflichtigen Teile.

III.

Der Haushaltsplan liegt gemäß § 97 Abs. 5 HGO vom 31. Mai bis 7. Juni 1977 an den Werktagen — außer Samstag — von 8.00 bis 12.30 Uhr in der Geschäftsstelle der Regionalen Planungsgemeinschaft Rhein-Main-Taunus, Abraham-Lincoln-Str. 28, 5. OG., 6200 Wiesbaden, öffentlich aus.

6200 Wiesbaden, 6. 5. 1977

**Regionale Planungsgemeinschaft
Rhein-Main-Taunus**

Der Vorstandsvorsitzende:

gez. Schmitt
Oberbürgermeister
Vorsitzender

gez. Dinsc
Landrat
Stellv. Vorsitzender

HESSISCHE LANDESENTWICKLUNGS- und TREUHANDGESELLSCHAFT MBH, 6200 Wiesbaden

AKTIVA

Jahresbilanz zum 31. Dezember 1976

PASSIVA

	DM	DM		DM	DM
Kassenbestand		1 741,68	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		
Guthaben bei der Deutschen Bundesbank		99 854,82	a) täglich fällig	1 375,96	
Postscheckguthaben		12 788,44	b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von vier Jahren oder länger	<u>11 862 452,93</u>	11 863 828,99
Forderungen an Kreditinstitute			darunter:		
a) täglich fällig	1 309 393,79		vor Ablauf von vier Jahren		
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von			fällig	DM 878 281,45	
ba) weniger als drei Monaten	905 614,58		Täglich fällige Verbindlichkeiten aus dem Bankgeschäft gegenüber anderen Gläubigern		3 286 071,10
bb) mindestens drei Monaten, aber weniger als vier Jahren	2 250 204,17		Durchlaufende Kredite (nur Treuhandgeschäfte)		<u>33 201 848,01</u>
bc) vier Jahren oder länger	<u>7 855 293,—</u>	12 320 505,54	Rückstellungen		
Anleihen und Schuldverschreibungen mit einer Laufzeit von mehr als vier Jahren			a) Pensionsrückstellungen	581 278,—	
a) des Bundes und der Länder	338 288,70		b) andere Rückstellungen	<u>92 717,30</u>	673 995,36
b) von Kreditinstituten	<u>3 334 574,97</u>	3 672 863,67	Sonstige Verbindlichkeiten		232 918,82
darunter:			Stammkapital		12 000 000,—
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank			Offene andere Rücklagen		3 300 000,—
DM 3 672 863,67			Bilanzgewinn		<u>890 045,92</u>
Forderungen an Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von					
a) weniger als vier Jahren	8 087,—				
b) vier Jahren oder länger	<u>134 325,—</u>	142 412,—			
Durchlaufende Kredite (nur Treuhandgeschäfte)		33 201 848,01			
Beteiligungen		94 502,—			
darunter:					
an Kreditinstituten	DM 2,—				
Grundstücke und Gebäude		14 384 665,—			
Betriebs- und Geschäftsausstattung		1 102 996,—			
Sonstige Vermögensgegenstände		414 425,07			
Rechnungsabgrenzungsposten		105,—			
Summe der Aktiven		<u>65 448 707,23</u>	Summe der Passiven		<u>65 448 707,23</u>
In den Aktiven und in den Rückgriffsforderungen aus den unter der Passivseite vermerkten Verbindlichkeiten sind enthalten:			Verbindlichkeiten aus Bürgschaften		10 400,—
a) Forderungen an verbundene Unternehmen		224 992,12	In den Passiven sind an Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen enthalten		<u>26 531,36</u>
b) Forderungen aus unter § 15 Abs. 1 Nr. 1 bis 6, Abs. 2 des Gesetzes über das Kreditwesen fallenden Krediten		39 854,64			
Verwaltete Kredite		695 661,49			
Verwaltete Bürgschaften		1 338 317 254,62			

HESSISCHE LANDESENTWICKLUNGS- und TREUHANDGESELLSCHAFT MBH, 6200 Wiesbaden

AUFWENDUNGEN Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1976 **ERTRÄGE**

	DM	DM		DM
Zinsen und zinsähnliche Aufwendungen		672 452,93	Zinsen und zinsähnliche Erträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften	852 151,08
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft		43 785,—	Laufende Erträge aus festverzinslichen Wertpapieren	284 986,25
Gehälter und Löhne		3 815 213,87	Provisionen und andere Erträge aus Dienstleistungsgeschäften	15 771,20
Soziale Abgaben		599 333,97	Anderer Erträge einschließlich der Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft	1 476 613,01
Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung		71 336,27	Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen, soweit sie nicht unter „Andere Erträge“ auszuweisen sind	8 075,68
Sachaufwand für das Bankgeschäft		1 141 159,59	Vergütung des Landes Hessen	4 594 590,—
Abschreibungen auf Grundstücke und Gebäude sowie auf Betriebs- und Geschäftsausstattung		443 136,92		
Abschreibungen und Beteiligungen		75 000,—		
Steuern				
a) vom Einkommen, vom Ertrag und vom Vermögen	87 602,57			
b) sonstige	1 286,30	88 888,87		
Sonstige Aufwendungen		44 359,97		
Jahresüberschuß		37 519,83		
Summe der Aufwendungen		7 032 187,22	Summe der Erträge	7 032 187,22

Jahresüberschuß	37 519,83
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	852 526,09
Bilanzgewinn	890 045,92

Die Buchführung, der Jahresabschluß und der Geschäftsbericht entsprechen nach unserer pflichtmäßigen Prüfung Gesetz und Gesellschaftsvertrag.

Frankfurt am Main, den 7. April 1977

TREUARBEIT
 Aktiengesellschaft
 Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
 Steuerberatungsgesellschaft
 Wirtschaftsprüfer Dr. Meyer Wirtschaftsprüfer Tröller

Wiesbaden, den 30. März 1977

**HESSISCHE LANDESENTWICKLUNGS-
 UND TREUHANDGESELLSCHAFT MBH**
 gez. Z a h n

Öffentliche Ausschreibungen

Schotten: Die Bauleistungen für den Neubau der Hundbachbrücke bei Grebenhain — Volkartshain im Zuge der L 3010 sollen vergeben werden.

Leistungen u. a.:

- ca. 150 cbm Baugrubenaushub
- ca. 200 cbm Beton- und Stahlbeton
- ca. 15 t Betonstahl
- ca. 220 qm Sohl- und Böschungspflaster
- ca. 35 m Leichtmetallstabgeländer

Bauzeit: 140 Werktage.

Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Die Ausschreibungsunterlagen sind bis spätestens 3. 6. 1977 anzufordern. Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für zwei Ausfertigungen in Höhe von 21,— DM, die nicht zurückerstattet werden, ist beizufügen.

Einzahlungen bei der Staatskasse Gießen, Postscheckkonto Frankfurt (Main) Nr. 39 312 mit Angabe der Zweckbestimmung.

Eröffnungstermin am 14. 6. 1977 um 11.00 Uhr im Hess. Straßenbauamt Schotten, Vogelsbergstraße 51.

Zuschlags- und Bindefrist: 13. 7. 1977.

6479 Schotten, 16. 5. 1977

Hessisches Straßenbauamt

Frankfurt am Main: Von der Flughafen Frankfurt/Main AG (FAG), 6000 Frankfurt/Main 75, Flughafen, werden die Gebäude- und Abfertigungsarbeiten (Unterhaltsreinigung) für den Zeitraum vom 1. 1. 1978 bis 31. 12. 1983 nach VOL/A öffentlich ausgeschrieben.

Es handelt sich hierbei um Unterhaltsreinigungen in Büro-, Betriebs- und Abfertigungsgebäuden und zwar sowohl Glasflächen- als auch Fußböden-, Anlagen- und Einrichtungsreinigungen im gesamten Flughafenbereich, ohne Lufthansabasis.

Zu dieser öffentlichen Ausschreibung werden die Wettbewerbsunterlagen nach schriftlicher Anforderung an die FAG auf dem

Postwege zugestellt. Der Anforderung ist der Nachweis beizufügen, daß die Unkostengebühr in Höhe von DM 50,— auf das Postscheckkonto der FAG Nr. 44127-600 beim Postscheckamt Frankfurt eingezahlt ist.

Schlußtermin für die Anforderung: 3. Juni 1977.

Abgabetermin: 11. Juli 1977.

Zuschlagsfrist: 8 Wochen.

6000 Frankfurt am Main 75, 17. 5. 1977

Flughafen
Frankfurt/Main AG
Abteilung Bau und Anlagen

Hanau: Die Bauleistungen für den Ausbau und Umbau der Kreisstraße 970 im Stadtgebiet Hanau auf der freien Strecke zwischen Hanau-Großbauheim und Bundesstraße 8 bei Hanau-Wolfgang, Bau-km 0+728 bis Bau-km 1+398, Main-Kinzig-Kreis, sollen vergeben werden.

Leistungen u. a.:

- ca. 70 Stück Bäume bis D = 0,75 m fällen
- ca. 1 500 cbm Erdbewegung
- ca. 10 000 qm Frostschutzmaterial, d = 0,25 m
- ca. 9 000 qm bit. Tragschicht 0/32 mm, d = 12 cm
- ca. 9 000 qm Asphaltbinder 0/22 mm, d = 5 cm
- ca. 9 000 qm Asphaltbeton 0/11 mm, d = 4 cm
- ca. 1 450 m Bordanlage R 2
- ca. 1 500 m Plattenrinne 30/30/8
- ca. 500 m Einfriedigung ändern

Bauzeit: 140 Werktage.

Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Die Ausschreibungsunterlagen sind bis zum 3. Juni 1977 anzufordern.

Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für zwei Ausfertigungen in Höhe von 25,00 DM, die in keinem Falle zurückerstattet werden, ist beizufügen.

Einzahlungen bei der Staatskasse Frankfurt am Main, Postscheckkonto 6821-601 beim Postscheckamt Ffm., mit Angabe: „Ausschreibungsunterlagen für den Ausbau und Umbau der K 970 im Stadtgebiet Hanau auf der freien Strecke zwischen Hanau-Großauheim und Bundesstraße 8 bei Hanau-Wolfgang.“

Eröffnungstermin: Dienstag, den 21. Juni 1977, 10.00 Uhr, im Verhandlungsraum.

Die Zuschlags- und Bindefrist beträgt 18 Werktage.

6450 Hanau, 18. 5. 1977

Hessisches Straßenbauamt

Darmstadt: Die Bauleistungen zum Ausbau

Los I: L 3040 zw. Trebur und Nauheim km 18.250—km 21.200,

Los II: Knotenpunkt L 3012 und L 3012/L 3040 in Trebur,

Los III: Knotenpunkt B 42/L 3094 bei Groß-Gerau und B 42/L 3040 bei Nauheim,

sollen vergeben werden.

Leistungen u. a.:

Los I:

2 500 cbm Bodenbewegung
4 000 qm Frostschutzmaterial
14 000 qm bit. Tragschicht 0/32 mm
2 000 t bit. Tragschicht 0/32 mm
8 200 qm Binder 0/16 mm
18 500 qm Asphaltbeton 0/11 mm

Los II:

500 cbm Bodenbewegung
300 cbm Frostschutzmaterial
1 200 qm Asphaltbinder 0/16 mm
2 200 qm Asphaltbeton 0/11 mm
600 m Hochbordsteine und Rinne
900 qm Gehwegbefestigung

Los III:

4 000 qm Deckschicht schälen und fräsen
7 000 qm Asphaltbinder 0/16 mm
7 000 qm Splitt, Mastix-Deckschicht 0/11 mm
500 t Steinerde

und Nebenarbeiten.

Bauzeit: Los I = 60 Werktage — Los II = 40 Werktage,
Los III = 20 Werktage.

Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Die Ausschreibungsunterlagen sind bis spätestens 3. Juni 1977 anzufordern.

Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für zwei Ausfertigungen in Höhe von 23,— DM, die in keinem Fall zurückerstattet werden, ist beizufügen.

Einzahlungen bei der Staatskasse Darmstadt, Postscheckkonto Nr. 35 599-602 beim Postscheckamt Frankfurt/M mit Angabe: „Ausschreibungsunterlagen L 3040 Trebur — Nauheim u. Knotenpunkte“.

Eröffnung: Freitag, den 1. Juli 1977, um 10.00 Uhr.

Die Zuschlagsfrist und Bindefrist beträgt 18 Werktage.

6100 Darmstadt, 17. 5. 1977

Hessisches Straßenbauamt

Fulda: Durch das Hess. Straßenbauamt Fulda sollen die Straßenbauarbeiten — Ausbau der K 12 in der OD Petersberg/OT Steinhaus, von km 0,003—0,498; (Stat. O+000 bis O+486 = 486 m) — vergeben werden.

Auszuführen sind:

rd. 3000 cbm Erdbewegung
rd. 500 t gebrochenes Naturgestein d. K. 0/45 mm als Frostschutzschicht
rd. 500 cbm gebrochenes Naturgestein d. K. 0/45 mm, 30 cm dick
rd. 1000 t Asphalttragschicht d. K. 0/32 mm, bis 12 cm dick
rd. 1800 qm Asphalttragschicht d. K. 0/32 mm, 12 cm dick
rd. 2500 qm Teer-asphaltbeton d. K. 0/16 mm, 4 cm dick
sowie sonstige Nebenarbeiten.

Nebenangebote und Abänderungsvorschläge werden zugelassen.

Die Bauarbeiten sollen im Juli 1977 begonnen werden und sind bis zum 30. Juni 1978 zu beenden.

Die Angebotsunterlagen werden in doppelter, Planunterlagen (Lagepläne) in einfacher Ausfertigung gegen eine Kostenerstattung in Höhe von 35,00 DM — die in keinem Fall zurückerstattet werden — abgegeben. Der Betrag ist vor Abgabe der Unterlagen bei der Staatskasse Bad Hersfeld, PSchKto. Ffm. Nr. 6753-609, mit obiger Angabe einzuzahlen. Die Quittung ist vorzulegen.

Selbstabholer erhalten die Ausschreibungsunterlagen gegen Vorlage der Einzahlungsquittung von Montag bis Freitag, in der Zeit von 8.30 bis 12.00 Uhr.

Der Eröffnungstermin findet am Dienstag, dem 14. Juni 1977, 10.00 Uhr, im Hessischen Straßenbauamt Fulda, Behördenhaus, Schillerstr. 8, statt.

Die Zuschlags- und Bindefrist endet am 29. Juli 1977, 24.00 Uhr.
6400 Fulda, 16. 5. 1977

Hessisches Straßenbauamt

Wiesbaden: Die Arbeiten für die Deckenerneuerung der L 3016 zwischen Ruppertshain und Fischbach, Str.-km (neu 0,985—2,350) sollen vergeben werden.

Auszuführen sind:

ca. 650 t bit. Fahrbahnausgleich in unterschiedlichen Stärken (Körnung 0/22 und 0/16 mm)
ca. 8200 qm Asphaltbeton-Deckschicht 0/16 mm aufgeheilt, 125 kg/qm (= 5 cm)

sowie diverse Nebenarbeiten.

Bauzeit: 20 Werktage.

Die Bieter müssen nachweisbar für Bauleistungen gleicher oder ähnlicher Art qualifiziert sein und über die geeigneten Fachkräfte und die erforderlichen Maschinen und Geräte verfügen. Die Ausschreibungsunterlagen sind bis spätestens 23. 6. 1977 anzufordern mit der Angabe, ob diese abgeholt oder durch die Post übersandt werden sollen. Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für 2 Ausfertigungen in Höhe von DM 23,—, die in keinem Fall zurückerstattet werden, ist beizufügen. Einzahlung bei der Staatskasse Wiesbaden, PSK Ffm Nr. 6830-602 (Bankleitzahl: 500 100 60) zugunsten des Hess. Straßenbauamtes Wiesbaden unter Angabe des Vermerks: „Deckenerneuerung der L 3016“.

Selbstabholer erhalten die bestellten Ausschreibungsunterlagen gegen Vorlage der Vollmacht ab 6. 6. 1977 in der Zeit von 9.00 Uhr bis 15.30 Uhr beim Hess. Straßenbauamt, Wiesbaden, Welfenstraße 3 b, Zimmer Nr. 302.

Eröffnung: Im Hess. Straßenbauamt Wiesbaden, Welfenstraße Nr. 3 b, Zimmer 403, am Dienstag, 28. 6. 1977, 10.30 Uhr. Zugelassen sind nur die Bieter und ihre Bevollmächtigten.

Die Zuschlags- und Bindefrist beträgt 20 Werktage. Bei Zuschlagserteilung sind 5% der Auftragssumme als Sicherheit zu leisten. Die Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

6200 Wiesbaden, 13. 5. 1977

Hessisches Straßenbauamt Wiesbaden

Bei dem

Umlandverband Frankfurt

— Körperschaft des öffentlichen Rechts —

ist in Kürze die Stelle eines

hauptamtlichen Beigeordneten

zu besetzen.

Gefordert werden neben entsprechender Vorbildung kommunalpolitische Praxis sowie Erfahrung bei der Bewältigung von Planungsaufgaben.

Die Wahl erfolgt nach den Vorschriften des Gesetzes über den Umlandverband Frankfurt und der Hessischen Gemeindeordnung auf die Dauer von sechs Jahren.

Die Stelle ist bewertet nach Besoldungsgruppe B 6 HAnpG. Eine Aufwandsentschädigung wird nach den gesetzlichen Bestimmungen gewährt.

Bewerbungen sind bis zum 15. Juni 1977 zu richten an den

Vorsitzenden des Wahlvorbereitungsausschusses
beim Umlandverband Frankfurt,
Herrn Wilhelm Kühler,
Zell 127,
6000 Frankfurt am Main 1.

REKLAMATIONEN

bei Ausbleiben des Staatsanzeigers sofort an die Postanstalt richten, von der die Zustellung erfolgt — Nachlieferung durch den Verlag gegen Entrichtung der Gebühren lt. Impressum.

In der
Gemeinde Abtsteinach

Landkreis Bergstraße, ist kurzfristig die Stelle

eines Beamten

(Mittlerer Dienst, Bes.-Gr. A 9 Amtsinspektör)

zu besetzen.

Gründliche Kenntnisse in der allgemeinen Verwaltung, insbesondere Haushalts-, Satzungs- und Beitragsrecht sind erforderlich. Gesucht wird ein junger Bewerber, der bereit ist, innerhalb der Verwaltung verantwortlich mitzuarbeiten. Er muß die erste Verwaltungsprüfung abgelegt haben. Weiterbildungs- und Aufstiegsmöglichkeit ist gegeben.

Bewerbungen sind bis spätestens 30. 6. 1977 mit Lebenslauf, Lichtbild neuesten Datums, beglaubigten Zeugnisabschriften und lückenlosem Tätigkeitsbericht an den **Gemeindevorstand 6941 Abtsteinach** zu richten. Persönliche Vorstellung nur nach Aufforderung.

Beim

Landkreis Bergstraße

(Sitz: Heppenheim)

ist die Stelle des hauptamtlichen

Ersten Kreisbeigeordneten

neu zu besetzen.

Die Wahl erfolgt für eine Amtszeit von sechs Jahren.

Amtsbezüge und Aufwandsentschädigung richten sich nach der Gruppe W 12 (B 7 BBesG) des Hessischen Gesetzes über die Bezüge der Wahlbeamten der Gemeinden und Landkreise vom 29. Oktober 1953 (GVBl. I S. 172) in der zur Zeit geltenden Fassung.

Der Kreis Bergstraße hat etwa 236 000 Einwohner in 22 Städten und Gemeinden.

Die Bewerber müssen die für das Amt erforderliche Eignung besitzen und über umfassende, insbesondere durch langjährige Praxis erworbene Verwaltungskennnisse und Erfahrungen in der kommunalen Arbeit verfügen.

Der Amtsantritt soll zum frühestmöglichen Zeitpunkt erfolgen.

Bewerbungen mit handgeschriebenem Lebenslauf, beglaubigten Zeugnisabschriften, Lichtbild und einer Übersicht über den beruflichen Werdegang sind bis spätestens 30. Juni 1977 in verschlossenem Umschlag mit Angaben des Absenders unter dem Kennwort „Hauptamtlicher Erster Kreisbeigeordneter“ an den

**Vorsitzenden des Wahlvorbereitungsausschusses
des Kreistages des Kreises Bergstraße
— Kreistagsbüro —
Gräffstraße 5
6148 Heppenheim (Bergstraße)**

zu richten.

Persönliche Vorstellung nur nach besonderer Aufforderung.

6148 Heppenheim, 20. 5. 1977

**Der Vorsitzende
des Wahlvorbereitungsausschusses
gez.: H e r o l d**

Beim

Lahn-Dill-Kreis

(ca. 310 000 Einwohner) ist die Stelle eines

hauptamtlichen Kreisbeigeordneten

alsbald zu besetzen.

Gesucht wird eine dynamische Persönlichkeit, die durch ihre Ausbildung und seitherige Tätigkeit qualifiziert ist, diese Stelle zu bekleiden. Die Befähigung zum Richteramt oder zum höheren Verwaltungsdienst oder eine gleichwertige Ausbildung ist erwünscht.

Die Besoldung richtet sich nach Gruppe W 12 (B 7) des Hess. Gesetzes über die Bezüge der Wahlbeamten der Gemeinden und Landkreise vom 29. 10. 1953 in der z. Z. geltenden Fassung.

Bewerbungen mit Lebenslauf, beglaubigten Zeugnisabschriften, Lichtbild und einer Übersicht über den beruflichen Werdegang sind im verschlossenen Umschlag, versehen mit der Aufschrift „hauptamtlicher Beigeordneter“, bis zum 30. Juni 1977 an den

Vorsitzenden des Wahlvorbereitungsausschusses

Herrn Clemens Reif — Kreistagsbüro —

Karl-Kellner-Ring 51

6330 Wetzlar

zu richten.

6330 Lahn-Wetzlar, 16. 5. 1977

Der Vorsitzende des

Wahlvorbereitungsausschusses

gez. Clemens Reif

Bei der

Stadt Herbörn

Ist die Stelle des

Bürgermeisters

schnellstmöglichst (spätestens zum 1. September 1977) zu besetzen.

Die Besoldung richtet sich nach Gruppe W 8 (B 3) des Gesetzes über die Bezüge der Wahlbeamten der Gemeinden und Landkreise vom 29. Oktober 1953 in der jetzt gültigen Fassung.

Die Stadt Herbörn im Lahn-Dill-Kreis hat rund 23 000 Einwohner und liegt verkehrsgünstig.

Alle weiterführenden Schulen sind vorhanden.

Der Bewerber sollte möglichst über kommunalpolitische Erfahrungen in der Verwaltung verfügen. Die 2. juristische Staatsprüfung ist erwünscht, aber nicht Bedingung.

Bewerbungen mit Lichtbild, Lebenslauf, beruflichem Werdegang, beglaubigten Zeugnisabschriften sowie Angabe des frühestmöglichen Antrittstermins werden unter dem Kennwort „Bürgermeisterwahl“ bis zum 27. Juni 1977 erbeten an den

Vorsitzenden des Wahlvorbereitungsausschusses

Herrn Willy Böhm

Rathaus, 6348 Herbörn.



In der hessischen Landeshauptstadt Wiesbaden, 269 000 Einwohner, ist die Stelle des

Ersten hauptamtlichen Beigeordneten

(Bürgermeister)

und ständigen Vertreters des Oberbürgermeisters

zu besetzen. Das Dezernat soll umfassen: Personalamt, Rechtsamt, Standesamt, Versicherungsamt, Statistisches Amt und Wahlamt, Ausgleichsamt. Eine Änderung der Dezernatsverteilung bleibt vorbehalten.

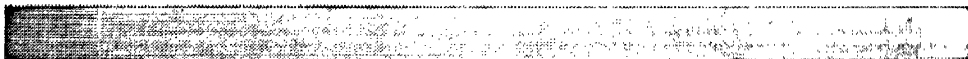
Gesucht wird eine qualifizierte Persönlichkeit, die sich für die Übernahme des Amtes eines hauptamtlichen Beigeordneten eignet und einschlägige Erfahrungen im kommunalen Bereich oder im allgemeinen Verwaltungsbereich nachweisen kann.

Die Amtsdauer beträgt nach den Vorschriften der Hessischen Gemeindeordnung 6 Jahre (Wahlbeamter). Wiederwahl ist möglich. Die Besoldung erfolgt nach Gruppe W 13 des Hessischen Gesetzes über die Bezüge der Wahlbeamten der Gemeinden und Landkreise entsprechend Besoldungsgruppe B 8 der Hessischen Besoldungsordnung.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen sind bis zum 15. Juni 1977 an den

**Vorsitzenden des Wahlvorbereitungsausschusses
der Stadtverordnetenversammlung,
Herrn Hildebrand Diehl, Rathaus, 6200 Wiesbaden**

unter dem Kennwort „Bewerbung: Bürgermeister“ zu richten. Persönliche Vorstellung nur nach besonderer Einladung.



Der „Staatsanzeiger für das Land Hessen“ erscheint wöchentlich montags. Fortlaufender Bezug nur durch die Postämter. Bezugspreis vierteljährlich DM 22,00 (einschließlich 5,5% Umsatzsteuer). Abonnementkündigung jeweils 12 Wochen zum Quartalsende möglich. Herausgeber Der Hessische Minister des Innern. Verantwortlich für den redaktionellen Inhalt des amtlichen Teils Ministerialrat Gantz; für die technische Redaktion und den Öffentlichen Anzeiger Peter Chudoba. Verlag: Buch- und Zeitschriftenverlag Kultur und Wissen GmbH & Co. KG, Postfach 2229, 6200 Wiesbaden. Postscheckkonto: Frankfurt/M. Nr. 143 60-603. Bankkonto: Bank für Gemeinwirtschaft Wiesbaden, Nr. 10 143 800. Druck: Druck- und Verlagshaus Chmielorz, Wilhelmstraße 42, 6200 Wiesbaden.

Anzeigenannahme und Vertrieb: Staatsanzeiger, Wilhelmstraße 42, 6200 Wiesbaden, Telefon Sa.-Nr. 3 96 71 (Telefonische Anfragen zu Anzeigen: Telefon 06122/60 71). Fernschreiber: 04 186 648. Der Preis von Einzelstücken beträgt DM 5,00. Im Preis sind die Versandkosten und 5,5 Prozent Umsatzsteuer enthalten. Lieferung gegen Vorauszahlung (keine Briefmarken) auf das Postscheckkonto des Verlages, Frankfurt/M. 143 60-603. Anzeigenschluß: 11 Tage vor Erscheinen (jeweils Donnerstag für die am übernächsten Montag erscheinende Ausgabe; maßgebend ist der Posteingang). Anzeigenpreis lt. Tarif Nr. 13 vom 1. 7. 1976.

Der Umfang dieser Ausgabe beträgt 32 Seiten.